

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Sender Schkeuditz

Am 1. September, dem Weltfriedenstag, traten der deutsche Außenminister und der Innenminister vor die Presse, um eine ungeheuerliche Provokation vom Stapel zu lassen: Nach fast einmonatigem Bemühen hatten demnach die deutschen Geheimdienste herausgefunden, daß die angebliche Sprengstoffdrohne auf dem Flughafen Leipzig/Halle russischen Ursprungs war. Beweise gibt es nicht. Für Wadephul war das dennoch ein Anlaß, sechs Maßnahmen gegen Rußland und gegen russische Bürger zu verkünden, darunter die Schließung des Russischen Hauses der Kultur und Wissenschaft in der Berliner Friedrichstraße und die des russischen Generalkonsulats in Bonn. Das war kurz vor einer Kriegserklärung und wurde in Moskau so verstanden.

Die Lügen zur Drohne in Leipzig sind vergleichbar mit dem „Überfall“ auf den Sender Gleiwitz, mit dem 1939 der Zweite Weltkrieg eingeleitet wurde, oder mit den Massenvernichtungswaffen, über die der Irak angeblich 2003 verfügte, nach denen aber auch die USA heute nicht mehr suchen. Die „Informationen“ darüber stammten übrigens von einem BND-Agenten. Nun also „Sender Schkeuditz“ nach der Kommune, auf deren Gebiet sich der Flughafen befindet. Mitte September häuften sich bereits die Indizien, daß es wie bei der Sprengung der Ostseepipelines im September 2022 eine „ukrainische Spur“ gibt. Und wie damals sitzen die Drahtzieher woanders. Die in Kiew regierende Clique aus Bandera-Faschisten wird von Westeuropa finanziert, folgt aber jedem Wink aus Washington und London. Die USA lenken nach wie vor den NATO-Stellvertreterkrieg gegen Rußland. Das in diesem Jahr verkündete Konzept „NATO 3.0“ – Washington befiehlt, die EU-Europäer bezahlen – ist bereits in Kraft. Das übergreifende Interesse der USA und ihres Vorpostens Großbritannien ist: Keine guten Beziehungen zwischen Rußland und Westeuropa, speziell Deutschland, zulassen. Das wird auch einen eventuellen Waffenstillstand überdauern.

Friedrich Merz und seine Regierung ignorierten das im Kriegswahn. Sie schafften es, Deutschland zur Kriegspartei gegen Rußland zu machen und das eigene Land dem Ruin entgegenzutreiben. Der deutsche Kriegsetat soll 2027 auf 140 Milliarden Euro anwachsen, Kiew allein im laufenden Jahr 11,6 Milliarden Euro erhalten. Das bedeutet Kürzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen und mehr Armut.

Vor diesem Hintergrund war das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt keine Überraschung. Neben dem allgemeinen Unmut verfängt offensichtlich die Bedrohungslüge nicht mehr. Die Wähler sind es satt, mit Haß auf Rußland und gegen Russen täglich übergossen zu werden. Am 7. September veröffentlichte zum Beispiel die „Ostsee-Zeitung“ eine von ihr in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage, wonach 62 Prozent der Wahlberechtigten in Mecklenburg-Vorpommern nur eine geringe oder gar keine Gefahr durch Rußland sehen. Ähnliches dürfte für ganz Ostdeutschland gelten.

Die Wähler akzeptieren nicht die Kombination von Milliarden Euro für Krieg, Aufrüstung und Waffenlieferungen und gleichzeitiger Streichung von Milliarden Euro bei Gesundheit, Bildung, Infrastruktur plus Inflation. Insofern ist Merz gescheitert – ob er noch lange Kanzler bleibt, war Mitte September eine offene Frage. Sein Verschwinden aus dem Amt würde aber am Kriegskurs des deutschen Imperialismus nichts ändern. Einen Fingerzeig, worauf es den Herrschenden ankommt, gab am 14. September der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Er sagte der „Sächsischen Zeitung“ und der „Leipziger Volkszeitung“, Deutschland sei „Kriegspartei“ geworden, und das sei ein „Riesenfehler“. Denn das mache den Menschen Sorgen und Angst. Seine Schlußfolgerung lautete zwar: „Wir können nicht länger Mittel für Waffen an die Ukraine in die Hand nehmen, damit diese Waffen aufgebraucht werden und nichts bringen.“ Aber an Abrüstung oder gar Frieden dachte er nicht, sondern an Rüstungsproduktion in Sachsen – jetzt mit Unterstützung der

Wähler. Ganz ähnlich äußerte der AfD-Sieger von Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, er habe nichts gegen Rüstung, wenn sie zum Beispiel in Sangerhausen stattfindet und für die „Abschiebeoffensive“ produziert wird.

Dieses Kretschmer-Siegmund-Modell hat Zukunft, insbesondere mit CDU und AfD Arm in Arm. Es könnte die Kriegspolitik in neuem Gewand sein.

Am 3. Oktober wird in Berlin und Stuttgart dagegen demonstriert: „Die Waffen nieder! Nie wieder Krieg!“ Schließen wir uns dem an!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



NATO 3.0.	2
Die Linke und die Wahlen in Sachsen-Anhalt	3
Ist Deutschland nicht schon Kriegspartei?	4
Militarisierung der Gesellschaft, Teil 2	6
Mut zum Frieden	8
Repression und pervertierte Rebellion	9
„Das gute Gewissen des Krieges“	10
Morgen kommt der Russe ...	12
Ist ein Ende der gegenwärtigen Kriege in Sicht?	14
Globaler Bellizismus – warum so wenig Widerstand?	16
Angsterzeugung ist Programm	18
Verwählt	19
Vom Verriß einer guten Sache	20
Seidenstraße aktuell	22
Japan und die Kurilen	23
„Hier ist der Deutsche Freiheitssender 904 ...“	24
„Fest entschlossen, nicht kampflös unterzugehen“	27
RF-Archiv: Moskauer Impressionen	30
Leserbriefe	33

NATO 3.0

Die von der US-geführten Kriegsallianz verfolgte „Strategie der Verweigerung“ richtet sich gegen die VR China als Hauptfeind – und führt in den nächsten Weltkrieg.

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2026 wurde das Strategiekonzept einer NATO 3.0 zum ersten Mal vorgestellt. Die Kriegsallianz soll als Instrument der US-Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend verändert werden. Auf dieses Konzept haben sich bereits alle anderen NATO-Mitglieder verpflichten lassen. Der NATO 3.0 liegt dabei die Annahme Washingtons zugrunde, daß China künftig für die USA als Hauptfeind zu betrachten ist. Um China zu treffen, soll eine „Strategie der Verweigerung“ verfolgt werden, die zum einen den Schwerpunkt militärischer Aktivitäten der USA in den Indopazifik verlagert und zum anderen die Hauptverantwortung konventioneller Rüstung gegen Rußland den Europäern zuschiebt. Von einer Lastenverteilung auf dem europäischen Kontinent zwischen den USA und „Europa“ soll es zu einer Lastenverschiebung allein auf die NATO-Europäer kommen, während Strategiebestimmung und atomare Abschreckung auf dem Kontinent weiterhin allein bei den USA liegen sollen. Die EU wird dazu angestachelt, eigene Provokationen gegenüber Rußland in Szene zu setzen, wie etwa die Piraterie gegenüber der russischen „Schattenflotte“ – etwaige Gegenmaßnahmen muß sie allein ausbaden. Wichtig ist, den Moment der Eskalation den NATO-Europäern zu überlassen. Was formal wie ein Mehr an europäischer Autonomie aussieht, ist in der Realität ein gigantischer Ressourceneinsatz der europäischen NATO-Staaten für die Vereinigten Staaten gegen Rußland.

Colbys Konzept

Die neue NATO-Strategie geht im wesentlichen zurück auf den Kopf in der Trump-Administration, den Staatssekretär im US-Kriegsministerium Elbridge Colby, der bereits in seinem 2021 erschienen Buch „The Strategy of Denial“ eine Neuausrichtung der NATO eingefordert hatte. Während sich die NATO 1.0 gegen die Sowjetunion richtete und die NATO 2.0 gegen Rußland ab den 90er Jahren, geht es mit NATO 3.0 um eine Kampfansage gegenüber China.

Colby setzt darauf, die Mittel der europäischen NATO-Mitglieder gegen Rußland zu mobilisieren, um den USA freie Hand zu verschaffen.

Die Strategie der Verweigerung, die die NATO-Neukonzeption in Zukunft bestimmen soll, läßt sich nur schwer als Verteidigungsstrategie beschreiben. Es geht im Grunde darum, die Großmacht China in ihrer unmittelbaren Umgebung herauszufordern. Dem Gegner soll das Erreichen

bestimmter strategischer Ziele verweigert werden, wie etwa eine Wiedervereinigung Taiwans mit China. Allerdings ist gerade der Aufbau enormer militärischer Kapazitäten durch die USA an der sogenannten zweiten Inselkette, wie etwa in Guam, ein Hinweis darauf, daß keine exklusiven Einflußzonen Chinas geduldet werden sollen. Während die USA die sogenannte westliche Hemisphäre für sich reklamieren, ist die NATO-3.0-Strategie darauf gerichtet, China oder auch Rußland in unmittelbarer Nähe ihrer Grenzen herauszufordern, wenn nötig auch mit kriegerischen Mitteln.

So gedenken die USA, den ökonomischen Aufstieg Chinas militärisch eindämmen zu können. Man muß kein Pessimist sein, um erkennen zu können, daß diese Herausforderung die Kriegsgefahr ungemein erhöht. Ja, sie muß sogar den militärischen Zusammenstoß in Aussicht stellen, um auch nur kleinere Erfolge zu erzielen und den erklärten Feind vor seiner eigenen Grenze attackieren und eindämmen zu können. Für Europa aber bedeutet die NATO 3.0 nichts anderes als eine Weltkriegsgefahr. Die europäischen NATO-Staaten sollen auf Geheiß der USA Rußland an seiner Grenze herausfordern. Die Ukraine wird dafür offenbar als probates Mittel gesehen.

So sind alle Angriffe der Ukraine auf Rußland nichts anderes als Angriffe der NATO auf russisches Territorium. Die NATO bezahlt den Krieg, finanziert die Ukraine, und ohne die Zielsetzungen sowie die Ausbildung ukrainischer Soldaten wären etwa die Angriffe auf russische Infrastruktur wie Lebensmittelverteilungszentren oder Ölraffinerien wohl kaum möglich. Die NATO 3.0 auf dem europäischen Kontinent ist bereits jetzt auf Anweisung der USA Kriegspartei gegen Rußland. Allein wer dies sieht, wird verstehen, warum die ideologischen Erfüllungsgehilfen wie Roderich Kiesewetter (CDU) von der Kapitulation Rußlands als Kriegsziel schwadronieren oder Nico Lange („Münchener Sicherheitskonferenz“) von einem erreichbaren Sieg über Moskau träumt. Denn es geht keineswegs um die Verteidigung der Ukraine, sondern darum, einen Verbündeten Chinas für die USA aus dem Weg zu räumen.

Eliminatorischer Russenhaß

Es gibt einen großen Unterschied in der Diskussion zur NATO 3.0 in den USA und in Europa. Während jenseits des Atlantiks pragmatisch die Veränderung der strategischen Ausrichtung der USA diskutiert wird, und zwar mit dem Ziel, den US-Großmachtstatus zu erneuern, spiegelt die europäische Diskussion die Vasallenfunktion der

europäischen NATO-Staaten wider. Dabei wird systematisch die Gefahr ausgeblendet, die durch die Strategie der Konfrontation mit der Atommacht Rußland entsteht. Die NATO 3.0 erhöht deshalb auch in Europa ganz entscheidend die Weltkriegsgefahr, da die europäischen NATO-Strategien in der Öffentlichkeit zwar einen Angriff Rußlands in der Zukunft mit unterschiedlichen Daten an die Wand malen, zugleich aber alles tun, um systematisch die roten Linien Moskaus auszutesten – vor allem auch, was die ukrainischen NATO-Angriffe tief im Hinterland Rußlands anbelangt. Dieselbe Strategie gegenüber Rußland funktioniert wie ein „Chicken Race“ von Kraftfahrern, wobei die NATO-europäische Seite glaubt, durch ihre Beschleunigung würde der russische Lkw als erster in Panik geraten und in den Graben fahren.

In jüngster Zeit ist zu beobachten, daß die neue Strategie in den europäischen NATO-Staaten begleitet wird von der Propagierung eliminatorischen Russenhasses führender NATO-Referenten. Ein gerngesehener Gast bei NATO-Tagungen, der FAZ-Korrespondent Michael Martens, brachte es bei einer Pressekonferenz des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskyj kürzlich fragend auf den Punkt: Was könne man tun, „um noch mehr Russen zu töten“? Ein Aufschrei in den Mainstreammedien blieb aus. Die Feinderklärung gegenüber Rußland bringt offenbar Anleihen beim kolonialen Vernichtungs- und Raubkrieg Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion hervor. Es braucht keine blühende Phantasie, wie die Äußerungen eines NATO-Martens in Rußland aufgenommen werden.

Austritt oder Unterwerfung

Auch vor dem Hintergrund der NATO 3.0 läßt sich die Diskussion über einen NATO-Austritt Deutschlands nicht mehr abstrakt führen. Wer nicht bereit ist, mit der imperialistischen US-Politik zu brechen, droht von ihr unter den Bus geworfen zu werden. Die Frage der Neutralität unseres Landes wird immer mehr zu einer Überlebensfrage. Jede sicherheitspolitische Diskussion, die diese Frage auszublenden versucht, springt nicht nur zu kurz, sondern läuft Gefahr, die zentralen Probleme für Sicherheit und Frieden in Europa und Deutschland systematisch zu verdrängen. Wer Sicherheit für die Bevölkerung in Deutschland will, der muß der NATO 3.0 den Rücken kehren. (...)

Sevim Dagdelen

Redaktionell gekürzt
junge Welt, 26.8.2026

Bonbons gemacht

Die Linke und die Wahlen in Sachsen-Anhalt

Diese Ohrfeige hat gegessen. Die Bewohner des Armen- und Seniorenhauses der Republik wurden mobil und verpaßten den kriselnden etablierten Parteien einen Schlag. Der Ausdruck „pervertierte Rebellion“ paßt. Das System oder auch nur die CDU allerdings erschüttert er nicht »in den Grundfesten« (Friedrich Merz) oder ist nicht „historisch“ (Ulrich Siegmund, AfD). Ähnliches wurde im April 1998 schon einmal von Regierungsantifaschisten behauptet, weil damals die DVU mit knapp 13 Prozent ins erste ostdeutsche Landesparlament kam. In Magdeburg kam eine SPD/PDS-Regierung zustande. Ein Jahr später beteiligte sich die Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit deutschen Bombern am Angriffskrieg gegen Jugoslawien – da blieben diese Antifaschisten ruhig. Krieg gilt auch bei den heutigen nicht als rechts.

Die marktradikale, antisoziale AfD, deren Kovorsitzende sich noch vor Friedrich Merz und Lars Klingbeil der Fünfprozentforderung fürs Militär anschloß, hat auf die

Antikriegsstimmung gesetzt und gewonnen. Demagogie ist ihr Geschäft, und der Experte Elon Musk gratuliert völlig zu recht zum Wahlsieg: „Gut gemacht!“ Die Lüge funktionierte bei der Wahl Donald Trumps nicht anders. Falls die AfD den Ministerpräsidenten stellt, fehlt noch eine organisierte Mord- und Abschiebetruppe nach dem Vorbild von ICE. Der schöne Siegmund gilt vielen seiner Wähler als Erlöser; er kann sich Großes mit seinen Stiefelnazis im Wartestand vornehmen. Die sorgen seit Jahren für sozialen Druck. Wann wurde der erste ehrenamtliche Bürgermeister in Sachsen-Anhalt von denen verjagt?

Neu ist das jedenfalls nicht. Es gehörte zur politischen Szenerie bereits der alten Bundesrepublik. Die AfD ist ungefähr CDU/CSU der 70er und 80er Jahre, d. h. in erster Linie antikommunistisch. Ein Slogan im Wahlkampf lautete: „Wer CDU wählt, bekommt Kommunisten.“ Gemeint war die Partei Die Linke, was in Sachsen-Anhalt besonders lustig wirkt. Es gibt keinen Landesverband, der schon als PDS in den 90er Jahren

staatsfrommer war, genauer: für Ministerposten und Abgeordnetendiäten alles, was die westdeutschen Kolonisatoren anrichteten, abnickte. Die PDS-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Petra Sitte, wurde 1997 in dieser Zeitung mit den Worten zitiert: „Wir machen aus Scheiße Bonbons.“ Gemeint war die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung in Magdeburg seit 1994. 1998 übersetzte PDS-Kandidat Friedrich Rabe das in jW so: „Die Wähler haben in der PDS keine andere Partei gesehen als in den bürgerlichen Parteien.“ Anschließend saß die PDS mit der bald kriegführenden SPD in der Landesregierung; 2002 übernahm die CDU für 24 Jahre.

Das Ergebnis dieses Sonntags darf auch die PDS/Die Linke auf ihre Kappe nehmen. Wer sozial tut und permanent dem antisozialen Angriff den Weg bereitet, hat am Ende das Original im Haus. Inklusive Nazis.

Arnold Schölzel

junge Welt, 8.9.2026

Die Wahl der Chancenlosen

Die Bevölkerung verarmter, perspektivloser Regionen wendet sich bei Abwesenheit einer glaubwürdigen linken Chance der extremen Rechten zu.

Hohe Armut, niedrige Lebenserwartung

Im Verlauf der Übernahme der DDR durch die BRD wurde Sachsen-Anhalt, wie die anderen ostdeutschen Bundesländer, bereits in den 90er Jahren weithin deindustrialisiert; konkurrenzfähige DDR-Betriebe wurden von westlichen Unternehmen übernommen oder aus dem Markt gedrängt, nicht konkurrenzfähige Betriebe gingen bankrott. Bis heute werden führende Posten in Politik, Wirtschaft und Kultur Ostdeutschlands oft von Personal aus Westdeutschland gehalten. Sachsen-Anhalt verzeichnet laut Statistik des Paritätischen Gesamtverbandes die zweithöchste Armutsquote aller Bundesländer nach Bremen. Laut Angaben des sachsen-anhaltinischen Sozialministeriums sind 21,3 Prozent der Einwohner von Armut und sozialer Ausgrenzung gefährdet – bundesweit der dritthöchste Wert. Das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen lag dort 2025 bei 51 937 Euro – weniger als in allen anderen Bundesländern; der bundesweite Mittelwert lag bei 64 441 Euro. Mit gut 8,2 Prozent ist die Arbeitslosenquote im nationalen Vergleich hoch. Weil jüngere, vor allem gut ausgebildete Menschen mit guten

Berufschancen andernorts im großen Stil abwandern, hat Sachsen-Anhalt mit 48,3 Jahren den höchsten Altersdurchschnitt in der Bundesrepublik. Zugleich verzeichnet es die niedrigste Lebenserwartung – mit 82,6 Jahren für Frauen und 76,4 Jahren für Männer.

Ausgrenzung statt Umverteilung

Die AfD erhielt bei der Landtagswahl am 6. September in Sachsen-Anhalt 43,8 Prozent und wurde damit zur mit Abstand stärksten Kraft vor der CDU mit 17,2 Prozent. Besonders erfolgreich war die Partei bei finanziell schlecht gestellten Personen, von denen 65 Prozent für sie votierten. 57 Prozent erhielt die AfD bei Menschen mit niedrigem Bildungsgrad, die unter den gegebenen ökonomisch-sozialen Bedingungen besonders schlechte Zukunftschancen haben. Zudem gaben rund 59 Prozent aller Arbeiter ihre Stimme der AfD. Zugleich wählten 52 Prozent aller Selbständigen die AfD, die ihre Ursprünge insbesondere auch im Mittelstand hat und bis heute vor allem die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen vertritt. Nicht zuletzt erhielt die AfD die Stimmen von 50 Prozent aller Männer, aber lediglich 39 Prozent bei den Frauen – ein Hinweis darauf, daß Männer in männerdominierten Gesellschaften in der Krise stärker dazu neigen, die Lösung ihrer Probleme

unter Rückgriff auf Ausgrenzung von Minderheiten und auf Gewalt zu suchen.

Umverteilung statt Ausgrenzung

Ein Gegenbeispiel gegen den sich immer stärker durchsetzenden Rechtstrend bietet Graz, Österreichs zweitgrößte Stadt. Dort konnte die extrem rechte FPÖ bei der Landtagswahl in der Steiermark am 24. November 2024 21,1 Prozent der Stimmen erzielen; sie wurde damit zweitstärkste Kraft. Auf kommunalpolitischer Ebene hingegen ist in den vergangenen Jahrzehnten die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) in Graz erstarkt; sie vertritt dort konsequent die Interessen Unterprivilegierter, insbesondere in sozialen Belangen und ist zur glaubwürdigen Alternative zu den Parteien der herrschenden Eliten geworden. Bei der jüngsten Gemeinderatswahl am 28. Juni 2026 konnte sie bereits zum zweiten Mal in Folge die meisten Stimmen gewinnen; unter Bürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ) steigerte sie ihren Stimmenanteil von 28,8 auf 35,7 Prozent. Die FPÖ dagegen erzielte nur 12,0 Prozent und blieb damit erheblich unter ihrem Potenzial, das sie in der Landtagswahl 2024 noch hatte ausschöpfen können. Ihr Stimmanteil hatte sich fast halbiert.

Redaktionell gekürzt

german-foreign-policy.com, 7.9.2026

Ist Deutschland nicht schon längst Kriegspartei?

Nach der gängigen Definition des Internationalen Roten Kreuzes wird aus einem bloßen Unterstützer einer anderen kriegführenden Partei dann eine Kriegspartei, wenn Handlungen ausgeführt werden, „die darauf abzielen, eine Konfliktpartei durch direkte Schäden an einer anderen Partei zu unterstützen, entweder durch direkte Zufügung von Tod, Verletzung oder Zerstörung oder durch direkte Schädigung der militärischen Operationen oder Kapazitäten des Feindes“. Auffällig ist dabei die mehrfache Verwendung des Wortes „direkt“. Es soll damit verdeutlicht werden, daß nicht jede Unterstützerhandlung hinreicht, sondern nur solche, die unmittelbar in Schäden auf der Seite des Kriegsgegners münden. Insbesondere die deutsche Geschichte zeigt, daß Kriegseintritte auf ganz verschiedene Weise erfolgen können. Die Zeiten, in denen die Erlangung des Status einer Kriegspartei an eine förmliche Kriegserklärung geknüpft war (Deutsches Reich 1914) haben sich überholt, als Deutschland zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert einen Krieg begann, geschah dies schlicht durch Überfälle auf andere Staaten (1939/1941). 1999 beteiligten sich deutsche Luftwaffensoldaten an den Bombardements serbischer Städte und Dörfer, dieser Krieg lief – wie ab diesem Zeitpunkt üblich geworden – unter dem Deckmantel der Verteidigung „westlicher Werte“ und unter dem Schirm der NATO. Schließlich: Der Krieg in Afghanistan, der für die Bundeswehr zunächst unter dem Motto einer Mission zum Bauen von „Brunnen und Mädchenschulen“ begann, spätestens aber am 4. September 2009 durch den Befehl eines deutschen Offiziers zum Angriff auf Tanklastwagen bei Kunduz zur Kriegsbeteiligung wurde. In der Folge starben neben 59 deutschen Soldaten unzählige Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung. Gerade das fast nahtlose „Hineingleiten“ vom Frieden über Spannungen, Eskalationen in den Kriegszustand wurde auch für das Völkerrecht zu einer Belastungsprobe. Eine halbwegs verlässliche Definition, wann aus Unterstützung eigene Kriegsteilnahme wird, kann es nur immer schwerer liefern. Durchsetzen kann es ohnehin fast nichts, da ihm die Sanktionierungsmöglichkeiten fehlen. Es ist lediglich (was man nicht geringschätzen sollte) immerhin „orientierende Vertragsgrundlage“ inmitten einer mit divergenten Interessen ausgestatteten Völkergemeinschaft. Das Völkerrecht geriet vor allem durch das jahrzehntelange Agieren des imperialistischen Desperados Nr. 1 (USA) in Mißkredit. Gleichzeitig sollte man nicht verkennen, daß es den – durchaus als fortschrittlich zu denkenden – Rest

an „Weltvernunft“ vor eben jenen Kriegstreibern schützt. Auch Sozialisten und Kommunisten können Prinzipien des Völkerrechts, wie friedliche Koexistenz, Nichteinmischung und Annexionsverbot, ebenso wenig egal sein wie demokratische Rechte, auch wenn diese in einer bürgerlichen Verfassung stehen. Und es sollte nicht vernachlässigt werden, daß völkerrechtliche Prinzipien zuweilen auch tatsächlich Wirkungen in die Politik hinein entfalten. Zuletzt hat die unter den bürgerlichen Parteien geführte Debatte um die Lieferung des Waffensystems „Taurus“ an die Ukraine deutlich gemacht, daß völkerrechtliche „Hemmnisse“ (Stichwort: ... sonst werden wir Kriegspartei) nicht völlig vom Tisch gewischt worden sind.



Sergej Lawrow: Merz „hat uns faktisch den Krieg erklärt“

Aktuell versuchen die Kriegstreiber allerdings wiederum (und mit ungleich größerer Macht, als dies noch zu Zeiten der Ampel-Koalition der Fall war) völkerrechtliche Fußangeln im Übergang von Frieden zu Krieg aus dem Weg zu räumen. Neben dem Schüren von Angst vor „fremden Mächten“, das aus jeder Zeitungsseite und aus den Fernsehgeräten trüft, neben der unglaublichen Beschleunigung der Aufrüstung und der Umstellung der Wirtschaft und Gesellschaft auf Krieg, testet die NATO, zuvorderst die europäische „Koalition der Willigen“ (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen) derzeit aus, wie weit man in der Konfrontation mit Rußland gehen kann. Das Ganze gleicht einem Ritt auf des Messers Schneide. Die Ansage des Bundeskanzlers Friedrich Merz in seiner Regierungserklärung vom Mai 2025 „Wir sind nicht Kriegspartei und werden dies auch nicht werden“, wir bleiben nur „Unterstützer“, wird mittlerweile durch eine andere Wertung ersetzt. Einer der Hardliner im

NATO-Fanclub talkshowtauglicher „Sicherheitsexperten“ spricht es aus: „Natürlich sind wir Kriegspartei, und zwar schon ganz lange“, sagte am 13. August Christian Mölling (Mitglied der SPD-nahen Bertelsmann-Stiftung).

Neben den Worten, die ohnehin nur „Schall und Rauch“ sind, hilft ein Blick auf die militärisch-waffentechnischen Tatsachen, um zu zeigen, wie weit Deutschland sich bereits an der Seite der Ukraine in den laufenden Krieg verstrickt hat. Verfolgt man die völkerrechtliche Debatte, ergibt sich folgendes Raster, das im Hinblick auf die Frage „Kriegspartei ja – nein?“ an staatliches Handeln anzulegen ist: Entscheidend soll sein, ob der unterstützende Staat in die Entscheidungsprozesse über koordinierte militärische Operationen des bereits kriegführenden Staates einbezogen ist. Man spricht hier von einem „pooling and sharing“ der Handlungen, also einem Zusammenwirken, das über reine Hilfe (z.B. Waffenlieferungen, Ausbildung von Soldaten) hinausgeht. So soll die einseitige Weitergabe allgemeiner Geheimdienstinformationen diese Hürde noch nicht überschreiten, dagegen aber die Zielaufklärung, gemeinsame Zielauswahl oder gemeinsame Auswertung von Gefechtsdaten zur Verbesserung laufender Operationen schon. Gemeinsame Produktions- und Entwicklungsstrukturen, die an laufenden Kampfhandlungen ausgerichtet sind, weisen ebenfalls in diese Richtung. Dazu einige Fakten:

Die im „Ukraine-Geschäft“ tätige bayerische Waffenschmiede „Quantum Systems“ verachtete von 2023 bis 2025 ihren Umsatz, von 39 Mio. US-Dollar auf 330 Mio. US-Dollar. Die von „Quantum“ produzierten Drohnen absolvierten allein in 2025 mehr als 19 000 Einsätze in der Ukraine. Das Unternehmen erhielt außerdem Ende 2025 einen 246-Mio.-US-Dollar-Auftrag der Bundeswehr. Auch „Helsing“ in München macht ein lukratives Geschäft mit der Waffentechnologie. Das Unternehmen verzeichnet starkes Wachstum, hat die Mitarbeiterzahl auf rund 1000 erhöht und treibt kapitalintensive Projekte voran – darunter die Software-Architektur für Luftkampfsysteme sowie die Weiterentwicklung eigener Drohnenproduktion. Laut „Financial Times“ wird für 2026 ein Rekordumsatz von 441 Mio. Euro erwartet. „Helsing“ hat seit 2024 einen erheblichen Teil seines Geschäfts in Richtung Kampfdrohnen verschoben. Im Juni 2025 hatte die Firma bereits tausende Strike-Drohnen an die Ukraine geliefert. „Helsing“ wandelte sich vom Softwareanbieter zum Kampfdrohnenhersteller. Last but not least – „Rheinmetall“: Der Gemischtwarenladen

für Rüstungsgüter jeglicher Art verzeichnete zwischen 2023 (7,17 Mrd. Euro) und 2025 eine Umsatzsteigerung auf 9,94 Mrd. Euro. Als Ukraine-Umsatz weist „Rheinmetall“ davon 1,26 Mrd. Euro für 2024 aus. Für 2025 nennt „Rheinmetall“ die Ukraine erneut als wichtigstes Geschäftsfeld im Bereich „Weapon and Ammunition“. Besonders aussagekräftig ist die Auftragsseite: „Rheinmetall“ gab im September 2025 an, seit 2022 für rund 6 Mrd. Euro Aufträge aus der Ukraine erhalten zu haben. Der Kriegsgewinnler „Rheinmetall“ begann bereits im Frühjahr 2022, Marder 1A3 aus eigenen Beständen auf eigene Kosten für einen möglichen Einsatz instand zu setzen. Ab Dezember 2022 gab es für das ukrainische Einsatzgebiet zahlreiche Folgeaufträge – nur die wichtigsten: 26 HX-Militär-LKWs, 480 000 Schuß 35-mm-Gepardmunition, 100 000 155-mm-Geschosse, 100 000 Mörsersgeschosse, Lieferung von 160 Mardern, etwa 60 Leopard-, Berge- und Schulungspanzer, im Herbst 2024 die Errichtung einer Munitionsfabrik in der Ukraine, Lieferung mehrerer zehntausend Treibladungsmodule, 20 Ermine/Hermelin (Bodenfahrzeuge). Bei „Rheinmetall“, „Helsing“ und „Quantum“ wirkt der Krieg gleich auf mehrere Auftragskanäle: Direkte ukrainische Beschaffung, deutsche Ersatzbeschaffung für an die Ukraine abgegebenes Material, NATO-Aufrüstung, neue deutsche Rüstungsprogramme und die technologische Erprobung. Das kriegerische Joint-Venture zeigt strukturell ein Stufenmodell: Finanzierung (aus Steuermitteln) – Auftragsvergabe – Fabrikation – Lieferung – Gefechtseinsatz – Auswertung und Rückkopplung in deutsche Rüstungsproduktion. Jetzt versteht man, was uns der deutsche Kriegsminister sagen will: Boris Pistorius

zeigt sich begeistert über die neue Waffenbrüderschaft, von der beide Seiten profitieren: „Wir lernen von den unfassbar großen Datenmengen und den vielen, vielen Erfahrungen, die auf dem Gefechtsfeld in der Ukraine gesammelt werden. Und das ist (...) von immenser Bedeutung für beide Seiten“, erklärte er am 14. Februar 2026 anlässlich einer Drohnenpräsentation. Zuvor hatte Pistorius zusammen mit Selenskyj die Produktionsstätte für die neue Drohne „Linza 3.0“ besucht. Pistorius fungierte bei der Übergabe ausdrücklich als Schirmherr und Mitinitiator der ukrainisch-deutschen Initiative „Build with Ukraine“. Schon sechs Wochen später wurde die erste Charge der Linza an die Ukraine geliefert. Soweit zu der Kooperation auf dem Feld der militärischen „Hardware“ (Waffen und Waffensysteme).

Wie ist es um den Datenaustausch zwischen deutschen Stellen und ukrainischen Einsatzkommandos bestellt – wobei hier aus Platzgründen die Datenflüsse und Steuerungstechniken von der in Deutschland gelegenen Schaltstelle „Ramstein Air Base“ außer Betracht bleiben sollen. Auf der deutsch-ukrainischen Plattform „German Aid to Ukraine“ läßt sich nachlesen, worum es geht (Stand 9. Juni 2026): „Satelliten spielen nicht nur eine Schlüsselrolle in der Kommunikation, sondern auch bei der Aufklärung und Aufklärungssammlung für das Militär. Satellitenbilder helfen beispielsweise, Truppenbewegungen zu überwachen, Schäden nach Angriffen – wie auf feindlichen Flugplätzen und anderen hochwertigen Zielen – zu bewerten und solche Angriffe vorzubereiten.“ Das Sammeln von Zieldaten (Geolokalisierung) erfolgt eines teils durch die NATO-AWACS-Flotte (Stationiert in Geilenkirchen/Deutschland), es

werden seit dem 12. September 2025 regelmäßig Missionen im Grenzraum („Eastern Sentry“) über Polen, Rumänien und nahe der Ukraine geflogen und dabei Luft- und Oberflächenlagen sowie Truppen- und Materialbewegungen erfaßt. Zum Zweiten finanziert Deutschland ab Oktober 2024 über Rheinmetall den Zugang der ukrainischen Streitkräfte zu ICEYE (finnisches Technologieunternehmen), das auf „Synthetic Aperture Radar“ (SAR)-Satelliten spezialisiert ist und hochauflösende Bilder (Auflösung bis auf 16 cm) liefert. Schließlich werden Aufklärungsdaten an das ukrainische Militär durch fünf „SAR-Lupe“- und drei „SARah“-Satelliten des Bundesnachrichtendienstes, übermittelt. Die ukrainische Plattform „Слово і Діло“ (Wort und Tat) dokumentiert die deutsch-ukrainische Vernetzung von Waffensystemen und Zieldaten. Am 14. April 2026 findet sich ein enthusiastisch verfasster Bericht über den vertraglich vereinbarten „Austausch von Gefechtsdaten“ (Überschrift: „Die Ukraine und Deutschland werden den Datenaustausch auf dem Schlachtfeld einführen“). Wohin das alles führt? Großbritannien, das wegen seiner Unterstützung für ukrainische Anschläge im russischen Hinterland Anfang August aufgefliegen ist, mußte sich die Worte von Außenminister Sergej Lawrow anhören: „Wissen Sie, es tut mir leid für Großbritannien“, Rußland habe nun „das Recht, die stolz verkündete direkte Beteiligung der britischen Rakentruppen an Angriffen auf die Russische Föderation als Kriegsteilnahme zu betrachten. Mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.“ Die deutschen Militaristen sind taub hierfür. Noch lieben sie die Eskalation.

Dr. Ralf Hohmann

Erklärung der GRH

Schluß mit den Provokationen und Sanktionen gegen Rußland!

Am 1. September 1939 begann das faschistische Deutschland unter Vortäuschung falscher Tatsachen mit dem Überfall auf den Sender Gleiwitz den Zweiten Weltkrieg.

Am 1. September 2026, dem Weltfriedenstag, verhängte das imperialistische Deutschland mit falscher Schuldzuweisung neue feindselige Sanktionen gegen die Russische Föderation.

Ein Zufall? Oder ein beunruhigendes Echo der Geschichte?

Mit einer „Gefahr aus dem Osten“, einer Bedrohungslüge, wird das Volk auf einen Krieg gegen Rußland vorbereitet. Zur „Beweisführung“ dafür ist jedes Mittel der Provokation recht. Obgleich die russische Führung

mehrfach glaubhaft versicherte – und die Fakten dies stützen –, daß keine Angriffsabsichten gegenüber NATO-Staaten bestehen. Auch nicht gegenüber Deutschland.

Die Schließung des Russischen Hauses, des Bonner Generalkonsulats und weitere „Strafmaßnahmen“ betreffen nicht nur Rußland. Sie betreffen uns alle. Sie zerstören die letzten verbliebenen Brücken zwischen unseren Ländern – Kultur, Wissenschaft, Bildung und menschliche Begegnung.

Mit ihrer Entscheidung handelt Deutschlands Regierung gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung, gegen ihre historische Verantwortung, ihren Amtseid im Grundgesetz und internationale Verpflichtungen.

Sie verursacht eine weitere Verschärfung in den deutsch-russischen Beziehungen und vertieft die Gräben zwischen unseren beiden Völkern und Staaten.

Wir verurteilen diese Maßnahmen zutiefst. Wir fordern die sofortige Aufhebung aller gegen Rußland verhängten Sanktionen.

In dem Bemühen um friedliche und gute nachbarschaftliche Beziehungen versichern wir Rußland unsere Solidarität.

Rußland ist nicht unser Feind! Frieden und Freundschaft mit Rußland!

Für den Vorstand

Hans Bauer, Vorsitzender

Berlin, am 2. September 2025

Die Militarisierung der Gesellschaft ist in vollem Gange (Teil 2 und Schluß)

Ein Krieg beginnt nicht mit dem ersten Schuß. Er wird systematisch vorbereitet durch die Militarisierung aller Bereiche der Gesellschaft.

Militärischer Zugriff auf das Bildungswesen, auf Wissenschaft und Forschung

An Universitäten spielt „Dual Use“ ebenfalls eine immer größere Rolle. Virologie und Medizin, künstliche Intelligenz und Informatik, Materialforschung, Nano- und Dronentechnologie, Luftfahrt, Kern- und Quantenphysik – hier und anderswo winken Aufträge von militärischer Seite. Schon mancher Wissenschaftler dürfte dem Glanz des Geldes erlegen sein, mancher wird sicher noch folgen.

Umgekehrt eignet sich die Bundeswehr immer mehr den Bildungssektor als Lockvogel an und ködert junge Menschen breitflächig mit Ausbildungs- und Studiengängen. Sie infiltriert auch allgemeinbildende Schulen. In NRW sollen allein in diesem Jahr 127 Einsätze von „Jugendoffizieren“ an Schulen stattgefunden haben. Laut SPIEGEL hat sich die Zahl solcher Besuche in kurzer Zeit verdoppelt. Das Land Berlin hat mit der Bundeswehr diesbezüglich ein Kooperationsabkommen geschlossen. Aber natürlich besteht der gesetzliche Auftrag von Jugendoffizieren der Bundeswehr ausschließlich in der sicherheitspolitischen Bildung und Aufklärung, nicht etwa in der Anwerbung von Rekruten.

Die Militarisierung des Alltagslebens

Kriegsrhetorik und die Verwendung von militärischen Symbolen

Die Gewöhnung an militaristische Begriffe wie „Kriegstüchtigkeit“ und sonstige harsche Kriegsrhetorik läßt militärische Denkmuster in zivile Lebensbereiche vordringen. Da ist die Rede von „Kriegskompetenz“, von „Kriegsbewußtsein“, von „Siegfähigkeit“ und „Deep-Strike-Kompetenz“. Angesichts der an der „Ostflanke“ entstandenen „neuen Bedrohungslage“ durch den „Wahnsinnigen im Kreml“ und sein „faschistoides Regime“ sei das „um jeden Preis“ notwendig zur Schaffung einer „gesamtgesellschaftlichen Resilienz“. Für die „Verteidigung der Freiheit“ müsse man „bereit sein, Opfer zu bringen“, „ja, auch zu Opfern“, „auch um den Preis von Blut“.

Ein Journalist von der FAZ richtete kürzlich an W. Selenskyj die Frage: „Was können wir Europäer konkret tun, um Ihnen zu helfen, mehr Russen zu töten? Mehr russische Soldaten, natürlich.“ Der Sturm der Entrüstung hielt sich in Grenzen.

Ende Juli 2026 veröffentlichte die luxemburgische Verteidigungsdirektion

Entwürfe für neue Euro-Geldscheine mit militärischer Ausrüstung.

Ein Café in Tübingen bot zu Ostern historische Zuckerhasen auf Panzern und Flakgeschützen an, wobei die Backformen teilweise aus Nazi-Beständen stammten. Ähnliche Vorfälle gab es mehrfach.

Massive Werbekampagnen der Bundeswehr als militärische Eingriffe in den visuellen Alltag
Mit Millionensummen betreibt die Bundeswehr regelmäßig landesweite Kampagnen, um Personal zu gewinnen. Auf analogen



Deutsches Backwerk: Osterhasen auf Panzern und mit Flak

und digitalen Werbeflächen, gern an stark frequentierten Verkehrsknotenpunkten oder auf Straßenbahnen, wird Großflächenwerbung betrieben, die das Kriegshandwerk in eine spielerisch verharmlosende Ästhetik kleidet.

„Bundeswehrtage“ werden als pompöse Volksfeste inszeniert und ziehen große Besuchermassen an.

Die Militarisierung der Jugend

Auch in Spots auf den sozialen Medien wirbt die Bundeswehr um Nachwuchs. Sie orientiert sich dabei an Elementen aggressiver Videospiele und wendet sich mit einem professionellen Mix aus Kameradschaftsgeist

und dem Appell an die eigene Kraft gezielt an Jugendliche („Du bringst Panzer zum Fliegen“, „Weil du es kannst“, „Abenteuer pur – nur für euch“, „Mach, was wirklich zählt“). Der weltweite Markt für militaristische Videospiele generiert ein jährliches Marktvolumen von bis zu 23 Milliarden US-Dollar. Das Segment wächst stabil mit einer jährlichen Rate von etwa 6 % bis 8 %.

Militarisierung in der Mode

Tarnkleidung ist für alle Geschlechter in letzter Zeit zum festen Bestandteil der Alltagskultur und der High Fashion geworden. Angebote im Stile des „Selensky-Looks“ sind in Kaufhäusern gang und gäbe.

Die Militarisierung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zeigt angesichts der gesellschaftlichen und politischen Militarisierung eine auf den ersten Blick zwiespältige Haltung. Er erhebt einerseits die Forderung nach Diplomatie und internationaler Kooperation und wendet sich gegen pauschale Vorgaben bei der Aufrüstung. Militärische Überlegungen dürfen soziale Belange nicht in den Hintergrund drängen. Andererseits unterstützt der DGB aber die Sanktionen gegen Rußland, verurteilt das russische Vorgehen im Ukrainekrieg als völkerrechtswidrig, fordert einseitig von der russischen Führung die Einstellung der Kämpfe, sichert nur der ukrainischen Zivilbevölkerung und Arbeitnehmerschaft volle Solidarität zu, steht auf der Seite der NATO-Strategie in militärischer und ziviler Hinsicht und erkennt die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsfähigkeit im Bündnisrahmen an. Trotz einiger Feigenblatt-Formulierungen zeigt sich, daß der DGB eine Militarisierung im transatlantischen Sinne durchlaufen hat.

Die Militarisierung der Kirche

Die katholische Kirche

Die katholische Kirche besitzt keine einheitliche Haltung zur Politik der NATO gegenüber Rußland, sondern ist in dieser Frage tief gespalten. Papst Franziskus äußerte deutliche Kritik an der NATO. Demgegenüber befürworteten viele Ortskirchen – besonders in Osteuropa und Deutschland – den Kurs des atlantischen Bündnisses als notwendigen Schutz gegen die „russische Aggression“. Auch die Deutsche Bischofskonferenz verurteilte den „russischen Angriffskrieg“ scharf und trägt den politischen Kurs der westlichen Verteidigung im Kern mit. Sicher gibt es viele

Andersdenkende in der katholischen Kirche Deutschlands, die Spitze hat sich jedoch transatlantisch militarisiert.

Die evangelische Kirche in Deutschland

Die Leitung der EKD verurteilt den „russischen Angriffskrieg“ als Bruch des Völkerrechts und bewertet wirtschaftliche Sanktionen prinzipiell als vertretbares, gewaltfreies Mittel. Befürworter von Waffenlieferungen (u. a. Ratsspitze und Synodenpräses) betonen, daß es zynisch wäre, der Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung im Überlebenskampf abzusprechen. Zwar gibt es in der EKD eine Friedensbewegung, die in diesen Fragen konträre Standpunkte einnimmt. Die Kirchenleitung hat sich jedoch erkennbar transatlantisch eingenordet.

Die Militarisierung des Justizwesens

Beschränkung der Informations- und Meinungsfreiheit

Der Koalitionsausschuß hat im Juli 2026 unter dem Titel „Moderner Datenschutz für mehr Wachstum“ Regelungen beschlossen, die das Informationsrecht der Bürger massiv beschneiden. Künftig sollen nur noch deutsche, natürliche Personen mit nachweislich „berechtigtem Interesse“ Auskunft von Bundesbehörden verlangen dürfen. Organisationen (wie FragDenStaat), Vereine und Medienhäuser sind von diesem zentralen Recherchewerkzeug ausgeschlossen. Die ersatzlose Streichung des Bundesbeauftragten für die Informationsfreiheit ist vorgesehen, außerdem soll der bisher

geltende Gebührendeckel von 500 Euro pro Anfrage entfallen.

Darüber hinaus wurde der besondere Schutz vor Beleidigungen und übler Nachrede von der Bundespolitik auf Kommunalpolitiker ausgeweitet. Zudem wurde das Strafmaß angehoben, und Behörden können seither in solchen Fällen von Amts wegen selber ermitteln. Der Anwendungsbereich des Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität wurde massiv verschärft. Zuvor erfaßte es nur üble Nachrede und Verleumdung; seitdem steht auch die bloße Beleidigung unter Strafe.

Die Geheimdienste sollen aufgrund eines neuen Gesetzes deutlich mehr Macht bekommen: Eindringen in Wohnungen, Verbreitung von Falschmeldungen, Sabotageakte.

Die sogenannten Notstandsgesetze

Spätestens seit den 60er und 70er Jahren existiert ein Kanon von Gesetzen und Verordnungen, die hauptsächlich im Spannungs- oder Verteidigungsfall ein möglichst reibungsarmes Funktionieren der Gesellschaft sichern sollen. Diese Gesetze werden kontinuierlich überprüft, bearbeitet oder neu verfaßt. Sie werden landläufig als „Notstandsgesetze“ bezeichnet, tragen im offiziellen Sprachgebrauch jedoch die Bezeichnung „Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze“: Arbeitssicherstellungsgesetz (ASG), Verkehrssicherstellungsgesetz (VerkSiG), Wirtschaftssicherstellungsgesetz (WiSiG), Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz (ESVG), Energiesicherungsgesetz (EnSiG) etc. Die meisten dieser

Regelwerke treten nur im offiziell verkündeten Spannungs- oder Verteidigungsfall in Kraft (s. Grundgesetz Art. 80a, 115a), sehen dann aber weitgehende Eingriffsmöglichkeiten des Staates vor. Nach dem Bundesleistungsgesetz (BLG) werden Bürger und Unternehmen zu Leistungen verpflichtet, die für Verteidigung und Krisenabwehr notwendig erscheinen. Die Überlassung von beweglichen und unbeweglichen Sachen oder Grundstücken kann ebenso eingefordert werden wie Werk-, Instandsetzungs- oder Verpflegungsleistungen. In den verschiedenen Einzelgesetzen ist der Zugriff nicht minder drastisch auf die jeweilige Thematik bezogen. Das Verkehrsleistungsgesetz kann Transportwege für das Militär priorisieren und ermöglicht die Anforderung von Fahrdienstleistungen von Bürgern und Unternehmen. Das Wirtschaftssicherstellungsgesetz erklärt den Vorrang der Streitkräfte beim Bezug von Produkten und Diensten. Ein weitgehender Wegfall der Grund- und Freiheitsrechte sowie des Schutzes der Wohnung ist mit diesen Regelungen verbunden.

Einen Vorgeschmack bietet die kürzlich von der Bundesnetzagentur erstellte „Sicherheitsplattform Strom“, die bei einer Mangellage die Trennung besonders energieintensiver Betriebe vom Netz vorsieht – natürlich einvernehmlich (und „nur im Notfall“ ohne Absprache mit den betroffenen Unternehmen).

Fazit: „Fortschritte“ sind unverkennbar – auf dem Weg ins Verderben.

Klaus Kleinmann
Stralsund

Zum Vorgehen der Bundesregierung gegen Rußland **Sieg der Kriegerfraktion**

Die sechs Maßnahmen der Bundesregierung gegen Rußland, die am Weltfriedenstag verkündet wurden, waren vorab in den Springer-Zeitungen zu lesen. Das Ei, das da wochenlang ausgebrütet wurde, hat mehrere Erzeuger. Sie rangen offenbar erbittert darum, wie weit die Eskalation gegenüber Rußland gehen soll. In den deutschen Großmedien kamen vor allem die zu Wort, die lieber heute als morgen Moskau mit deutschen Waffen angreifen wollen. Noch am Vormittag des 1. September forderte der CDU-Kriegshetzer Roderich Kiesewetter erneut, den „Taurus“ an Kiew zu liefern.

Was zur Unterstützung der dort regierenden Bänderisten im Nationalen Sicherheitsrat beschlossen wurde, ist geheim. Innen- und Außenminister Dobrindt und Wadephul hatten das Vorgehen gegen Rußland am Nachmittag desselben Tages

öffentlich zu „begründen“. Das bestand in der lächerlichen Formulierung „russische Involvierung“. Selbst die „Tageschau“ beschwerte sich, es gebe nichts Konkretes – keine Beweise und was etwa der „Schattenflotte“ passieren soll, wußte Wadephul selbst noch nicht.

Die Inszenierung erinnert an die Sprengung der Ostseepipelines 2022. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ schob soeben die Schuld daran erneut Rußland zu. Der über Leipzig behauptete Unfug – etwa die dritte Drohne, die ein Vogel war – ist ähnlich grob. Die von Bandera-Faschisten geleiteten Kiewer Geheimdienste kennen die Flug- und Stationierungsdaten der ukrainischen „Antonow“-Frachtmaschinen vom Flughafen Leipzig-Halle garantiert besser als die deutschen. Die jüngste Hysterie nützt Kiew, den USA, die noch nie gute

deutsch-russische Beziehungen mochten, und der deutschen Rüstungsindustrie.

Das Problem: Je länger die NATO ihren Krieg in der Ukraine vorantreibt, desto schneller kann er in einen „Großen Vaterländischen“ von russischer Seite umschlagen. Das potenziert auch die Gefahr, die von verhältnismäßig geringer Eskalation wie der Schließung russischer Einrichtungen ausgeht. Gesiegt hat daher wieder einmal die deutsche Kriegerfraktion. Sie ließ es sich nicht nehmen, das am 87. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen zu verkünden. Jener Krieg war Teil des Feldzugs gegen die Sowjetunion, so wie heute der gegen Rußland dem gegen China dient. Die deutschen Kriegsplaner planen nie die eigene Kapitulation mit ein. Heute wie damals.

Arnold Schölzel

UZ, 4.9.2026

Anlässlich des Weltfriedenstages am 1. September fand, wie an vielen anderen Orten, in Stralsund ein Friedensfest statt, auf dem **Prof. Dr. Gregor Putensen**, Mitglied der Initiative „Greifswald für den Frieden“, am 5.9.2026 gesprochen hat. RF dokumentiert Auszüge aus seiner dort gehaltenen Rede.

Mut für den Frieden!

Einfache menschliche Wünsche nach Wohlergehen und Sicherheit werden heute durch die Großmachtambitionen der herrschenden Eliten in Deutschland mehr und mehr ignoriert.

Diejenigen, die im Sinne ihrer ureigensten Existenzinteressen für den Frieden und damit für ein Überleben ohne Krieg eintreten, werden von den politischen Eliten in vielen Ländern diskreditiert, überwacht und verfolgt. Auf Grund ihrer zahlenmäßig scheinbaren Schwäche werden sie von den Massenmedien im Auftrag der herrschenden Kreise herablassend lächerlich gemacht, gerne aber zunehmend auch in die Nähe von Vaterlandsverrättern gerückt.

So ergeht es zum Beispiel denjenigen, die sich eingehender mit der Vorgeschichte des Krieges zwischen der Ukraine und Rußland auseinandersetzen und die direkte kriegerische Parteinahme durch enorme Waffenlieferungen an die Ukraine in Frage stellen. Und damit zugleich die sozial verheerende Militarisierung der Gesellschaft ablehnen. All jene, die nicht bereit sind, in den Chorus des russophoben Geblökes der offiziellen Außen- und Sicherheitspolitik einzustimmen, werden zu „nützlichen Idioten Rußlands“ oder gar zu „Putin-Verstehern“ verketzert. Ohne die Titulierung als „Machthaber“ kommt der moskovitische „Kremlherrscher“ bei uns kaum noch über den medialen Nachrichtenticker.

Ganz bescheiden angefragt: Was sind eigentlich unsere westlichen Politiker? Sind Bundeskanzler Merz, Präsident Macron, Ministerpräsidentin Meloni, ganz zu schweigen von US-Präsident Trump etwa keine Machthaber? Waren die Kriege der USA (gegen Vietnam, Afghanistan, Irak, Venezuela und nun gegen den Iran mit Israel) völkerrechtlich keine Angriffskriege? Den „Russen“ als den bösen Aggressor zu stigmatisieren, gelingt nur dann, wenn das Kriegsgeschehen in der Ukraine lediglich durch das Prisma der von Ex-Kanzler Scholz proklamierten „Zeitenwende“ vom Februar 2022 betrachtet wird und der vom Kiewer Maidan-Regime seit 2014 gegen den russischsprachigen Donbass geführte Bürgerkrieg mit seinen 14 000 Toten in den politischen Skat gedrückt wird. War da nicht auch 1999 ein Krieg der NATO-Staaten gegen Rest-Jugoslawien unter militärisch aktiver Beteiligung der deutschen Bundeswehr?

Gegenwärtig dominiert militärische Großmachtspolitik gegenüber dem immer häufiger gebrochenen Völkerrecht in einem derartigen Ausmaß, daß die Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht. Diese globale Krise für die existentiellen Überlebensfordernisse der Menschheit hat zu einer Militarisierung der internationalen Beziehungen durch Rüstungsausgaben in Höhe von 2900 Milliarden Dollar geführt.

Darunter auch die wahnsinnige, zu leichterem Einsatz führende Miniaturisierung der Atomwaffenpotentiale mit der Absicht erhöhter „taktischer“ Zielgenauigkeit.

Diese brandgefährliche Politik der führenden Exponenten der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber der Groß- und Atommacht im Osten ist nicht nur anmaßend und überheblich, sondern vor allem gegenüber den Überlebensinteressen der Menschen in Deutschland als verantwortungslos zu manifestieren. Getragen von dem Anspruch, Deutschland in Europa zur größten konventionellen Militärmacht zu machen, ignorieren sie schon jetzt in vorfristiger Großmachtattitüde auf die zweifellos anstrengenden Optionen einer ernst gemeinten Diplomatie von Kompromiß suchenden Verhandlungen.

Erlaubt mir einen vergleichenden Blick zurück auf die Zeiten des Kalten Krieges: Trotz holperiger Verhandlungsprozesse in verschiedenen internationalen Gremien war nach der globalen Schreckensbleiche der Kuba-Krise im Herbst 1962 mehr Überlebenssicherheit erreicht worden. Und zwar durch, wenn auch löchrige, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung (Kernwaffensperrvertrag und KSE-Abkommen) sowie vertrauensbildende Maßnahmen und letztlich durch das KSZE-Abkommen von Helsinki 1975.

Was sollen wir also tun, da die mehrheitlich am Frieden interessierten Menschen ökonomisch machtlos sind und deshalb zum größten Teil – ungesehen von Obrigkeit oder „Arbeitgeber“ – zu Hause bleiben. Das Ergebnis ist – von der herrschenden Propaganda schicksalsergeben dazu gebracht –, auf eine öffentliche Wahrnehmung ihrer ureigensten Lebens- und Überlebensinteressen zu verzichten. Dies erinnert mich stark an George Orwells „1984“ und noch mehr an sein länger zuvor geschriebenes Buch „Die Farm

der Tiere“. Die Schweine als ursprüngliche Rebellen für eine landwirtschaftlich unvernutzte Befreiung aller Farmtiere von ihren menschlichen Nutzern, machten sich aber letztlich selbst zu geschäftstüchtigen Herrschern über ihre vormaligen tierischen Stallgenossen. Als rechtfertigender Propagandist für die Schweineherrschaft wurde der redegewandte Eber Schwatzwutz eingesetzt. Schwatzwutz wurde nicht müde, die enttäuschten Haus- und Hoftiere mit der Logik aus dem etablierten Neusprech zu agitieren. Darunter unter anderem: „Alle sind gleich, aber einige sind gleicher.“ Und das Schüren von Furcht vor dem äußeren Feind und sozialen Ängsten durch vorgebliche „Reformen“ erleichterte den regierenden Schweinen die Kontrolle und Überwachung von kritischen Geistern und Nörglern. Letztere wollten einfach nicht an den demnächst zu erwartenden Überfall eines (na klar, ganz sicherlich russischen) Bären glauben und ernst nehmen.

Ähnlichkeiten zu der heutigen umfassenden politischen und geheimdienstlichen Heuchelei in Sachen Krieg und Frieden drängen sich mit dieser Story auf.

Es geht nicht anders, als sich mutig seines eigenen Kopfes und seiner eigenen Erfahrungen zu bedienen und den Kontakt zu anderen, wenn auch bisher vielleicht ungewohnten kritischen Geistern nicht zu scheuen. Ja, es bedarf auch heute schon des Mutes, sich öffentlich für Frieden und gegen die Militarisierung von Staat und Gesellschaft zu bekennen. Aufrüstung und Krieg erweisen sich nicht erst seit heute als verheerende Beschleuniger der Klimakrise. Daher sollten Klimaschützer und Friedensbewegte sich nicht mehr scheuen, gemeinsame Aktionen zu konzipieren.

Das alarmierende Fazit des Ganzen: Krieg läßt sich nur in seiner Vorbereitungsphase verhindern. Dazu bedarf es auf Straßen und Plätzen der Massen, die gegen den im vermeintlichen Namen von Reformen, militärischen Mißbrauch von Geld, Ressourcen und staatlichen Strukturen mit ihrem Protest Wirkung verleihen können. Der Kampf für den Frieden liegt in unser aller Verantwortung. Es muß uns allen gelingen, ihn zu erhalten!

Deutschland strebt erneut zur führenden Militärmacht

Als Rußland 1993 einseitig seine Truppen aus Deutschland abzog, erklärte der damalige deutsche Außenminister Klaus Kinkel, es gelte, „nach außen etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind“. Kann es einen Zweifel geben, was er damit gemeint hat? Wer hat erst kürzlich Rußland zum Hauptfeind erklärt? Kanzler Merz ist nicht mißzuverstehen, wenn er Deutschland „erneut“ zur führenden Militärmacht in Europa machen will. In Rußland überhört man solche deutlichen Worte ganz sicher nicht mehr. Und es sollte jeden und jede hierzulande mit größter Sorge erfüllen, im eigenen, angeblich demokratischen, freiheitlichen, rechtsstaatlichen Deutschland Worte dieser

Aggressivität zu hören. Es ist wieder der deutsche Kriegs- und Siegeswahn, der dieses Volk von Tag zu Tag mehr bedroht. Der Mahnungen hat es über all die Jahre nach 1945 nicht wenige gegeben. Wie einprägsam klingen die Worte Brechts: „Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.“

„Krieg setzt mißbrauchte Gefühle voraus, um den ökonomischen Zwang dahinter zu verbergen. Mit psychologischen Mitteln und Massenmanipulation wurde und wird in den Krieg getrieben, um den eigentlichen Hintergrund,

die Interessen an Krieg, zu vernebeln“, sagte der Journalist Gerhard Kromschöder am 6. August 2010 auf einer Kundgebung in Bremen. Wieviel Zeit hat das deutsche Volk heute noch zu warten und worauf, stellt sich die Frage. Heute ist nicht 1914 oder 1933, heute ist nicht 1945, als so viele von nichts gewußt haben wollten. Heute, 2026, glauben viele, einen Krieg gegen Rußland gewinnen zu können nach allen Kriegen der letzten Jahre, die nicht Rußland führte?

Millionen Deutsche können NEIN sagen, könnten tatsächlich mal Demokratie wagen und Nein zum Krieg gegen Rußland sagen, NEIN zu Feindbildern, Nein zu den Kriegsprofiteuren von einst bis heute.

Roland Winkler, Aue

Repression und pervertierte Rebellion

Ralf Hohmann und Manfred Sohn haben eine Streitschrift zum reaktionären Staatsumbau geschrieben

Der Titel des Buches von Ralf Hohmann (Jurist) und Manfred Sohn (Sozialwissenschaftler) ist lexikalisch kurz: „Umbau“. Der Untertitel dafür länger: „Eine Streitschrift gegen den reaktionär-militaristischen Staats- und Gesellschaftsumbau – für eine Wende zu demokratischem Fortschritt und zum Sozialismus“. Das weist auf einen von der DKP in den vergangenen Jahren erarbeiteten Begriff hin, der hier vor allem mit geschichtlichen Bezügen, aber auch im systematischen, historisch-materialistischen Zusammenhang vorgestellt wird. Vor allem aber will das Buch in die aktuelle, oft begriffslose Verwendung der Termini „Faschismus“ oder „Faschisierung“ eingreifen. In der Einleitung heißt es dazu: „Wir reden also nicht von der Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland oder von Faschisierung (was ja nur eine Dehnung, eine Vorphase vor dieser neuen Gefahr wäre), sondern etwas umständlich vom reaktionär-militaristischen Staats und Gesellschaftsumbau, den die Herrschenden dieses Landes gegenwärtig mit aller Macht anstreben. Dieses kleine Buch dient dazu, diesen Begriff zu begründen.“

Um es vorweg zu nehmen: Das ist gut gelungen. Die Schrift enthält ein kurzes, spannendes Kompendium des historischen Werdens des Umbau-Begriffs und seiner sozusagen logischen Verankerung im Umfeld ähnlicher Begriffe. Der Anhang ergänzt das mit einem Referat von Ursula Vogt vor dem DKP-Parteivorstand vom September 2025 sowie einem Gespräch mit dem DKP-Vorsitzenden Patrik Köbele und seinen beiden Stellvertretern Wera Richter und Björn Blach.

Roter Faden ist die Geschichte der Repression vor allem des deutschen kapitalistischen Staates gegen die Arbeiterbewegung – von der Kommunistenverfolgung rund um die Revolution von 1848 über das Sozialistengesetz von 1878, den faschistischen Terror bis zum antikommunistischen Verfolgungswahn in der BRD mit seinen Exzessen wie dem KPD-Verbot 1956, den Berufsverboten ab 1972 oder den juristischen und den jeder Rechtsprechung Hohn sprechenden Sanktionen und Verordnungen auf EU- oder Länderebene der jüngeren Zeit. Leider fehlt in der historischen Darlegung die den Zahlen der Verfolgten nach umfangreichste Repressionswelle in Deutschland nach 1945: Die Hunderttausende betreffende „Abwicklung“ von Wissenschaftlern, Künstlern, Journalisten sowie Funktionären aus Staat, Parteien, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen der DDR nach 1990. Die Herrschenden der BRD haben dabei ihren historischen Erfahrungsschatz – wie sind mögliche „Störer“ zu lähmen und unschädlich zu machen? – erheblich erweitert. Die heutigen Willkürmaßnahmen im Zeichen der „Zeitenwende“ bauen auch darauf auf. Vor diesem Hintergrund ist nach Auffassung der beiden Autoren auch der Aufstieg der AfD zu sehen. Unter dem Druck der Verschiebungen in den internationalen Kräfteverhältnissen verstärkte sich innerhalb des deutschen Volkes wie in Frankreich oder England, „also überall dort, wo die Quellen des Extraprofits aus der Ausbeutung des Rests der Welt zu versiegen beginnen“, „das Gefühl, auf einer Rutschbahn nach unten zu sitzen“.

Obwohl der aggressive Konfrontationskurs von USA/NATO/EU/Japan gegen die BRICS-Staaten und vor allem gegen Rußland und China „unübersehbar hohe Kosten“ verursache, zeichne sich „keine Rebellion wesentlicher Teile der deutschen Bourgeoisie gegen diesen Kurs ab“.

Insgesamt wachsen, so Hohmann und Sohn, zwar „Überdruß an der Politik der Herrschenden, die Abstieg und Kriegsgefahr bedeutet“, die „Lust an Rebellion“ nehme zu, deren „Geist“ aber werde „rechtesten Kräften zugetrieben. Also gedeiht eine pervertierte Rebellion“. Die sei in der AfD zur Partei geworden. Sie sei „sowohl Kampfreserve klassisch reaktionärer Politik“ als auch „Kampfreserve für einen zur Zeit nicht gewollten, aber in Deutschland nie auszuschließenden möglichen Ausweg in eine offene terroristische Diktatur wie 1933 bis 1945“. Das Buch nennt detailliert die juristischen Instrumente, die seit der „Zeitenwende“ bereits in Kraft sind und weitet den Horizont am Ende aufs Internationale: „Innerhalb dieser Epoche der Revolutionen, in der wir uns befinden, befinden wir uns im Unterkapitel ‚Die Dekolonisierung der Welt vollenden‘.“ Kommunismus setze voraus, „dem USA/EU/NATO-Imperialismus das Rückgrat zu brechen“.

Arnold Schölzel

Ralf Hohmann/Manfred Sohn: *Umbau. Eine Streitschrift gegen den reaktionär-militaristischen Staats- und Gesellschaftsumbau – für eine Wende zu demokratischem Fortschritt und zum Sozialismus. CommPress-Verlag, Essen 2026, 111 Seiten, 10 Euro*

„Das gute Gewissen des Krieges“

*Eine polemisch-satirische Auseinandersetzung mit der Rede **Navid Kermanis** beim Feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr am 20. Juli 2026*

Manche Festakte bringen einen zum Lachen. Beim feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr in Berlin aber, das mitnichten ein Friedensappell war, blieb mir das Lachen im Halse stecken.

Hier wurde erklärt, warum man töten darf. Doch davon später.

Bevor Kriege geführt werden, wird über sie gesprochen. Jedenfalls in Demokratien. In anderen Staatsformen wird mit Säbeln gerasselt, werden Fahnen geschwenkt und Parolen gebrüllt. Die bürgerliche Demokratie kennt feinere Formen. Sie kleidet die Gewalt in Recht, schmückt sich mit der Würde des Gewissens und macht sich zur Sachwalterin der Humanität. Niemand ruft nach Blut. Niemand ruft nach Haß. Man spricht von Verantwortung. Von Freiheit. Von Menschenwürde. Je kultivierter die Sprache, desto unsichtbarer wird die Gewalt, die sie vorbereitet.

Für diesen Festakt brauchte man keinen General. Man brauchte einen Schriftsteller. Es hätte kaum einen Besseren geben können als diesen Redner. Er schreibt nicht gegen den Zuhörer an; er nimmt ihn an die Hand. Seine Sätze tragen keine Uniform. Gerade deshalb marschieren sie so weit. Sie überwältigen nicht. Sie überzeugen.

Er spricht vom 20. Juli. Von Stauffenberg. Vom Mut zum Nein. Vom Gewissen. Von der Würde des Menschen. Alles ist richtig. Alles ist edel. Alles ist unangreifbar. Fast unmerklich wird der Boden bereitet. Aus Erinnerung wird Zustimmung. Aus Zustimmung Pflicht. Aus Pflicht Bereitschaft.

Ich muß gestehen: Für einen Augenblick glaubte ich ihm. Nicht nur ich. Auch um mich herum war so etwas wie Erleichterung zu spüren. Endlich, dachten wir, spricht einer über das Recht des Soldaten, Nein zu sagen. Nicht irgendein Nein. Das Nein des 20. Juli. Das Nein gegen den verbrecherischen Befehl. Das Nein gegen den Staat, wenn der Staat selbst zum Verbrecher wird. Eine Gelöbnisfeier, die den Ungehorsam ehrt. Das hätte Größe gehabt. Ich hörte weiter. Man dürfe das aber nicht mißverstehen, erfährt der Zuhörer nun. Afghanistan? Nein. Kundus? Nein. Kosovo? Ebenfalls nicht.

Ich rieb mir die Augen. Eben noch wurde das Nein des 20. Juli gefeiert. Das Nein gegen den falschen Befehl. Die Befehlsverweigerung. Das Nein des Gewissens. Und kaum hat sich dieser Gedanke beim Zuhörer eingerichtet, wird ihm erklärt, wofür dieses Gewissen auf keinen Fall zuständig

sei. Afghanistan? Nein. Kundus? Nein. Kosovo? Ebenfalls nicht.

Das Gewissen erhält Instruktionen. Das ist das Gegenteil einer Gewissensentscheidung. Der Ungehorsam darf paradieren. Marschieren darf er nicht.

Da dämmerte mir etwas: Das Gewissen soll den Gehorsam nicht begrenzen. Es soll ihn veredeln. Wer theoretisch Nein hätte sagen dürfen, dessen Ja erscheint als freie Entscheidung.

Ich ahnte, daß die eigentliche Pointe noch kommen mußte.

Und da kam sie dann, die große kritische Geste. Der rebellische Tabubruch. Der Bundeskanzler wird gerügt. Seine Rechtfertigung des Angriffs auf den Iran. Seine Nachsicht gegenüber dem Völkerrecht. Es sind ungewohnt scharfe Worte. Man spürt das Raunen im Publikum. Man freut sich an der Reaktion des Verteidigungsministers. Die Sequenz wird vielfach geteilt – als Beweis einer außergewöhnlich mutigen Rede. Doch die Revolution dauerte nur drei Sätze. Dann folgt die Entwarnung. Gerade diese Tatsache, so erklärt der Redner, daß er den Bundeskanzler hier öffentlich kritisieren dürfe, beweise doch die Größe unserer Demokratie. Alles nickt. Demokraten erkennen sich.

Ich mußte lachen. Der Kanzler wird gerügt. Der Staat wird gefeiert. Die Ohrfeige für den Chef wird zum Orden für den demokratischen Laden. Die Revolte wird protokolliert und als Beleg gelungener Freiheit abgeheftet. Das nenne ich demokratisches Knechtsbewußtsein. In seiner elegantesten Form.

Befehlsverweigerung als Pose. Kritik als Akklamation. Der Soldat darf den Gehorsam verweigern – sofern er gehorcht. Der Intellektuelle darf den Staat kritisieren – sofern der Staat dafür Beifall bekommt. So wird aus dem Nein eine Dekoration des Ja. Jetzt fiel es mir erst auf: Die Rede handelte gar nicht vom Krieg. Sie handelte vom guten Gewissen des Krieges.

Es blieb nur noch eine Frage: Wie bringt man einen freien Menschen dazu, zu wollen, was er muß? Erst dann sitzt die Uniform richtig. Die Uniform beginnt nicht am Kragen. Sie beginnt im Kopf. Die höchste Form des Gehorsams ist dann erreicht, wenn der Befehl als eigener Gedanke zurückkehrt. Dann marschiert nicht nur der Körper. Dann marschiert das Gewissen mit. Eine raffiniertere Art, Gehorsam zu organisieren, muß man erst einmal finden.

Bis hierher führte der Redner seinen Zuhörer sanft an der Hand. Nun verrät er den zentralen Mechanismus. Überraschend kündigt er an: Das Gewissen allein genügt eben doch nicht. Auch Terroristen und

Himmler hätten sich auf ihr Gewissen berufen. Es brauche daher, so erklärt er, ein Korrektiv: Grundgesetz und Völkerrecht. Ein guter Einfall. Wer könnte etwas dagegen sagen? Ich wäre beinahe darauf hereingefallen.

Doch ich kam ins Grübeln. Das Gewissen bekommt also einen Dienstweg? Er heißt Recht. Das Recht tritt auf, als stünde es über der Gewalt. Gerne hätte ich gefragt: Ist Recht nicht bloß Gewalt in Robe? Doch lassen wir diese schwierige Frage einstweilen ruhen. Zwischenfragen waren nicht vorgesehen. Ich saß ohnehin vor dem Fernseher. Hören wir dem Redner weiter zu.

Auftritt des Völkerrechts: Es erscheint als letzte Bastion gegen die Barbarei. Als Krone der Zivilisation. Als Lehre aus Auschwitz. Als Fels, an dem sich die Wellen der Macht brechen.

Ein schönes Bild. Leider stimmt es nicht. Das Völkerrecht hat den Krieg nicht abgeschafft. Es ist nicht entstanden, damit Staaten keine Kriege mehr führen. Es ist entstanden, weil es zum Geschäft kapitalistischer Staaten zu gehören scheint, Kriege zu führen. Es entscheidet nicht über den Krieg. Es entscheidet über seinen Titel: Angriff. Verteidigung. Intervention. Bündnisfall. Präventivschlag. Humanitäre Verantwortung. Erlaubt. Nicht erlaubt.

Das Völkerrecht war vielleicht einmal ein Fortschritt gegenüber der offenen Willkür. Gegenüber dem Krieg war es keiner. Es verhinderte den Krieg nicht. Es ordnete ihn. Es ist die Geschäftsordnung bewaffneter Staaten. Aus nackter Gewalt wird ein Verwaltungsakt. Das Töten bekommt ein Aktenzeichen. Das Gewissen unterschreibt.

Doch zurück zur Rede. Große Redner erkennt man nicht nur an ihren Worten. Man erkennt sie vor allem an ihrem Schweigen. Wer sich sicher im Zentrum des öffentlichen Diskurses bewegt, weiß nicht nur, was er sagen kann. Er weiß vor allem, was er besser nicht sagt.

Man darf Afghanistan bedauern. Man darf Merz tadeln. Man darf Trump kritisieren. Man darf den Angriff auf den Iran problematisieren. All das ist erlaubt. All das wird beklatscht. Gerade deshalb fällt das Schweigen um so stärker auf.

Über Gaza fällt kein Wort. Über ein Gebiet, nicht mal halb so groß wie Berlin, auf das die befreundeten Streitkräfte der „moralischsten Armee der Welt“ in mehr als 40 000 Luftangriffen Sprengstoff mit der Sprengkraft mehrerer Hiroshima-Bomben abgeworfen haben: kein Wort. Über die Toten, vom Neugeborenen bis zum Großvater: kein Wort. Die Rede, die eben noch Gewissen, Humanität und Völkerrecht beschwor, schweigt.

Auch über die geistige Mobilmachung der Deutschen gegen Rußland schweigt sie. Kein Wort darüber, wie Feindbilder entstehen. Kein Wort darüber, wie aus Nachbarn Todfeinde werden. Kein Wort über die Geschichte der beiden Völker. Kein Wort darüber, daß Kriege lange beginnen, bevor der erste Schuß fällt.

Das Wort „Diplomatie“ taucht in der Rede kein einziges Mal auf.

Damit blieb am Ende nur noch eine Frage. Eigentlich die einzige, die den Soldaten selbst betrifft.

Wofür soll er eigentlich sterben?

Die Rede spricht vom Gewissen des Soldaten. Vom Recht. Vom Völkerrecht. Von Verantwortung. Von Freiheit. Von Menschenwürde. Aber sie stellt nie die Frage nach dem Zweck, dem all dies dienen soll.

Für die Freiheit? Für die Menschenwürde? Für das Recht? Für das Völkerrecht? Oder für einen Staat, dessen eigener Zweck niemals benannt wird?

Gerade darin liegt die Tragik des „Bürgers in Uniform“. Am Soldaten zeigt sich in aller Schärfe, was sonst leicht übersehen wird: Der Bürger soll glauben, daß Staatszweck und eigener Zweck identisch sind. Daß der Zweck des Staates sein eigener Zweck sei. Im Soldaten erhält diese Behauptung ihre äußerste Konsequenz. Sein Opfertod erscheint als eigener Wille. Vielleicht ist nirgendwo deutlicher zu erkennen als hier, daß diese Identität falsch ist.

In dieser Rede wurde der kommende Krieg im Gewissen verankert und in Recht gegossen. Er ist damit einen gewaltigen Schritt nähergekommen.

Die Maschine läuft längst. Und wir laufen mit. Der Bäcker verkauft Butterbrezeln. Auf jeden Verkauf zahlt er Steuer. Damit wird der Staat finanziert. Wenn der Staat künftig jeden dritten Euro der eingenommenen Steuern – manche wollen sogar mehr – für Panzer, Drohnen und Bomben ausgibt, bedeutet das: Wer beim Bäcker eine Butterbrezel ißt, führt schon beim Frühstück Krieg gegen Rußland.

Wer sagte nochmal: „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen?“

Ich habe das Fernsehgerät längst ausgeschaltet, biege um die Ecke und trinke zwei schwarze Bier.

Auf das richtige Leben im Falschen.

Daniel Kaefer

Der Autor arbeitet an einer süddeutschen Universität.

Der Herbst des Protestes

Deutschland und Europa stehen vor einem Herbst des Protests gegen Hochrüstung und Krieg. Rheinmetall will Kassel und sein Umland in einen Defence Hub Nordhessen transformieren – ein Beispiel für die konkreten Folgen der Militarisierung.

Militärische Drehscheibe

Rheinmetall teilte Anfang September mit, man werde in Kooperation mit dem Bundesland Hessen die Stadt Kassel und die umliegende Region zum Defence Hub Nordhessen machen.

Zusätzlich zum Ausbau seines bestehenden Werks im Kasseler Norden will Rheinmetall verstärkt den nordwestlich gelegenen Flughafen Kassel-Calden nutzen. Dort starteten zuletzt vor allem Ferienflüge. Zum einen ist der Bau eines Logistikzentrums mit einer Fläche von 30 000 Quadratmetern in Calden vorgesehen, das, wie Rheinmetall mitteilt, „die effiziente Abwicklung sowohl nationaler als auch internationaler Aufträge gewährleisten“ soll. Darüber hinaus ist am Flughafen die Einrichtung eines Drohnentestzentrums geplant, wo die von Rheinmetall entwickelten Drohnen erprobt sowie bei Bedarf weiterentwickelt werden. Der Düsseldorfer Rüstungskonzern will insgesamt 260 Millionen Euro in und bei Kassel investieren; es kommen 25 Millionen Euro hinzu, die das Bundesland Hessen zur Verfügung stellt. Wie der hessische Ministerpräsident Boris Rhein am 27.8. nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung mit Rheinmetall erklärte, soll nicht nur der Flughafen Kassel-Calden zur „militärischen Drehscheibe“ werden.

Waffensysteme ohne US-Bauteile

Zu den Drohnen, die Rheinmetall an dem künftigen Drohnentestzentrum in Kassel-Calden erproben kann, zählen zum einen sogenannte Kamikazedrohnen – Fluggeräte, die über einem Gebiet kreisen und sich dann, mit Sprengstoff beladen, auf ein Ziel stürzen, um es zu vernichten. Rheinmetall hat erst im April von der Bundeswehr den Auftrag erhalten, derlei Drohnen für einen Gesamtpreis von 300 Millionen Euro zu produzieren. Dabei geht es um Waffensysteme des Typs FV-014, die eine Reichweite von bis zu 100 Kilometern haben und bis zu 70 Minuten fliegen können. Sie enthalten ausschließlich europäische Bauteile und sind damit unabhängig von Einflußnahme durch die USA.

Jagdbomberdrohnen

Noch unklar ist, ob Rheinmetall den erhofften Zuschlag zum Bau einer Jagdbomberdrohne erhält – eines unbemannten Kampfflugzeugs, wie es die Bundeswehr aktuell beschaffen will. Es soll in der Lage sein, Ziele zu attackieren, die weit im russischen Hinterland liegen. Zur Auswahl standen bislang drei Modelle. Das Drohnen-Startup Helsing ist dabei, eine Jagdbomberdrohne namens CA-1 Europe zu entwickeln; sie soll ohne US-Bauteile gefertigt werden, doch wird sie frühestens 2029 verfügbar sein. Airbus kooperiert mit dem Konzern Kratos, der bereits über die Drohne Valkyrie verfügt; allerdings stammt Kratos aus den USA. Rheinmetall wiederum will gemeinsam mit Boeing dessen Drohne MQ-28, die bereits eingesetzt wird, an den deutschen Bedarf anpassen; jedoch ist auch Boeing ein US-Konzern. Um direktem US-Einfluß zu entkommen, will Rheinmetall

das Fluggerät gemeinsam mit Boeing Defence Australia fertigen.

Proteste

Gegen Rheinmetall, Deutschlands größten Rüstungskonzern, werden inzwischen zunehmend Proteste laut. In Berlin-Wedding etwa setzen sich Anwohner und örtliche Organisationen schon seit längerer Zeit dagegen zur Wehr, daß Rheinmetall dort mitten in einem Wohngebiet Munition herstellen will. Am 1. September begann in Köln unter dem Motto „Rheinmetall entwaffnen“ zum wiederholten Mal eine Protestwoche, die sich gegen Militarisierung allgemein, unter anderem aber auch gegen den Düsseldorfer Konzern richtet.

Am 1.9. fanden aus Anlaß des Weltfriedenstages bundesweit rund 200 Gedenkveranstaltungen statt, mit denen de facto ein Startsignal für einen Herbst des Protests gegeben wurde, in dem nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas zahllose Menschen auf die Straßen gehen wollen, um gegen die Hochrüstung, gegen den damit verbundenen Abriß der Sozialsysteme sowie gegen die immer konkreter werdenden Kriegsvorbereitungen auf dem ganzen Kontinent zu protestieren, so z. B. in Deutschland mit der Anti-Kriegs-Großdemonstration am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart; mit einem Internationalen Aktionstag von Hafenarbeitern gegen Krieg und Militarisierung am 30. Oktober in zahlreichen Häfen in Europa sowie mit einem globalen Wochenende gegen Militarisierung und Wehrpflicht am 21./22. November. Weitere Aktionen sind geplant.

*Redaktionell gekürzt
german-foreign-policy.com, 2.9.2026*

Morgen kommt der Russe, wir müssen alle sterben!

Russenhaß, Russenangst. Genau danach sieht es aus, wenn ein deutscher Minister (unser kriegstüchtiger Pistorius) lieber den Krieg gegen Rußland vorbereitet, statt sich strikt auf friedensbewahrende Verteidigungspolitik gemäß Grundgesetz zu beschränken. Aus Worten und Taten Präsident Putins müsse man schließen: „*Es besteht eine Bedrohung, und die kann sich ab 2029 realisieren.*“ [1] Ach ja? Die ARD-Tagesschau, geübt in der Kunst der staatsbürgerlichen Meinungsverbildung, gab noch eins drauf: Laut Geheimdienst-„Erkenntnissen“ sei eigentlich schon 2028 damit zu rechnen. Hingegen unterschlug er, daß Rußland eine umfassende Nichtangriffsgarantie anbietet.

Außenminister Lawrow: „*Wir haben mehrmals gesagt, daß wir nicht die Absicht hatten und haben, irgendein derzeitiges NATO- oder EU-Mitglied anzugreifen. Wir sind bereit, diese Position in künftigen Sicherheitsgarantien für diesen Teil Eurasiens zu verankern.*“ [2]

Die herrschenden Eliten haben ihre angejahrten Friedensmasken abgelegt und betätigen sich wieder als Kriegstreiber, als menschenverachtende Rüstungslobbyisten, als Lügner, schamlose Propagandisten und gnadenlose Sozialabbau-Fetischisten.

Spitzenleistung an Mitleidlosigkeit

Derzeit beteiligen sich unsere Kriegslüsternden am Auslöschen einer ganzen Generation junger Männer auf den ukrainischen Schlachtfeldern – skrupellos, gewissenlos, aber angeblich zum Schutz der (west-)europäischen Freiheit und Demokratie. Wehrfähigen Männern wird mit Unterstützung der Leyen-EU-Kommission und der Merz-Regierung die Ausreise aus der Ukraine in die „westliche Freiheit“ prinzipiell verwehrt, weil dem wildgewordenen pro-nazistischen Machthaber in Kiew die Soldaten an der Front ausgehen.

Regierende Christdemokraten wollen neuerdings wehrfähigen Ukrainern grundsätzlich nicht mal mehr den rechtlichen Schutzstatus in Deutschland gewähren, sondern sie in den Fleischwolf des ukrainisch-russischen Krieges zurückschicken. Merz: „*Die Ukraine verteidigt nicht nur ihre Freiheit, sondern auch unsere Freiheit.*“ [3] Jawoll, ums Verrecken! Bis zum Geht-nicht-mehr. Und damit der Korrupte in Kiew mit dem mörderischen Krieg weitermacht, hat ihn unser „vom Frieden beseeltes“ Regime in diesem Jahr schon mit (weiteren) 11,8 Milliarden Euro „Militärhilfe“ geschmiert.

Die kriegsvorbereitende Politik unserer Regierung wäre gegen das Volk auf Dauer unmöglich. Da ihr vernünftige Begründungen

fehlen, füllt sie die Lücke mit Desinformationen, Angstmacherei und menschenverachtender Hetze. Der Staatsfunk steht ihr dafür zu Diensten.

Der Zweck vons Janze? Verängstigte Bürger lassen sich leichter neue Steuern aufbrummen und ihren sozialen Besitzstand abluchsen. Das abgepreßte Geld wird der Rüstungswirtschaft und ihrer kriegswilligen Lobby in den Rachen geschoben. Der Bürger nimmt's hin. Die angeblich zwingend notwendigen „Verteidigungs“-Ausgaben – heuer überplanmäßig 124,7 Milliarden Euro – sind schließlich für den Durchschnittsbürger nur noch eine abstrakte, nicht mehr wirklich vorstellbare Menge Geld. Und wer zur Tafel gehen muß, weil er es sich nicht einmal leisten kann, sein Essen bei Aldi oder Penny zu kaufen, dem sind unsere 2,5 Billionen Euro Staatsschulden vollends egal – so egal wie die antirussischen Bedrohungslügen.

Unsere Nazi-Vorfahren steigerten die imperialistische Russenfeindlichkeit Kaiser Wilhelms II. ins Maßlose. Propagandaminister Goebbels' Haßtirade: „*In unserem Kampf gegen den Bolschewismus stehen wir heute nicht mehr allein. Um ihn wirksam zu bekämpfen, ist der Zusammenschluss aller gesunden Kräfte nötig. Der Bolschewismus ist grundsätzlich daran interessiert, Krieg und Verwirrung zu stiften ... Der Kampf gegen den Bolschewismus ist nicht nur ein Kampf für die Erhaltung der Kultur im eigenen Land, sondern ein Kampf für den Weltfrieden.*“ [4]

Der Haß auf die Bolschewiki bekam zusätzlich noch die rassistische Note: „*Slawische Untermenschen*“ ist eine deutsche Worterschöpfung.

Nazi-Deutschland wurde zwar von der Sowjetunion (mit Unterstützung der Westalliierten) niedergeworfen. Aber der deutsche Russenhaß und das unerträglich arrogante Überlegenheitsdenken haben überdauert. Schon sieben Jahre nach Kriegsende schwang sich Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik, zu einem moralisierenden und die monströsen Nazi-Verbrechen relativierenden Vergleich auf: „*Die Sowjetunion ist ein noch viel größerer und viel mächtigerer und viel totalitärer Staat, als es das nationalsozialistische Deutschland gewesen ist.*“ [5]

Und heutzutage? Die Frage, ob Rußlands Außen- und Sicherheitspolitik Deutschland bedrohe, bejahten im Jahr 2018 nur 28 Prozent der Befragten. 2024 waren es 66 Prozent. [6] Als ob Rußlands Präsident Putin im November 2021 nicht geradezu händeringend darum gebeten hätte, die bedrohliche NATO-Einflußnahme auf die

Ukraine einzustellen und ein gesamteuropäisches Sicherheitskonzept zu verabreden.

Der Russenhaß unseres politischen Führungspersonals wurde in allen gesellschaftlichen Bereichen selbstverständlich und normativ. Im Militär, in der Wirtschaft, im Sport, im Kulturbetrieb. Russophobie als Staatsräson: maßlos, gewissenlos, sogar strafbewehrt. Wer gegen die Geschichtsklitterung aufmuckt und lautstark Geschichtsbewußtsein und Faktentreue reklamiert, den greift sich der Staatsanwalt.

Kostproben für Russophobie und Menschenverachtung, geliefert von unseren führenden Volksvertretern: Außenminister Wadephul: „*Rußland wird immer ein Feind für uns bleiben.*“ (in einem Telefonat, das er vermeintlich mit engen Mitarbeitern des ukrainischen Präsidenten führte [7]; tatsächlich war er russischen Telefon-Prankstern auf den Leim gegangen).

Bundeskanzler Merz: „*Wir erleben im Augenblick dieses Land (Rußland) in einem Zustand der tiefsten Barbarei. Das wird sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern, und damit müssen wir uns abfinden.*“ [8] Und weil Putin nach einem Sieg über die Ukraine angeblich weitere Länder angreifen werde: „*Wir werden uns wieder verteidigen müssen.*“ [9] Bewußt oder unbewußt wiederholt Merz damit Hitlers Propaganda, der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion sei als „Präventiv-Krieg“ (vorbeugende Verteidigung) gerechtfertigt. Rußland bzw. die Sowjetunion haben Deutschland jedoch noch nie angegriffen. Merz pflegt ein borniertes Feindbild. Das hindert ihn, die angebrachte Lehre aus der verheerenden deutschen Geschichte zu ziehen und seine Politik entsprechend friedensdienlich zu gestalten.

Ostlandreiter in Aufbruchstimmung

Merz' bössartige Sprücheklopfferei ist ein Fingerzeig darauf, daß die deutsche Bourgeoisie nie verwunden hat, von den „Barbaren“ im Osten besiegt worden zu sein – und daß sie nach wie vor revanchistische Gedanken pflegt.

Klar, daß die regierende Politblase einen auf Saubermann macht und betont, ihre Haßtiraden richteten sich nur gegen die „verbrecherische“ russische Regierung, nicht gegen das russische Volk. Auch dieses Nonsens-Bekenntnis hat üble Tradition. Beispiel: Am Tag des Angriffs auf die Sowjetunion, am 22. Juni 1941, schnauzte Adolf Hitler im Reichsrundfunk: „*Niemals hat das deutsche Volk gegen die Völkerschaften Rußlands feindselige Gefühle gehegt. Nicht Deutschland hat jemals versucht, seine*

nationalsozialistische Weltanschauung nach Rußland zu tragen, sondern die jüdisch-bolschewistischen Machthaber in Moskau haben es unentwegt unternommen, unseren und anderen europäischen Ländern ihre Herrschaft aufzuoktroyieren ...“[10]

Das Ergebnis der nicht gehegten „feindseligen Gefühle gegen die russischen Völkerschaften“ ist bekannt: 27 Millionen ermordete Sowjetmenschen. Jeder achte Bewohner ein Kriegstoter. (In Deutschland bei 6,3 Millionen Kriegstoten jeder elfte.)

Deutsche Politik „nur“ gegen den Kreml, nicht gegen die russische Bevölkerung? Pure Heuchelei, denn mit Wirtschafts-sanktionen („Rußland ruinieren“) wird die Bevölkerung drangsaliert, weil man sie zwingen will, ihre Regierung zu ent-machen und dem Westen genehme, fügsame Nachfolger zu akzeptieren. Die gleiche Absicht stand hinter dem Plan der Brüsseler Domina von der Leyen und ihres Berliner Kumpans Merz, 300 Milliarden Euro eingefrorenes russisches Staatsvermögen zu klauen, die schließlich nicht Putin, sondern der russischen Bevölkerung gehören. Auch trifft die mittelbare Kriegsbeteiligung auf Seiten der Ukraine nicht Putin, sondern breite Teile der Bevölkerung. Vor allem, weil Deutschland massenhaft tödliche Waffen liefert.

O-Ton Merz: „*Rußland ist kulturell, literarisch und musikalisch ein zutiefst europäisches Land und im ganzen Land von europäischer Kultur geprägt.*“[11]

Jottchen, welch nagelneue Erkenntnis! Des Kanzlers Würdigung paßt natürlich nahtlos in den neuen Umgang mit russischer Kultur und Kulturträgern:

Dem Stardirigenten Valery Gergiev wurde als Chefdirigent der Münchner Philharmoniker gekündigt, da er sich trotz Aufforderung nicht vom Krieg gegen die Ukraine distanzierte.

Die berühmte Opernsängerin Anna Netrebko tritt, weil ähnlich drangsaliert, gleich gar nicht mehr im Ausland auf. Rußland wurde von mehreren Filmfestspielen (z.B. Venedig) und vom Eurovision Song Contest verbannt. Kultur-Institutionen – wie die Kunstbiennale in Venedig – die es wagen, russische Künstler einzuladen, werden geächtet, zugesagte Fördermittel verweigert. Auch auf dem Büchermarkt zeigen sich die Auswirkungen der systematisch forcierten Russophobie. Russische Literatur ist out. Der Markt ist eingebrochen.

Im Sport schlug die russophobe Politik ähnlich durch. In fast allen Sportwettbewerben herrschte Teilnahmeverbot für Russen. Gelegentlich gab es Ausnahmen, aber nur unter erzwungenem Verzicht auf das Tragen der russischen Staatsflagge und das Abspielen der Nationalhymne.

Als das Internationale Paralympische Komitee (IPK) zur Olympiade 2022 die Teilnahme russischer und weißrussischer Sportler befürwortete, drohten vor

allem die deutschen Sportfunktionäre mit Boykott. Das Komitee vollzog daraufhin eine Kehrtwende und schloß die Russen aus. Als die Verbände im Internationalen Paralympischen Komitee heuer nach mehrheitlichen Abstimmungen in ihren Gremien die Sperren doch aufhoben (auch das Verbot der russischen Flagge und Nationalhymne), beschloß der deutsche Verband, die Eröffnungsfeier der Paralympics zu boykottieren. Klar, daß auch die deutsche Politaufsicht, Sportstaatsministerin Schenderlein (CDU), in Vertretung ihres Kanzlers Merz die Eröffnungsfeier boykottierte.

Den Widersinn dieser angeblich nur auf Putins Regierung zielenden Sanktionspolitik haben wichtige Sportverbände inzwischen begriffen. Sie hoben die Verbote auf.

Konsequenzen der Russophobie

Die regierungsamtliche Russenfeindlichkeit hat Konsequenzen für uns alle. Man bestimmt inzwischen sogar, welche russischen Medien wir nicht nutzen dürfen. Man verbietet uns zeitweise, zum Gedenken an die gefallenen sowjetischen Befreier an den Ehrenmalen in Berlin sowjetische Flaggen zu zeigen. Offiziellen russischen Repräsentanten wird gar die gemeinsame Teilnahme mit uns an Befreiungsfeiern in den ehemaligen KZs (Buchenwald, Sachsenhausen u.a.) verwehrt. Die Verwaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau ließ im Mai einen Tag nach einer Gedenkfeier, an der auch der russische Botschafter und der belarussische Generalkonsul teilgenommen hatten, von deren Kränzen die Schleifen in den russischen und belarussischen Nationalfarben abschneiden. Niederträchtig, schändlich ...

Verstörende Folgen des rußlandfeindlichen Kurses: 88 Prozent der Westdeutschen und 77 Prozent der Ostdeutschen sehen mittlerweile in Rußland eine Bedrohung für die Sicherheit in der Welt. Und wie sehen die Russen uns Deutsche? Früher fanden uns über 80 Prozent der Russen gut. Noch im Jahr 2010 sah kaum ein Russe Deutschland als gefährlich an. Heute betrachtet eine Mehrheit (55 Prozent) Deutschland als Hauptfeind.

Unsere führenden Giftspritzen Merz und Pistorius werden diesen Anteil weiter wachsen lassen. Sie haben schon das Fundament gelegt für den nächsten Krieg gegen Rußland. Den wir gemäß historischer Gesetzmäßigkeit erneut verlieren werden. Ein Aberwitz, diese Berliner Aggressivität gegenüber der Atommacht Rußland! Aber es gibt ja so viele schöne Rüstungsmilliarden zu verpulvern ...

Und diese Mischpoke hetzt weiter. Merz: „*Der [Ukraine]-Krieg endet erst, wenn Rußland wenigstens wirtschaftlich, wenn nicht auch militärisch erschöpft ist, und darauf bewegen wir uns hin.*“ [12] „*Wir werden der Ukraine weiter helfen ... Die Mittel der*

Diplomatie sind ausgeschöpft.“ [13] So schwadroniert ein Kanzler, der noch kein einziges Mal mit Putin gesprochen hat und stur jeglichen Kontakt mit ihm ablehnt. Wir Deutschen haben keine äußeren Feinde, nur innere. Die sind benennbar: Geldaristokraten, Rüstungsindustrielle und Kriegsbereitschaftspolitiker wie Merz, Pistorius und ihre Spießgesellen. Dazu kommen die regierungshörigen Massenmedien mit ihrer weit fortgeschrittenen Verblödung der Gesamtbevölkerung – bei nachhaltig unzureichendem Bildungsangebot.

Ach, liebe gute Leute: Die beste Verteidigung besteht darin, FREUNDE zu gewinnen!

**Friedhelm Klinkhammer und
Volker Bräutigam**

Redaktionell gekürzt

Quellen

[1] [ksta.de/politik/pistorius-warnt-vor-angriff-man-muss-nur-putins-worte-nehmen-1000321](https://www.ksta.de/politik/pistorius-warnt-vor-angriff-man-muss-nur-putins-worte-nehmen-1000321)

[2] archive.ph/bQACp

[3] [welt.de/politik/deutschland/article6a2a5beffbd55a72ddb57005/regierungserklaerung-sie-reisen-zu-champagnerempfaengen-nach-moskau-merz-attackiert-afd-abgeordnete.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article6a2a5beffbd55a72ddb57005/regierungserklaerung-sie-reisen-zu-champagnerempfaengen-nach-moskau-merz-attackiert-afd-abgeordnete.html)

[4] [booklooker.de/Bücher/Angebote/titel=Die+Bedrohungslüge.S.13](https://www.booklooker.de/Bücher/Angebote/titel=Die+Bedrohungslüge.S.13)

[5] [konrad-adenauer.de/zitate/sowjetunion/](https://www.konrad-adenauer.de/zitate/sowjetunion/)

[6] [zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/befragung-zwischen-kriegsangst-und-kriegstauglichkeit-5860904](https://www.zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/befragung-zwischen-kriegsangst-und-kriegstauglichkeit-5860904)

[7] [berliner-zeitung.de/article/kuenftiger-aussenminister-wadephul-russland-wird-immer-ein-feind-fuer-uns-bleiben-2320148](https://www.berliner-zeitung.de/article/kuenftiger-aussenminister-wadephul-russland-wird-immer-ein-feind-fuer-uns-bleiben-2320148)

[8] [overtone-magazin.de/top-story/merz-ueber-russland-wir-erleben-im-augenblick-dieses-land-in-einem-zustand-der-tiefsten-barbarei/](https://www.overtone-magazin.de/top-story/merz-ueber-russland-wir-erleben-im-augenblick-dieses-land-in-einem-zustand-der-tiefsten-barbarei/)

[9] [globalbridge.ch/friedrich-merz-ueber-russland-wir-muessen-uns-erneut-verteidigen-man-beachte-erneut-verteidigen/](https://www.globalbridge.ch/friedrich-merz-ueber-russland-wir-muessen-uns-erneut-verteidigen-man-beachte-erneut-verteidigen/)

[10] [booklooker.de/Bücher/Angebote/titel=Die+Bedrohungslüge.S.104](https://www.booklooker.de/Bücher/Angebote/titel=Die+Bedrohungslüge.S.104)

[11] [youtube.com/shorts/KUU2ZwgRqC8](https://www.youtube.com/shorts/KUU2ZwgRqC8)

[12] [stern.de/news/merz-zu-russland-dialog-bereit-wenn-es-sinnvoll-ist-37135344.html](https://www.stern.de/news/merz-zu-russland-dialog-bereit-wenn-es-sinnvoll-ist-37135344.html)

[13] [tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundestag-generaldebatte-132.html](https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundestag-generaldebatte-132.html)

Übernommen von: globalbridge, 9.8.2026

Ist ein Ende der gegenwärtigen Kriege in Sicht?

Der kollektive Westen mit seiner Ostausdehnung der NATO und das neonazistische ukrainische Regime mit seinen rassistischen Handlungen haben nicht nur den Konflikt mit Rußland provoziert, sondern führen derzeit einen hybriden Krieg, mit dem der Russischen Föderation (RF) eine strategische Niederlage beigebracht werden und ganz Europa in Brand gesetzt werden soll.

Die USA und Israel haben im Nahen Osten einen Angriffskrieg entfacht, der den Iran mit seinen Partnern als regionale Macht ausschalten soll, nun aber sehen, daß nicht nur ihren Partnerstaaten im Nahen Osten, sondern auch ihnen selbst Verluste und Niederlagen beigebracht werden.

Zum Ukraine-/NATO-Rußland-Krieg

Derzeit sind an diesem Krieg, der russischerseits immer noch als Spezialoperation angesehen wird, 41 Länder (eingeschlossen die USA), mit kriegsentscheidenden „Leistungen“ beteiligt. Er wird vom Westen und der Ukraine nicht nur dadurch eskaliert, daß die NATO-Länder immer mehr moderne Waffen in die Ukraine liefern und gemeinsam auf ihren Territorien solche produzieren (Drohnen, weitreichende Raketen u.a.), sondern auch mit Führungskräften, Militär-Personal, mit Satellitendaten und vor allem mit dessen Finanzierung immer direkter in den Konflikt eingreifen und so zu dessen Teilnehmern geworden sind (s. *Aussagen im Septemberheft des „RotFuchs“, S. 18,19*). Diesbezüglich zeigt die aktuelle Lage, daß es bei der Kampfführung und bei den Resultaten der Kämpfe auf ukrainischer und auf russischer Seite wesentliche Veränderungen gibt. So führen beide Seiten einen verlustreichen Abnutzungskrieg, der trotz aller Westhilfe für die immer kleiner und schwächer werdende Ukraine existenzbedrohlicher ausfällt als für Rußland.

Die RF befindet sich an allen Fronten in gut vorbereiteten Offensiven, die dazu führen, daß die von den russischen Streitkräften (RF SK) bereits aufgenommenen, aber z. T. noch von der Ukraine besetzten Gebiete schrittweise befreit werden. Mit der durch das ukrainische Regime befohlenen Gegenoffensive im Gebiet von Lyman soll der eigenen Bevölkerung Mut gemacht und den „Willigen“ Gründe für weitere Hilfsleistungen gegeben werden. Selenskyj hat wegen der verringerten Exporterlöse (Seeblockade) sowie der bedeutend erhöhten Kriegskosten (Masseneinsatz von weitreichenden Flugkörpern) von seinen Schirmherren im September 27 Milliarden für das Militär und 30 Milliarden für die

Verwaltung sowie LV-Systeme und Abwehr raketen eingefordert. Die Streitkräfte der RF sind dank ihrer Luftüberlegenheit, der Militärreform, der umstrukturierten und verstärkten Luftverteidigung (LV) und der Bereitstellung neuer oder modernisierter Drohnen-, Raketen- sowie funkelektronischer Antisatelliten- und Kommunikationssysteme in der Lage, die militärischen Fähigkeiten sowie Aktivitäten der gegnerischen SK auf den Territorien der Ukraine und der RF zu neutralisieren.

- Als Beispiel dafür kann der Raketen-schlag der RF nach der Abreise der US-Vermittler Witkoff und Kushner auf Kiew dienen, wobei u.a. die Bahn-Verbindung für hohe Westbesucher mit dem Ziel der Isolierung Kiews angegriffen wurde. Das Angriffsmodell, welches zur Handlungsunfähigkeit der ukrainischen LV führte, wurde durch den Massenanflug von Geran-2-Drohnen und kleineren Gruppen von Düsendrohnen Geran 4 und 5, danach durch verschiedene Versionen von Iskander-Raketen und weiter durch nord-koreanische KN-23-Raketen und zuletzt durch Über- oder Hyperschall-Raketen vom Typ Onyx und Zirkon umgesetzt.
- Für besondere Ziele können auch die mittels Su-34 luftgestützten FAB-Bomben u.a. eingesetzt werden. In den letzten beiden Monaten wurden speziell angepaßte Luftangriffsgruppierungen auf Flugplätze, verbunkerte Militär-objekte, Stellungen der LV, Militär- und Energie-objekte, Industrieanlagen, Lagerhäuser, Tankstellen, Infrastruktur- und Transportobjekte, auf Brücken und Schiffe erfolgreich eingesetzt, wobei die Luftschläge der RF stark nach ökonomischen Kriterien zusammengestellt werden.
- Luftangriffe gab es auf die Großstädte Nikolajew, Saporischschja, Odessa, Dnipro, auf die Schwarzmeerküste und auf militärisch bedeutende Objekte in der Westukraine und an der Westgrenze.
- Im Charkower Gebiet und anderen Frontabschnitten fanden erfolgreiche Umfassungsangriffe statt, die sich zu Kesseln und Halbkesseln sowie nach ihrer Auflösung zu Pufferzonen entwickeln können.
- Im Raum Kramatorsk und Slawjansk finden schwere Kämpfe statt, da das ukrainische Regime den Donbass auf keinen Fall aufgeben will. Am 16.9.26 soll sich die Garnison von Orehow ergeben haben.

Diese Angriffe waren für die SK der RF relativ verlustarm, weil die Ukraine nicht über genügend Abwehrwaffen und -Raketen verfügt

und weil sie auch noch ein modernes, gerade aus Deutschland geliefertes Zielerfassungsradar durch russischen Beschuß verloren hat. Im Übrigen, warum sollte Rußland, wie in den westlichen Medien propagiert, eigentlich die NATO-Staaten angreifen, wenn sie deren Streitkräfte, Waffen und Einrichtungen in der Ukraine vernichten kann?

Erwähnenswert ist eine von TASS verbreitete Meldung zu einer neuen Militärtechnologie der RF (gekürzt):

In Rußland hat die Serienproduktion eines Systems zur radikalen Funktionsstörung der Starlink-Satellitenkommunikation begonnen.

Das elektronische System mit dem Namen „Wolla Kupol Garant“ blendet die Funktion der Starlink-Satelliten mit einem gerichteten Funksignal auf die Empfangsantennen der Satelliten, was zum Ausfall von deren Bordsystemen und zur fehlerhaften Bedienung der Bodenstationen führt.

Die Signalstärke des russischen Systems ist so stark, daß nur wenige „Wolla Kupol Garant“-Systeme das Starlink-Netz über ein großes Gebiet außer Funktion setzen können.

Die vernichtende Wirkung dieses Systems auf das Starlinknetzwerk wird schon in Kürze die Funktion des gesamten Kommando- und Kontrollsystems des Feindes stark einschränken.

Die derzeit stattfindenden forcierten Aufrüstungs- und Drohszenarien des kollektiven Westens und der Ukraine (Ausbau der Weltraumwaffen, Entwicklung, Produktion und Einsatz modernster Angriffs- und Verteidigungswaffen), die Vorbereitung von Angriffen auf Kaliningrad, auf die Krim sowie auf weitere militärisch und ökonomisch relevante Ziele der Russischen Föderation, Manöver und Provokationen an den Grenzen der RF sowie das Fehlen aller Kriegsreglungsmechanismen haben in letzter Zeit eine solche Wirkung entfaltet, daß sich dadurch der Ukraine-/NATO-Rußland-Konflikt zu einem europäischen Krieg ausweiten kann, der, realistisch betrachtet, bereits seinen Anfang genommen hat.

Worin liegen Gründe für neuerdings erkennbare diplomatische Aktivitäten der USA gegenüber Rußland?

Dazu äußerte sich vor kurzem der gut vernetzte und realistisch berichtende britisch-griechische Analyst Alexander Mercouris: Trotz der immer noch stattfindenden indirekten und direkten Unterstützung der Ukraine durch die EU und die NATO kam es ab Juli 2026 zu einer dramatischen Verschlechterung der Lage im Ukraine-/NATO-RF-Konflikt. Dieses zeigt sich u.a.

- in der politischen, Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzkrise des neonazistischen Regimes der Ukraine und dessen Geheimdienste;
- im Nichtgelingen des 40-tägigen ukrainischen Masseneinsatzes von Drohnen, der den Sturz der Regierung sowie die Schwächung von Armee und Wirtschaft der RF zum Ziel hatte;
- in der Zerstörung vieler Festungen und der Auflösung von Kesseln in der Ukraine, die den Verlust ihrer militärischen Fähigkeiten zur Folge hat;
- in der Unterbrechung der Funktion ihrer Häfen am Schwarzen Meer;
- im Fehlen von effektiven Luft-Abwehr-Komplexen und am Mangel an Abwehr-raketen der ukrainischen LV;
- in der Zunahme von zerstörerischen Angriffen der SK der RF auf militärische und andere wertvolle Ziele Kiews und Städte der ganzen Ukraine.
- Für die USA führen die ausufernden, erfolglosen und immer teurer werdenden Kriege u. a. zu erhöhten Lebensmittel- und Treibstoffpreisen, die Trump bei den Zwischenwahlen hohe Verluste bescheren könnten.
- Der EU drohen unbeherrschbare Krisen durch die von der Ukraine geforderten Waffenlieferungen und Finanzmittel.

All das veranlaßte offensichtlich Trump, Moskau überraschend verschiedene „Initiativen“ zu unterbreiten, um mit harten oder auch weichen Vorschlägen Rußland zur Beendigung des Ukraine-/NATO-RF-Krieges und zur Unterlassung der militärischen Hilfe für den Iran zu bewegen. Zunächst schickte er den CIA-Chef und Hartliner Radcliffe, der lt. seiner Funktion für die Tötung von möglichst vielen Russen und für die in der Ukraine unter Druck stehenden US-Spezialeinheiten verantwortlich ist, zu Putin, der ihn aber wegen mangelnder Reputation nicht empfing. So mußte Radcliffe Trumps „Einladung für Putin“ zu einem Dreierfriedensgipfel (Trump, Selenskyj, Putin) und den Friedensvorschlag, wie im CIA-nahen Portal *Axios* verlautbart, dem Chef der russischen Auslandsaufklärung Sergej Naryschkin und dem Putin-Vertrauten, Alexander Bortnikow, Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, übergeben. Dieses Gespräch soll seitens des CIA-Chefs Drohungen an die RF im Falle der Ablehnung beinhaltet haben.

Einige Tage später erläuterten die offiziellen Vermittler des US-Präsidenten Witkoff und Kushner Putin den mit Trump abgestimmten Plan zur dauerhaften Beendigung des Ukraine-/NATO-RF-Krieges.

Wie ist dieser überarbeitete Friedensvertragsvorschlag zu bewerten?

Alexander Mercouris ist der Auffassung, daß es sich dabei um Kapitulationsbedingungen für die Ukraine handelt, die sich

auf die reale Lage stützen. Er hebt unter anderem hervor:

Die Ukraine muß sich verpflichten

- ihre Truppen aus dem Donbass, aber auch aus den noch nicht befreiten Territorien zurückzuziehen;
- die befreiten Territorien nicht nur faktisch, sondern auch juristisch anzuerkennen;
- den Antrag auf NATO-Mitgliedschaft mittels Verfassungsänderung zurückzuziehen und die Blockfreiheit des Landes anzuerkennen;
- sich von Revancheforderungen mit dem Ziel der Rückeroberung der verlorenen Territorien unter internationaler Kontrolle loszusagen;
- nach der Anerkennung der Niederlage Präsidentschaftswahlen und Referenden durchzuführen;
- die Aufrüstung der Armee aufzugeben und deren Verringerungsvorgaben sowie die sich durch die Lage an den Fronten ergebende Kapitulation anzuerkennen.

Viele dieser angeführten Punkte wurden erstmals durch die USA gegenüber der Ukraine eingefordert.

Bei den Beratungen sollen Witkoff und Kushner versucht haben, das Wohlwollen Putins durch eine hohe Bestechungssumme zu erreichen, was dazu geführt hat, daß Putin den Deal ablehnte. Da der durch die Vermittler informierte Selenskyj das Gleiche tat, landete der Ball wieder bei dem wegen den Wahlen unter besonderem Druck stehenden unberechenbaren Trump. Dieses Mal scheint der Wille Trumps zur Beendigung des Ukraine-Krieges größer als üblich zu sein, denn er hat über seinen Schwiegersohn Kushner den Druck auf die Ukraine erhöht. Letzterer verkündete, daß es für die Beendigung des Ukraine-Krieges nur noch eine offene Frage gäbe, den ukrainischen Rückzug auf die von Rußland geforderten Linien, besonders im Verwaltungsbezirk Donezk. Die restlichen Fragen wurden zwischen ihm und der russischen Seite vollständig ausgehandelt. Die großen ukrainischen Anstrengungen besonders im Raum Kramatorsk und Slawjansk zeigen an, daß beide Seiten anstreben, dieses Problem mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, wobei die RF über die besseren Karten verfügt.

Zum USA-/Israel-Iran-Krieg

Bei dem aktuellen Nahostkonflikt handelte es sich von Anfang an um einen Aggressionskrieg Israels und der USA gegen den Iran und dessen Verbündete, der weitere 11 arabische Staaten, Verbündete der USA und teilweise auch Israels in diesen Krieg hineinzog. Trotz des Abschlusses von Waffenstillständen (Gaza und Libanon mit Israel) und einem Memorandum (zwischen dem Iran und den USA) haben

die USA und auch Israel diese Regelungen durch neue Angriffe auf den Iran gleich mehrfach gebrochen und dadurch eine mögliche Beendigung dieses Krieges wegen Vertrauensverlust unmöglich gemacht.

Die USA wollen die Straße von Hormus unter ihre volle Kontrolle bringen, um niedrige Ölpreise und dadurch billige Treibstoffe (Diesel, Benzin) für die US-Wirtschaft und -Bevölkerung garantieren zu können. Sie wollen auf Geheiß Israels nicht zulassen, daß sich der Iran zu einer vollwertigen Atommacht entwickelt. Auch wollen sie ihrem regionalen Stellvertreter im Nahen Osten den Rücken stärken sowie den Einfluß des Irans in der Region zurückdrängen.

Israel verfolgt weiter sein langjähriges Ziel für ein Großisrael: Nord-Gaza, Süd-Libanon und das Westjordanland, aber auch Teile Syriens (weitere Annektierung der Golanhöhen) betreffend und hat sich sogar in dieser Frage gegen ihre Schutzmacht USA gewandt.

Da sich der Iran und der Oman über die Besitzrechte, die Durchfahrtsrouten und über die Mautsummen einigten und sich darin kein Platz für die USA und Israel fand, begannen die USA und Israel bereits eine vierte Kriegsrunde gegen den Iran und dessen Partner. Die USA beschossen die Küstenregionen des Irans im Abschnitt der Straße von Hormus und versuchten den Sturm einiger Inseln, beschossen auch einige Öltanker des Irans. Der Iran antwortete mit einem Raketenbeschuß von Überwasserschiffen der USA und vertrieb Letztere um hunderte Meilen. „Unberechtigten“ Tankern und Handelsschiffen, die von der festgelegten Route abwichen oder andere Bedingungen nicht einhielten, erging es durch den Iran ähnlich. Die USA konnten die Kontrolle über die Straße von Hormus nicht erringen und Israel konnte ihre Städte und sogar das Atomzentrum wegen Mangels an Abwehr raketen nicht sicher vor den iranischen ballistischen und Hyperschall-Raketen schützen.

Bisher konnte dieser Krieg nicht nur nicht beendet werden, sondern er erfuhr sogar eine Erweiterung durch den Einstieg von Saudi-Arabien und die Huthi-Miliz, wobei es der Miliz gelang, die Meerenge von Bab al-Mandab, durch die das saudische Öl verschifft wird, fast vollkommen zu schließen.

Das Schließen beider Öl-Transportrouten und das Abwenden mehrerer Golfstaaten von den USA zeigen an, daß sich der Iran und seine Verbündeten auf der Siegerstraße befinden und daß die USA trotz ihrer rigiden Kriegsführung ihre Ziele im Nahen Osten nicht erreicht haben. In dieser Situation steht eine Beendigung des Nahostkrieges in den Sternen.

Auszüge aus der Rede von Prof. Dr. Ekkehard Lieberam auf der am 27. Juni in Leipzig durchgeführten Friedenskonferenz

Globaler Bellizismus – Warum so wenig Widerstand?

H heute dominieren zwei größere Kriege (im Nahen Osten und in der Ukraine) mit globaler Bedeutung das internationale Geschehen. Wie in der Zeit vor der Ächtung des Krieges durch das Völker- und das Verfassungsrecht gelten Kriegstüchtigkeit und militärische Stärke als Friedenspolitik. Deutschland ist dabei, zur stärksten Militärmacht in Europa zu werden. „Wenn die fatale Kette von Eskalation und Gegen-Eskalation nicht durchbrochen wird, werden wir unweigerlich einen großen Krieg in Europa haben.“ (Roger Köppel, *Der Weltkrieg kommt, Weltwoche Deutschland*, Nr. 26/26, S. 5) Wichtigste Ursache dieses Kriegsertüchtigungskurses ist, daß ein kriselnder Kapitalismus, konfrontiert mit sinkenden Durchschnittsprofitraten, Stagflation und Deindustrialisierung auf Hochrüstung und Kriegspolitik setzt.

Die akute Gefahr eines Dritten Weltkrieges und des nuklearen Selbstmordes der Menschheit ist mit neuer Intensität zum Wesenszug der globalen Situation geworden. Diesen Selbstmord der Menschheit zu verhindern und den Übergang zu einer friedlichen Welt mit einer stabilen Sicherheitsarchitektur zu erreichen, ist Aufgabe all derjenigen (wir gehören dazu), die die gegenwärtige Weltlage in ihrer Ungeheuerlichkeit und Gefährlichkeit begriffen haben.

Nicht zu übersehen ist: Die Kriegspolitiker bestimmen in der Bundesrepublik die Regierungspolitik. Sie sind mit dem Rüstungskapital und dem Finanzkapital eng liiert. Der Wert aller Aktien des Rüstungskonzerns Rheinmetall lag in den ersten Februartagen des Jahres 2022 bei 3,8 Mrd. Euro; Ende Mai 2026 waren es 63 Mrd. Euro. Mitglieder des Aufsichtsrates von Rheinmetall sind zwei ehemalige Bundesminister; seit 2017 Verteidigungsminister a. D. Franz Josef Jung (CDU) und seit 2025 Wirtschaftsminister a. D. Siegmund Gabriel (SPD). Unter Trump haben die USA begonnen, global „aufzuräumen“. Im Visier sind die antiimperialistischen Veränderungen im letzten Jahrhundert.

Das militärische Eingreifen des USA-Imperialismus als „Weltpolizist“ in Venezuela, im Iran, demnächst in Kuba hat Hoffnungen beendet, in der internationalen Politik könnten sich womöglich positive Deals im Sinne friedlicher Koexistenz durchsetzen, unter Umständen auch gegen die EU-Staaten. Nicht zu übersehen sind zahlreiche transatlantische Konflikte zwischen den USA und der Mehrheit der EU. Aber die globale Kriegstreiberei machen beide mit.

Dafür steht besonders der Beschluß des NATO-Gipfels in Ramstein über eine neue Rüstungswelle aller NATO-Staaten. Er trat am 25. Juni 2025 in Kraft: Fünf Prozent des BIP sollen danach 2035 jeweils für Militäraufgaben draufgehen.

Die damit einhergehende Rüstungseskalation ist die eigentliche politische Katastrophe der Neuzeit!

2010 lagen die Militärausgaben in Deutschland bei 31,9 Mrd. Euro oder 10,5 Prozent des Bundeshaushalts. 2026 belaufen die Militärausgaben sich auf etwa 108 Mrd. € oder 20 Prozent des Haushalts. Nach der NATO-Planung werden es 2035 über 40 Prozent des Bundeshaushalts sein. Es wird von 270 Mrd. Euro gesprochen. Wahnsinn!

Vor allem diese Entwicklung offenbart die Ungeheuerlichkeit der bundesdeutschen Kriegspolitik ebenso wie die bisherige Ohnmacht der parlamentarischen Demokratie gegenüber dieser Entwicklung, die sich gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes richtet. Aber es gibt weder eine öffentliche Debatte dazu noch größere Proteste. Daran halten sich auch fast alle: in den Medien, in den Parlamentsparteien. So funktioniert eben bürgerliche Demokratie, wenn die Friedenskräfte schwach sind.

Einer der Eckpfeiler der heutigen politischen Verwirrung besteht darin, den Wesenskern des Faschismus zu negieren und davon abzulenken, daß eine offene Diktatur und die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie auf andere Weise als 1933 droht. Der Faschismus ist keineswegs die einzige Form einer offenen Diktatur des Monopolkapitals, die die parlamentarische Demokratie im Fall einer ernsten Krise der Kapitalherrschaft ablöst. Er ist eine von heute drei Formen. Seine Spezifik „an der Macht“, wie 1933 ff., ist die offene Diktatur einer faschistischen Führungselite, ein „Schreckensregiment gegen die Massen ... mit Hilfe der Massen errichtet“ (Hans Günther. Der Herr eigner Geist, 1935, zit. nach: Ekkehard Lieberam, *100 Jahre Faschismusdebatte, Bergkamen 2023*, S. 38). Daneben gab und gibt es als weitere Form einer offenen Diktatur die Militärdiktatur mit führenden Militärs an der Spitze des Staates. Heute wird unverkennbar eine dritte Form favorisiert: eine „Notstandsdictatur auf Zeit“ im „Verteidigungsfall“, 1968 im Grundgesetz verankert.

Im Werden ist im Übrigen eine waffenstarrende Welt. An die Stelle der Ächtung des Krieges ist die Rechtfertigung von Kriegsvorbereitung, Konfrontation und Hochrüstung als „zeitgemäße Friedenspolitik“ getreten.

Vor allem die Bedrohungslüge rechtfertigt die Rüstungseskalation.

Putin sei wie Hitler, so wird immer wieder behauptet: voller Kriegslüsterheit. Auf der Bundeswehrtagung am 7./8. November 2025 sprach General Alexander Sollfrank davon, daß Rußland „schon morgen“ Deutschland überfallen könne.

Wer dies anzweifelt wird der „Putinnähe“ beschuldigt, als „Lumpenpazifist“ diffamiert oder auf andere Weise politisch in die Ecke gestellt. Die Leitmedien berichten regelmäßig, daß „wieder“ russische Drohnen gesichtet wurden oder Rußland durch „Sabotage, Auftragsmorde, Spionage und Desinformation“ Angst schürt und den Frieden gefährdet.

Die Kriegsvorbereitung der NATO wird als Friedenspolitik dargestellt.

Die Friedensbewegung erscheint als Gegner von Friedenspolitik; die Politik der Stärke als völkerrechts- und verfassungskonform. Waffenlieferungen an die Ukraine werden als Friedenstaten gerechtfertigt und auch wahrgenommen.

Die aktuelle Kriegspropaganda ist selbst bei Linken erfolgreich. Entstanden sind Gruppierungen wie z. B. die „Linke Ukraine Solidarität“ der Landtagsabgeordneten Juliane Nagel (Linkspartei) aus Leipzig.

Vor allem drei Themen, die die Kriegspropaganda als absurd enttarnen, werden mit einem Tabu belegt: die russischen Sicherheitsinteressen, die drohende Vernichtung der menschlichen Zivilisation und der Zusammenhang von Sozialabbau und Rüstungssteigerung.

Die Kriegspolitik wird zum Kampf um Demokratie.

Eine wichtige ergänzende Rolle bei der Rechtfertigung der Kriegspolitik spielt deren Interpretation als legitimer Kampf um Demokratie gegen Autokraten und Faschisten. Putin ist danach ein Diktator. Rußland ist ein barbarisches Land mit einem niedrigeren demokratischen Standard. Es sollte froh sein, wenn der Westen ihm helfen will, endlich Demokratie zu verwirklichen.

Das ist grotesk, aber so wird tatsächlich argumentiert.

Als Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 24. Februar 2007 die aggressive Politik der NATO-Osterweiterung kritisierte, erwiderte ihm de Hoop Scheffer, damals NATO-Generalsekretär: „Wie können Sie sich sorgen, wenn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit näher an die Grenze rücken?“ (Zit. nach: Rede Wladimir Putins auf der 43. Münchener Sicherheitskonferenz, Wikipedia) Der Hochrüstungskurs wird so zu einem hochmoralischen Unternehmen. Er dient



Wladimir Putin 2007 bei seiner Rede in München

der Verteidigung von „Demokratie und Freiheit“ gegen Rußland. Er strebt die „Demokratisierung Rußlands“ an. Er will aber auch eine angeblich drohende faschistische Diktatur in Deutschland verhindern. Die Rolle einer neuen Nazipartei, die diese neue „Nazidiktatur“ in Deutschland plant, wird der 2013 gegründeten rechtspopulistischen AfD zugeschrieben.

Faschistische Kleinparteien, die die Nazidiktatur verherrlichen und die demokratischen Rechte und Grundsätze des Grundgesetzes abschaffen wollen, gibt es in Deutschland jede Menge. Neonazis versuchen auch immer wieder, in rechten Parteien Einfluß zu gewinnen; in der rechtspopulistischen AfD sicherlich besonders häufig. Aber damit ist die AfD noch keine faschistische Partei.

Das dafür erforderliche Ziel, die Errichtung einer „offenen Diktatur“, fehlt. Die AfD agiert politisch im Rahmen der parlamentarischen Demokratie. Die AfD will sie unverkennbar nach rechts ausrichten. Als Parteien auf Hochrüstungskurs betätigen sich die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD im Bündnis mit den Grünen. Im übrigen ist die AfD ein „zerstrittener Haufen“. Der angeblich stattfindende „Kampf aller Demokraten“ gegen die AfD ist ein politisches Täuschungsmanöver, um die Front der Befürworter der Kriegspolitik zu festigen. Die Antifa-Fahne wird gehißt, um die Kriegserächtigung voranzutreiben. Der behauptete „prussische Charakter“ der AfD ist falsch. Offenbar eine Mehrheit der AfD-Politiker sind Transatlantiker, begrüßt die Steigerung der Militärausgaben für die Bundeswehr und steht nicht nur in der Außenpolitik der CDU/CSU nahe.

Wenn allerdings in Teilen der Friedensbewegung hin und wieder darüber nachgedacht wird, mit denjenigen in der AfD, die für einen Frieden mit Rußland eintreten, zu reden und auch den politischen Kampf gemeinsam zu führen, gibt es m. E. keinen Grund, dies nicht zu tun.

Diesmal, anders als 1933 ist der Kriegskurs eben nicht Sache einer nazifaschistischen Diktatur, sondern von im Rahmen der parlamentarischen Demokratie agierenden

politischen Akteuren. Öffentliche und private Medien und die ideologischen Staatsapparate haben dazu beigetragen, das Ja zu dieser Kriegspolitik im öffentlichen Bewußtsein zu verankern: Fernsehen und Hörfunk (öffentlich und privat), fast alle Bundestagsparteien, die Printmedien, Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen machen mit. Im Gegensatz zu 1933 ff. gibt es eine verfassungsrechtliche Kampfarena für den Friedenskampf.

Die parlamentarische Demokratie ist janusköpfig. Sie ist politische Form der Kapitalherrschaft. Mit den Friedensgebot des Grundgesetzes und den politischen Grundrechten ist sie aber auch eine politische Form, die Gegenwehr legitimiert. Die Friedensbewegung muß diese Kampfarena nur nutzen.

Aber die Arglosigkeit gesellschaftlicher Mehrheiten gegenüber der Kriegspolitik und die Schwäche von Gegenwehr sind zweifellos erschreckend. Lichtblicke sind die wachsende Unzufriedenheit mit der Bundesregierung (die Regierung unter Friedrich Merz hat nach jüngsten Umfragen von INSA vom 30. Juni 2026 zur Sonntagsfrage nur noch 34 Prozent der Wähler hinter sich) und die Protestaktionen von Jugendlichen gegen die Wehrpflicht sowie einzelne Proteste gegen die als „Reformen“ bezeichneten Sozialkürzungen. Was ist zu tun?

Notwendig ist mehr Unbeugsamkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber den Kriegstreibern.

Beendet werden muß das Schweigen zu den Ungeheuerlichkeiten der Rüstungseskalation und über die akute Gefahr des globalen Selbstmords der menschlichen Zivilisation. Deutlicher werden muß, daß die Kriegstreiberei mächtige Befürworter in der herrschenden Klasse „ganz oben“ hat: das Finanz- und Rüstungskapital, die Großmächte USA und EU, die Regierenden in den NATO-Staaten, auch in Deutschland. Stärker noch als bisher drängen die Kapitalinteressen in Richtung Hochrüstung und Krieg. Insofern ist Frieden heute mehr denn je ein „revolutionäres Projekt“ (so Hannes Fellner in *Marxistische Blätter*, 2_2026, S. 100). Es geht um die Durchsetzung anderer politischer Kräfteverhältnisse, vor allem um die Gewinnung der Gewerkschaften und Gewerkschafter für den Friedenskampf und um die Beseitigung struktureller gesellschaftlicher Ursachen für den heutigen Kriegskurs. Wichtig ist der Kampf gegen die aktuelle mentale Militarisation, gegen die Lüge von der Bedrohung durch Rußland. „Frieden mit Rußland“ ist die Voraussetzung für den Frieden in Europa. Unabdingbar ist ein gesellschaftlicher Diskurs über eine globale Friedensordnung, um

die gegenseitige Respektierung der jeweiligen Sicherheitsinteressen. Unser vorrangiges Anliegen muß nach wie vor eine Welt ohne Krieg sein: Wir dürfen nicht akzeptieren, daß fast 100 Jahre nach seiner völkerrechtlichen Ächtung der Krieg wieder als Mittel zur Lösung politischer Probleme gilt. Eine Friedensbewegung war 1933 ff. unter dem Nazifaschismus unmöglich. Heute ist „Friedensbewahrung“ in Deutschland Verfassungsgebot. Die Friedensbewegung in Deutschland hat das Grundgesetz, das Völkerrecht und die Vernunft auf ihrer Seite. Viel Zeit für Gegenwehr und den Aufbau von Gegenmacht hat sie nicht.

Wir trauern um Hans

Am 6. September ist unser Autor

Hans Schoenefeldt

aus Berlin nach schwerer Krankheit, wenige Wochen vor seinem 85. Geburtstag, verstorben.

Hans gehörte seit vielen Jahren zu unserem ständigen Autorenkreis. Als er begann, für den „RotFuchs“ zu schreiben, war das eine große Bereicherung für unsere Zeitschrift. Seine scharfsinnigen und humorvollen Analysen politischer Vorgänge, sein journalistisches Können und seine reiche Erfahrung, die er schon in den politischen Kämpfen Westberlins gewonnen hatte, haben unsere Zeitschrift in den vergangenen Jahren mit geprägt.

Sein Verlust ist besonders bitter, haben wir doch nicht nur einen der treuesten und verlässlichsten Mitstreiter unserer Zeitschrift, sondern auch einen standhaften Kommunisten und überaus warmherzigen Menschen verloren.

Seiner Frau Barbara und seiner großen Familie übermitteln wir unser tiefempfundenes Mitgefühl.

Wir werden Hans ein ehrendes Andenken bewahren.

**Redaktion und Vorstand des
„RotFuchs“-Fördervereins**

Diskussionsbeitrag von **Edmund Peltzer** auf der Friedenskonferenz in Leipzig

Angsterzeugung ist Programm

Goebbels würde die Geschichtsleugner und -verdrehen, Demagogen und Lügner von heute sicher beneiden, da ihnen ein unvergleichlich raffinierteres Instrumentarium der Massenmanipulation zur Verfügung steht.

Seit ich politisch denken kann, läßt mich die Frage nicht los, wie es passieren konnte, daß das deutsche Volk in erdrückender Mehrzahl einem Verbrecher und seiner faschistischen Ideologie und Politik hinterherlief und dessen Krieg aktiv unterstützte. 1939, als die deutschen Faschisten Polen überfielen, geriet meine Familie unter Nazi Herrschaft im Generalgouvernement Polen und empfand das angesichts der polnischen Unterdrückung unter Pilsudski als Befreiung. Die Nazis hatten so leichtes Spiel. Man hatte die Wahl, an der Ostfront sterben zu dürfen oder in russische Gebiete zwangsumgesiedelt zu werden.

Warum verhält sich die deutsche Bevölkerung in ihrer Mehrzahl heute wieder ablehnend bis feindlich zu Rußland und akzeptiert die Mär von der russischen Bedrohung?

Es existiert noch kein Faschismus an der Macht und kein bedrohlicher faschistischer Terror, der den Nährboden für solch Verhalten bilden könnte.

„Warum schweigen die Lämmer?“ (Prof. Dr. Rainer Mausfeld), wenn ihr Steuergeld ukrainischen Bandera- und Melnik-Verbrechern in den Rachen geworfen wird, damit sie weiter Krieg führen?

Maßgeblich ist die organisierte staatliche und mediale Gewalt, welche die Menschen abdrücken läßt, nicht selten aus Existenzangst.

Die Jahre nach der feindlichen Übernahme der DDR mit Diskriminierungen und Schleifen von Biografien und Existenzen sind für uns Ostdeutsche nicht vergessen.

Die Masse schweigt wieder mal, Solidarität ist zum Fremdwort geworden bzw. unter Strafe gestellt.

Eine kapitalistische Demokratie kann es bekanntlich ohne eine massive Beeinflussung der öffentlichen Meinung und ohne systematische Erzeugung von Angst nicht geben.

Das Machtinstrument „Angsterzeugung“ wird gezielt eingesetzt, damit der einzelne nicht in der Lage ist, seine Situation wirklich zu erkennen und aus seinen Erfahrungen Schlußfolgerungen zu ziehen,

die eventuell Machtverhältnisse gefährden könnten.

Seit Jahren, so der Psychologe Rainer Mausfeld, sei es gelungen, „Menschen sozial und gedanklich zu fragmentieren und sie durch Konsumismus, Überflutung mit Nichtigkeiten und durch billige Unterhaltung in einem permanenten gedanklichen Nebel der Verwirrung zu halten“.

Die Masse ist mit einer Illusion von Demokratie zufrieden, auch damit, daß man einen höheren Lebensstandard hat als die Bulgaren, Rumänen, Griechen usw.

Jetzt sind wir allerdings an einem Punkt

Ich hasse ihn, ich muß mich wehren, dazu ist Aufrüstung nötig und richtig.

Angsterzeugung durch systematische Erzeugung von Gefühlen der gesellschaftlichen Undurchschaubarkeit und Unbeeinflussbarkeit. Zwangsläufig folgt ein Gefühl des Verlustes von Kontrolle über die eigene soziale Lebenswelt. Sich wehren scheint zwecklos. Angsterzeugung durch Prekarisierung, Menschen in befristeten Tätigkeiten, Minijobs, Leiharbeit und ähnlichem leben in permanenter Bedrohung eines sozialen Abstiegs. Zukunftsängste sind die logische Folge.

Zur ideologischen Indoktrination tragen nicht nur Medien und politische Institutionen bei, sondern auch Parteien bis ins linke Spektrum hinein. Die Fakten zu den israelischen Kriegsverbrechen und Morden und zur schamlosen deutschen Unterstützung dieser sind bekannt. Trotzdem schaffen es die Medien, daß die Masse der Bevölkerung dazu keine Fragen stellt, keine Zweifel hat, geschweige angemessene Schlußfolgerungen zieht.

Die Angst, des Juden Hasses bzw. des Antisemitismus bezichtigt zu werden, sitzt tief. Selbst der Begriff Holocaust wird zur Einschüchterung der Menschen mißbraucht.

Früher schwieg man, als Juden, Kommunisten, Antifaschisten abgeführt wurden, heute schweigt man, wenn Palästinenser und Libanesen von Israel gemordet werden und Israel sich wie ein faschistischer Eroberer aufführen darf.



Noam Chomsky

angelangt, wo diese deutsche Selbstgefälligkeit, die mehrheitlich systembejahend ist, zu bröckeln beginnt und die Unzufriedenheit zunimmt.

Man kann sich sehr gut und kritisch mit Leuten unterhalten, so mit der Frau im Fleischerladen, wenn es um den alltäglichen Schwachsinn der politisch Verantwortlichen geht, aber nicht um die Ursachen des Krieges des Westens in der Ukraine oder die Erhaltung des Friedens fürs eigene Überleben.

Der US-amerikanische Sprachwissenschaftler und politische Aktivist Noah Chomsky stellte treffend fest: „Die allgemeine Bevölkerung weiß nicht, was passiert, und sie weiß nicht einmal, daß sie es nicht weiß.“ Das ideologiekonforme Umschreiben der Geschichte durch Medien und Schule hat das gewünschte Ziel bei Bürgern so gründlich erreicht, daß bei ihnen durchweg geschichtsvergessene Unkenntnis herrscht. Zudem gehört Angsterzeugung zum Kern kapitalistischer Machttechniken.

Angsterzeugung durch Propagierung einer vorgeblichen Bedrohung. Der Russe, der von Natur aus barbarisch usw. ist, will dich, dein Leben, deine Familie zerstören.

Geschichtsklitternde Widerspruchspolitik

Die Russen, so hör ich, soll'n schwächeln,
Alles sei sowieso dort marode?
Dem Verstande bleibt zuzufächeln
Die Logik, daß bitteres Lächeln
Begleitet die Märchenode.

Wie erklärt sich nun aber die Russophobie,
Die Russen bedrohten das Land?
Ich lebte in Freundschaft mit ihnen wie nie
Mehr als vierzig Jahr, welch Ironie,
Dank Friedenswillen als Unterpand!

E.Rasmus

Verwählt?

Ist das die Schicksalsfrage der Deutschen der letzten 100 Jahre?

Wieder einmal gab es Wahlen, diesmal in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern. Auch ich mache am Wahltag immer mein Kreuzchen, obgleich ich mir der Wirkmächtigkeit meiner Stimme bewußt bin. Aber immerhin ist es eine Möglichkeit, alle paar Jahre den jeweils Regierenden zu zeigen, wie zufrieden man mit dem aktuellen Personal ist. Ist die Unzufriedenheit der Arbeitenden (das schließt für mich die Arbeitslosen und Ausgestoßenen – Marx nannte das die industrielle Reservearmee – mit ein) besonders eminent, ist der Glaube, durch Wahlen etwas ändern zu können, besonders groß, was jedoch sehr differenziert zu betrachten ist. Die Arbeitslosen und Ausgestoßenen leben am Rande der Gesellschaft, in der Wohlstand für die Betroffenen ein Fremdwort ist. Deshalb glaubt nur ein kleiner Teil von ihnen an Veränderung durch Wahlen und wählt seine schärfsten Gegner. Der andere Teil gibt sich Ersatzsüchten hin, er „sublimiert“, wie Freud sagen würde, säuft, guckt Unterschichten-TV oder nimmt gleich noch härtere „Kopfwegschießerdrogen“, was unweigerlich in die Kriminalität oder zum gesellschaftlich genehmen „Frühableben“ führt, fällt er doch so den Sozialkassen nicht mehr zur Last. Bei den noch werkenden Werktätigen sind die Zwänge etwas anders. Hierbei spielt es nur eine untergeordnete Rolle, ob die Arbeit als Straßenbauer bei 40 Grad, am Hochofen bei 60 Grad, auf'm Dach bei allen Temperaturen, außer bei Schnee und Eis, als Pfleger oder auch -innen im Krankenhaus oder ambulant, als Paketfahrer in Scheinselbstständigkeit, als Schaffner, attackiert von Reisenden (auch bei allen Temperaturen), oder in vielen tausend Verwaltungsbüros stattfindet – der Druck wird immer größer. Früher nannte man das Arbeitsheute, heute verschiebt man für diesen Personenkreis den Rentenbeginn nach hinten und erzählt ihnen, weil man ihnen ja so wenig bezahlen könne und deswegen die Rente vielleicht zu mickrig wäre, sie sollen einen Teil ihres Arbeitslohns von Beginn an im Glücksspiel investieren. Gut, sie nennen es Börse, Börse jedoch heißt spekulieren – ergo Glücksspiel. Es mag welche geben, die dabei gewinnen, die Mehrheit wird's nicht sein. Dann kommt man abends nach Hause, geschlaucht und geschafft. Die einen bekommen Schwielen an den Händen und später Arthrose, die anderen Schwielen im Kopf, burn out heißt es dann. Dort reicht es nur noch für einen Brüller wegen der Kinder, dann

schläft Mann/Frau ermattet auf dem Sofa ein. In der einen Hand eine Flasche Bier bzw. ein Glas Wein und die TV-Fernbedienung oder alternativ das Handy in der anderen. Fernsehnachrichten werden ohnehin nicht mehr geschaut, Lügenpresse und so. Außerdem bekommt man das Wichtigste sowieso auf dem Smartphone, Filmchen bei Insta, Tik Tok und was es nicht sonst so alles gibt. Überhaupt sind die kleinen Handyfilmchen, die massenhaft rumgehen, gut für die Seele. Da wird auf die Regierung geschimpft, der Kanzler und seine Riege machen sich der Reihe nach zu Idioten, KI macht's möglich, und für die ganz verkrustete Ostseele kommt dann noch ein Ossisong oder als Höhepunkt die DDR-Nationalhymne, gesungen von Steimle oder AfD-Chrupalla ... Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, lasset uns zum Guten dienen ... usw. und zum Schluß, ... daß nie wieder eine Mutter ihren Sohn beweint! Ach ja! Diese Filmchen sind z. Z. eine der stärksten Waffen im Arsenal derjenigen, die in unsere Köpfe wollen. Mit großem Aufwand und großem Budget werden solche Dinger massenhaft produziert und ins Netz geschleust. Wenn die einmal im Handy oder auf dem Rechner auftauchen, kommen immer wieder neue, dank Algorithmus, man wird sie nicht mehr los. Natürlich treffen sie einen Nerv, den der Unzufriedenen in diesem Land. Die Stimmung im Land ist so: Man muß denen da oben mal eine reinwürgen, so geht es nicht weiter, die brauchen einen Denktzettel – vom Denktzettel zum Wahlzettel ist es nur ein kleiner Schritt. Und da gibt es nur eine Partei außerhalb des liberal, linksgrün versifften Personals: die Blaubraunen, von denen sowie im deutschen Politikbereich mehr als 85 Prozent dieser Filmchen aus deren Umfeld stammen. Die wissen, was sie tun. Glaubt tatsächlich jemand, daß die AfD unsere schöne DDR-Hymne wieder einführt, sich für weltweiten Frieden einsetzt (da reicht es nicht, ab und an mit dem Russen zu kuscheln) und unser Land wieder in die Spur bringt? Auf Landtageebene sowieso nicht. Ich empfehle dafür die Seite www.gew-sachsenanhalt.net/aktuelles/detailseite/rechtliche-umsetzbarkeitsanalyse-des-afd-regierungsprogramms, auf der sich Torsten Richter die Mühe gemacht hat, das „Regierungsprogramm der AfD für Sachsen-Anhalt“ auf seine Machbarkeit innerhalb des bestehenden Systems von Politik und Wirtschaft abzuklopfen. Mehr als 90 Prozent der Forderungen

sind reiner Populismus, weil sie zu Teilen nicht einmal auf nationaler Ebene umgesetzt werden könnten, ohne die Grundlagen des Kapitalismus zu erschüttern. Wobei wir bei der Machtfrage angelangt sind. Es gibt keine deutschen Großfirmen ohne jede Menge ausländisches Kapital. Und wer die ökonomische Macht hat, der hat das Sagen. Die Regierung exekutiert nur. Der Riß in diesem Land geht nicht zwischen Alten und Jungen, Büro und Hochofen, zwischen Klugen und weniger Klugen, zwischen Heteros und Schwulen, zwischen Biodeutschen, Halb- oder Viertel- oder gar nicht Deutschen, zwischen Schwarzen, Blassen, Gelben oder anders Aussehenden, zwischen Abgehängten und Gutverdienenden, zwischen Männern und Frauen. Der Riß geht zwischen den acht Prozent, die sich die Millionen und Milliarden in die Tasche stecken, die die anderen 92 Prozent auf die eine oder andere Art erarbeiten und zwar weltweit.

Es hilft nicht, die Faust in der Tasche zu ballen und hinter der Gardine in der Wahlkabine das Rächerkreuz zu setzen. Wer was verändern will, muß den Kapitalismus abschaffen, denn der ist vielgestaltig in seiner Ungerechtigkeit. Er reicht vom liberal, sich volksnah gebenden Kapitalismus mit dem sozialdemokratischen Gesicht bis hin zum Faschismus, der die äußerste Machtausübung des herrschenden Kapitals ist. Nun will ich nicht behaupten, der Faschismus stehe ante portas. Doch der scharfe Rechtsruck des Westens ist deutlich. Heute reden Politiker wie selbstverständlich vom Krieg und von Kriegsvorbereitung. Die Kriegswirtschaft soll die Wirtschaft retten, das hat schon mal nicht geklappt und mehr als sechs Millionen Deutschen das Leben gekostet. Diesmal würde es nicht bei sechs Millionen bleiben.

Um Dinge grundlegend zu verändern, müssen wir kämpfen, keine Angst haben, die glitzernden Brosamen, die uns die herrschende Klasse zukommen läßt, zu verlieren. Gemeinsam mit Gerda, Ronny, Judy, Emil, Ali, Tucür, Abebi, Akossiwa, Amari, Zendaya, Ngyuen, Pham, Klaus oder Charlotte. Wir müssen den Kampf internationalisieren, wie auch das Kapital international ist. Solidarität ist unsere stärkste Waffe gegen Unterdrückung und Krieg!

Ergo sind nicht falsche Wahlergebnisse allein das Problem, sondern daß wir uns nicht wehren. Auf, auf zum Kampf ...

Uli Jeschke

Vom Verriß einer guten Sache

Wenn es um die DDR geht, ist Voreingenommenheit erste Bürgerpflicht. Ein gutes Beispiel dafür liefert das Buch von Jutta Braun „Politische Medizin. Das Ministerium für Gesundheitswesen der DDR 1950 bis 1970“¹⁾. Der Medizinhistoriker Dr. Hartmut Bettin von der Universität Greifswald hat sich kritisch damit beschäftigt und stellt die von der Autorin aufgestellten Behauptungen vom Kopf auf die Füße²⁾.

Er hält fest: Statt einer gründlichen Analyse werden die gesundheitspolitischen Handlungsfelder des Ministeriums nur zum Teil

von Ärzten wären verständlicher geworden, wenn die Ausgangsbedingungen genannt worden wären. Und die bestanden nun einmal darin, daß ein größerer Teil der Ärzteschaft im Dritten Reich Mitglied der NSDAP und von deren Tochterorganisationen gewesen war. Der ständige Aderlaß des Gesundheitssystems der sowjetischen Besatzungszone durch die Flucht von Ärzten in den Westen schuf eine Situation, in der eine radikalere Entnazifizierung schwer zu realisieren war. Natürlich konnte die Autorin so auf verschiedene, das Gesundheitswesen

hatten, ist die daraus abgeleitete pauschale Abwertung der Leistungsfähigkeit und der Qualität des gesamten DDR-Gesundheitswesens eine unangebrachte Urteilsanmaßung.

Das trifft auch auf die Bewertung der Formen der Sonderversorgung zu, die als reiner Privilegierungsanspruch einzelner eingeordnet wird. Natürlich ist Privilegierung immer eine zutiefst moralische Frage. Aber Privilegierung und Sonderversorgungen waren natürlich auch Ausdruck von Notwendigkeiten. So war eine besondere Fürsorge für bestimmte Berufsgruppen, wie die Armee, Feuerwehr, Zoll, Strafvollzug oder die Wismut, aber auch für leitende Kader, durchaus nachvollziehbar. Auch in der heutigen BRD findet sich das Prinzip, daß besonders Belastete besonders behandelt werden: Der Manager fliegt oder fährt in der 1. Klasse, der Minister wohnt in einem teureren Hotel, Präsidenten in Luxus-Suiten, der Beamte ist privatversichert. Da abschätzig auf Kuren für bestimmte Funktionsträger zu schauen, auf geringere Wartezeiten oder Auslandsbehandlungen ist bestimmt überzogen, wenn man daraus in der DDR eine Zweiklassenmedizin herbeireden will.

Zwar werden die Bekämpfung von Tuberkulose, Masern und Poliomyelitis von der Autorin als Erfolge gewürdigt, um im gleichen Zuge als Wermutstropfen die durch Hygienemängel begünstigte Ruhrepidemie von 1962 und die unterschätzte und der Bevölkerung lange verschwiegene Hongkong-Grippe von 1969 zu nennen. Bezüglich der Impfpflichten für Masern behauptet sie einfach, die hätte weniger der Gesundheit der Kinder gegolten, als der Angst der Führung vor einem Ausfall ihrer Mütter bei der Arbeit. Überhaupt wird das für die DDR-Medizin zentrale Themenfeld Prävention und Prophylaxe nur gestreift und im Wesentlichen lediglich auf die Impfprogramme verengt.

Die Autorin widmet sich schließlich der in den 50er Jahren an die Ärzte herangetragenen Forderung, mögliche Krankschreibungen kritischer zu prüfen, um einen Mißbrauch zu verhindern. Diese Forderung wird übrigens auch heutzutage von der politischen Elite lautstark erhoben. Anders als die, die das heute Sozialmißbrauch nennen, erkennt die Autorin für die DDR die eigentliche Ursache messerscharf: die Bereitschaft zum Blaumachen vorrangig als Folge einer desorganisierenden Wirtschafts- und Industriepolitik. Belege bleibt sie schuldig. Noch fragwürdiger ist die Behauptung, daß von ihr als „Gesundschreiber“ titulierte Ärzte sich nicht mehr am Wohl der Patienten orientiert hätten,



Gemeindeschwestern in der DDR? Muß eine „Wissenschaftlerin“ heute nicht kennen

untersucht. So grundlegende Errungenschaften wie Reihenuntersuchungen, Mütterberatungsstellen, Krebsregister, das Dispensaire- und das Gemeindeschwesternsystem oder die Landambulatorien als wichtige Struktur der medizinischen Versorgung der ländlichen Bevölkerung werden gar nicht erst erwähnt. Gleiches gilt für die Bemühungen um eine zunehmende Professionalisierung der Pflege und die hochwertige Fort- und Weiterbildung des ärztlichen Personals an der Akademie für Ärztliche Fortbildung, die gar nicht oder nur am Rande thematisiert werden.

Eine klare Chronologie und die Nennung bestimmter Phasen in der Entwicklung des Gesundheitswesens sind nicht zu erkennen. Gab es da nicht zunächst die enormen Herausforderungen der Nachkriegszeit, in der es in der sowjetischen Besatzungszone erst einmal um Fragen der Seuchenbewältigung und der Mangelernährung ging? Auch die drängenden Probleme bezüglich der Verfügbarkeit

der DDR mitprägende einflußreiche Personen stoßen, die zum Teil sehr widersprüchliche Biographien aufwiesen. Und selbstverständlich prägte das auch das Verhältnis der SED zur Ärzteschaft, das noch lange Zeit zwischen Mißtrauen und Angewiesensein jonglierte.

Das Buch widmet sich ausführlich diesem Spannungsfeld und den dort handelnden Personen. Zu den tieferen Ursachen stößt es aber nicht vor. Es unternimmt auch keinen Versuch zu zeigen, wie bereits zwischen 1949 und 1958 unter CDU-Minister Luitpold Steidle und auch später um ihre Überwindung gekämpft wurde.

Bei der Darstellung der materiell-technischen Seite des Gesundheitswesens überwiegt die Nennung von Defiziten. Seitenweise werden Meldungen über Mängel in der Infrastruktur und die unzureichende Ausstattung von Krankenhäusern aufgezählt. Auch wenn viele medizinische Bereiche und Einrichtungen mit gravierenden Versorgungsproblemen zu tun

sondern lediglich der maximalen Produktionssteigerung verpflichtet gewesen wären. Das steigerte sie noch, indem sie in diesem Zusammenhang unverblümt Parallelen zum „Produktionsregime im Nationalsozialismus“, bei dem es um die „Eliminierung von leistungsschwachen Menschen“ ging, zog.

Auch die Wertung, die DDR hätte Engpässe in der Arzneimittelversorgung gezielt damit überbrückt, daß sie die Beschlagnahme von Medikamenten aus den Westpaketen aus der BRD anordnete, läßt tiefergründigere Kenntnisse dieser Problematik vermissen. Schließlich sind auch heute die Zollbehörden aufgefordert, im Land nicht zugelassene Medikamente zu konfiszieren. Letztlich zeigte der Contergan-Skandal von 1961/62 anschaulich, wie notwendig so etwas sein kann.

Ein längerer Abschnitt widmet sich der eigentlich mehr medizinethischen Frage der ärztlichen Aufklärungspflicht. Hier wird einfach verschwiegen, daß es dazu historisch bedingt durchaus unterschiedliche Sichten geben konnte. So sahen sich Ärzte in der DDR beim „schonenden Verschweigen“ durchaus in der Tradition von Friedrich Hoffmann und Christoph Wilhelm Hufeland. Bereits Mitte der 60er Jahre gab es jedoch auch in der DDR Zweifel, ob es wirklich human und sinnvoll sei, einen Patienten, der bereits die Schwere seines Zustandes erahnen

könne, in falsche Illusionen zu wiegen. Hier engte die Denkweise, daß die Gesellschaft und ihre medizinischen Experten die Entscheidungsgewalt darüber behalten sollten, was für den Einzelnen in sterbensnahen Situationen das Beste sei, Mitbestimmungsräume durchaus ein. Daß das Wahrheitsprinzip bisweilen mißachtet bzw. dem Betreuungszweck untergeordnet wurde, ist jedoch weniger als ein Akt diktatorisch verordneter Bevormundung zu werten, sondern einem ärztlichen Selbstverständnis anzulasten, das sich lange vor der DDR-Zeit herausgebildet hat und lange nachwirkte. Das als stalinistisch geprägtes ärztliches Prinzip der Medizin des Ostblocks zu erklären, ist ziemlich weit hergeholt.

Gerade weil die fachlich gerechtfertigten Sichten von wichtigen Zeitzeugen nicht erwähnt wurden, wird so der Eindruck vermittelt, daß das Ministerium für Gesundheitswesen lediglich ein Instrument der SED-Staatsführung darstellte, um individuelle Freiheitsrechte zu beschränken, Menschen zu disziplinieren, das individuelle Wohl den übergeordneten ökonomischen Interessen zu opfern und den Menschen bewußt zu schaden. Bleiben soll der Eindruck, beim DDR-Gesundheitswesen sei grundsätzlich von einem „staatssozialistischen maroden Mangelsystem“ auszugehen. Vor allem aber steht in Stein gemeißelt die These, daß der

„Totalitarismus der SED-Führung“ in alle sozialen Verhältnisse hineingewirkt habe und von einem „menschenverachtenden Unrechtsstaat“ nur inhumane Praktiken zu erwarten waren. Zu bestätigen ist dann nur noch, daß der einzelne Bürger ständig auch in Gesundheitsfragen einem diktatorischen System unterworfen war und hilflos jeder Möglichkeit der Einflußnahme oder Mitwirkung beraubt war. Dem untergeordnet werden einzelne Geschehnisse zusammengetragen, die das zu bestätigen scheinen und eine sehr selektive und unkritische Auswahl von Quellen. Wichtigste Originaldokumente bleiben unbeachtet oder werden verkürzt und unvollständig verwendet. Oft folgt dem Zitierten eine tendenziöse und nicht ausreichend differenzierte Interpretation. Das alles ist symptomatisch für die gesamte Beschäftigung mit der Geschichte der DDR. Sie wird als Betriebsunfall der Geschichte behandelt. Sorgsame Differenzierung bei der Wertung hochkomplizierter Prozesse: Das braucht solche Art von „Analyse“ nicht.

Achim Seider

1 Jutta Braun: *Politische Medizin. Das Ministerium für Gesundheitswesen der DDR 1950 bis 1970*. Göttingen 2023

2 Hartmut Bettin: *Rezension zu Jutta Braun: „Politische Medizin ...“, Historische Zeitschrift, Bd. 320/2025*

„Wir waren doch wer!“

Nicht nur zu Jahrestagen wird über die DDR viel Abwertendes erzählt. Deutlich merkt man den Versuch, der längst Entschlafenen ins Grab nachzuspucken. Wir schließen daraus: Es muß Bemerkenswertes an diesem kleinen Land gewesen sein, daß man die Erinnerung nicht einfach so beiseite wischen kann.

Dankenswerterweise hat der Verlag „Rohnstock-Biografien“ vor vielen Jahren begonnen, Augenzeugen zu Wort kommen zu lassen, die vom Mainstream der BRD gemeinhin nicht zur Geschichte befragt werden. Dort entstand ein Erzählalon, in dem ehemalige Wirtschaftsfunktionäre, meist Generaldirektoren aus DDR-Kombinaten, über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen berichten konnten. Von den über fünfzig Veranstaltungen dieser Treffen existiert außerordentlich interessantes Filmmaterial. Der Verlag hat daraus einen Film produziert. Er hat uns gestattet, daraus eine etwa 45minütige Kurzfassung zu erstellen,

die extra dafür geschaffen wurde, diesen Streifen in RF-Veranstaltungen zu zeigen. Wer ihn sieht, denkt unwillkürlich voller Stolz: „Wir waren doch wer!“ Die Dokumentation hält da mühsam und durch viel Arbeit Errungenes fest, das wieder in Erinnerung gerufen wird, und zeigt, wie die „Brüder und Schwestern“ auf der anderen Seite uns „halfen“, indem sie uns ständig Knüppel zwischen die Beine warfen. Und sich heute darüber mokieren, daß wir nicht schneller und weiter vorankamen.

Der Film regt auch an, an unsere ganz persönlichen Leistungen zurückzudenken. Es waren auch die Taten eines jeden einzelnen von uns, die dazu führten, daß unser Land einer lebenswerten, friedlichen Zukunft zustrebte, die zu sichern heute unsere Verpflichtung ist. Für eine Aufführung des Films in den Regionalgruppen erhalten die Vorsitzenden der RG eine Information.

Joachim Seider und Wilfried Nagel

Am 6. Oktober begeht

Bernd Mewes

seinen 75. Geburtstag.

Lieber Bernd, seit Jahren zählst Du zum Berliner „RotFuchs“-Aktiv und unterstützt unseren Verein auf vielfältige Weise.

Für Deine Einsatzbereitschaft und Treue zum „RotFuchs“ bedanken wir uns herzlich bei Dir.

Zugleich würdigen wir Deine umfangreichen friedenspolitischen Aktivitäten in der „Friedensglockengesellschaft Berlin e. V.“, so die traditionellen Veranstaltungen zur Erinnerung an die Opfer des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki und die breite Bündnisarbeit für die Ächtung der Nuklearwaffen.

Wir gratulieren und wünschen Dir weitere erfolgreiche Jahre.

In kämpferischer Verbundenheit

Vorstand und Redaktion

Seidenstraße aktuell

Während die Politik in diesem Land dem Klimawandel tatenlos zuschaut und zivile Initiativen abwürgt, arbeiten in China die Verantwortlichen mit den Menschen an Lösungen. Und das in einigen wichtigen Gebieten inzwischen seit Jahrzehnten.

Provinz Shanxi: Wüsten werden grün

Die Umwandlung von Wanderdünen, die noch vor wenigen Jahrzehnten Städte Nordchinas bedrohten, ist in vollem Gange. Am südlichen Rand der Maowusu-Wüste in der nordwestchinesischen Provinz Shanxi pflanzten die Menschen vor Jahrzehnten Bäume – nun gibt es bereits Wälder, die sich über den Wanderdünen ausbreiten.

In vier Jahrzehnten schlugen mehr als 53 Millionen Bäume Wurzeln. Doch die grüne Wüste von Maowusu ist Teil eines weit größeren Vorhabens. Sie gehört zu einer von drei Hauptfronten des chinesischen Drei-Nord-Schutzwaldprogramms. China hat die zu bekämpfende Wüstenbildung schon lange zur nationalen ökologischen Priorität erklärt.

Seit 2023 werden die Anstrengungen noch verstärkt, systematisch Ökosysteme wieder herzustellen. Dazu erneuern die Bewohner in der Nähe gelegener Dörfer mit Unterstützung von freiwilligen Helfern aus der weiteren Umgebung alternden Wald mit besseren Forststrukturen, etwa mit Anbau der Mongolischen Kiefer, die sich – langlebig und immergrün – vor Ort bewährt hat. Über 50 000 qkm Land sind inzwischen mit der Kiefer bepflanzt.

Die teilweise notwendige Bewässerung verläuft ferngesteuert, im Ergebnis der Auswertung von Drohnenpatrouillen über der bepflanzten Wüste. Die Überlebensrate der Setzlinge konnte so von 80 auf 92 Prozent gesteigert werden.

Die Veränderungen sind für die Menschen deutlich spürbar. Starke Sandstürme, die früher auch weiter entfernte Städte bedrohten, gibt es nur noch selten. Das Vordringen der Wanderdünen wurde aufgehoben, weil der Boden nach Regenfällen bedeutend länger feucht bleibt. Nun entwickeln Bauern Kartoffelpflanzen, die für sandige Böden geeignet sind, und bauen sie vermehrt ebenso an wie Wassermelonen und Paprika.

Zur Vermarktung nutzen die Bauern neuerdings Livestreaming-E-Commerce. Mehr als 2 000 Anwohner profitieren inzwischen vom stetigen Einkommensanstieg durch die besser entwickelte Landwirtschaft und Viehzucht. So wurden in und um Yulin die Wanderdünen unter Kontrolle gebracht; die Waldfläche stieg von 1,8 Prozent (1949) auf heute rund 35 Prozent.

Provinzen stehen nicht mehr abseits

Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung sind in China schon lange nicht mehr auf einige Großstädte beschränkt. Auch ländliche Gemeinden entwickeln sich. Zur Grundlage nehmen die Regionalbehörden gezielte Einzelanalysen jedes Haushalts im Dorf. Bevor konkrete Maßnahmen ergriffen werden, ermitteln sie die besonderen Herausforderungen für jede Familie – erst danach folgen die Bereitstellung besseren Wohnraums, bessere Gesundheitsfürsorge oder landwirtschaftliche Unterstützung. Die Armutsbekämpfung war somit längst kein isoliertes Sozialprogramm mehr, sondern hatte nationale Priorität, verknüpft mit institutionellen Engagement der verantwortlichen Regierungsebenen. Auch Hilfe zur Selbsthilfe wurde gegeben.

Beispiel Ningxia:

Diese einst unterentwickelte Region im Norden Chinas, durchquert vom Gelben Fluss, verbindet nunmehr die Revitalisierung des ländlichen Raums mit der Modernisierung der Landwirtschaft, dem Naturschutz und der industriellen Modernisierung. Moderne Bewässerungssysteme und verbesserte Anbaumethoden, landwirtschaftliche Anlagen zur Vor-Ort-Weiterverarbeitung bestimmter Agrarerzeugnisse, unter anderem Getreide, und stärkere Marktanbindung ermöglichen es den lokalen Gemeinschaften, die traditionelle Landwirtschaft in wettbewerbsfähige, wertschöpfende Agrarindustrien umzuwandeln. Dazu werden die nötigen nachhaltigen Investitionen in die Infrastruktur – Strom, Telekommunikation, Straßen – vorgenommen.

Digitale Plattformen verschaffen den Landwirten besseren Marktzugang und verbessern zugleich die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in den ländlichen Gebieten – anstatt sie, wie hierzulande, immer weiter abzubauen. Dies alles half, das noch vor mehreren Jahrzehnten schwierige Problem der Landflucht und Wanderarbeit wesentlich zu entschärfen, auch weil in bedeutendem Umfang moderner Wohnraum vor Ort geschaffen wurde.

Chinas Erfahrungen widerlegen auch die verbreitete Unterstellung, dass solche Entwicklungen zwangsläufig jahrzehntelange kontinuierliche Finanzhilfe der Zentralregierung voraussetzen. Stattdessen fördern die regionalen Entwicklungsprogramme Chancen auf Beschäftigung, Kleinunternehmertum, bessere Bildung und Marktteilhabe. Die Menschen sollten nicht nur nachhaltig aus der Armut befreit, sondern auch befähigt werden, sich

selbst ein dauerhaftes Auskommen zu sichern.

Wirtschaftswachstum allein erklärt diese Erfolgsgeschichte nur zum Teil. Hinter dem Fortschritt steht ein Regierungsmodell, das auf langfristiger Planung, praxisorientierter Politikgestaltung und Flexibilität zur Anpassung an veränderte Gegebenheiten beruht. Fundament der Regionsförderung ist in jedem Fall eine langfristige nationale Entwicklungsplanung – die sich vom Denken des Westens in Wahlperioden grundlegend abhebt. Gleichzeitig mit den geschaffenen Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum geht es um den Ausbau von allgemeiner und berufsspezifischer Ausbildung und um den Erwerb technischer Befähigungen – dies alles bei breiter öffentlicher Teilhabe. Anders als im Westen steckt die Modernisierung unterentwickelter Regionen in China somit nicht in fruchtlosen Diskussionen fest.

Weltweit erste schwimmende Groß-Windkraftanlage

Im High-Tech-Sektor sorgt China nach wie vor für Sensationen und untermauert seine weltweit führende Position. Im August dieses Jahres wurde die erste schwimmende 16-Megawatt-Windkraftanlage mit Tension-Leg-Technik an das Stromnetz des Lufeng-Ölfelds angeschlossen. Sie liefert direkt grünen Strom für die Offshore-Ölförderung. Gleichzeitig ist sie die weltweit am weitesten von der Küste entfernte Anlage; sie liegt 200 km südöstlich der Hafenstadt Shenzhen. Die Anlage hält einem Taifun der Stärke 17 stand und wird 25 Jahre im Betrieb bleiben. Jährlich liefert sie über 50 Gigawattstunden Strom. Das vermeidet 35 000 t CO₂-Ausstoß.

Die Tension-Leg-Technik basiert auf einem Schwimmkörper auf dem Wasser und dem Fundament am Meeresboden, die miteinander über vertikal gespannte Stahlseile (Tension Legs) verbunden sind. Die Seile verbinden Plattform und Fundament, sie ziehen die Plattform nach unten – dem Auftrieb entgegenwirkend. So schwankt die Plattform nur minimal auf und ab oder vor und zurück, verglichen mit sonst üblichen halb tauchfähigen Plattformen.

All dies zeigt: China arbeitet am Fortschritt auf allen Gebieten, während Westeuropa auf der Stelle tritt und den Menschen Lebensgrundlagen entzieht, anstatt sie zu schaffen.

Dr. Peter-Michael Fritsch
Leipzig

Japan und die Kurilen

Der russische Präsident, Wladimir Putin, besuchte im Oktober 2026 im Rahmen seiner präsidentiellen Aufgaben Sachalin und die Kurilen-Insel Iturup. Das japanische Außenministerium äußerte wegen des Besuchs des russischen Präsidenten „entschiedenen Protest“. In diesem Zusammenhang behauptete die Premierministerin Japans, Sanae Takaichi, daß dieser Schritt des russischen Staatschefs die Gefühle der Japaner verletze und kategorisch „inakzeptabel“ sei. Ihrer Meinung nach seien alle „Nördlichen Territorien“, die den südlichen Teil der Kurilen bilden, „aus historischer und rechtlicher Sicht angestammtes japanisches Territorium“. Es handelt sich hierbei um die Inseln Iturup, Kunaschir, Schikotan und die Habomai-Inseln. Ein Teil der Inseln wurde durch die Sowjetarmee im August 1945 erobert. Am 5. September 1945 übergaben die Japaner kampflos die restlichen Inseln an die Sowjetarmee. Am 6. und 9. August 1945 warfen die USA zwei Atombomben auf die Städte Hiroshima und Nagasaki. Nach den Atombombenabwürfen und dem Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan am 8. August 1945 erklärte der japanische Kaiser Hirohito am 15. August 1945 die bedingungslose Kapitulation im Radio. Die offizielle Position Japans zu den „Nördlichen Territorien“ behauptet, daß diese Inseln japanisches Staatsgebiet seien und fordert von Rußland die Rückgabe. Japan beruft sich auf einen Vertrag mit Rußland

aus dem Jahre 1855, in dem die Grenzziehung zwischen beiden Staaten geregelt wurde. In einem Tauschvertrag von 1875 erhielt Japan die Kurilen und Rußland die Insel Sachalin. Die Namen der „vier Nördlichen Inseln“ sind hierin jedoch nicht enthalten.

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, äußerte, daß die Kurilen russisches Territorium gewesen seien. Sie sind es heute und würden es auch in Zukunft bleiben. „Wer das nicht versteht, wird mit den ungeheuerlichen Folgen seiner Illusion konfrontiert werden“, warnte Medwedew. Die Kurilen gehören nicht kraft des Rechts des Stärkeren zu Rußland, sondern sowohl auf Grundlage der Nachkriegsregelungen als auch auf Grund der von Japan eigenhändig geleisteten Unterschrift.

Die Inselkette trennt das Ochotskische Meer vom offenen Rest des Pazifiks. Die Zugehörigkeit der Inseln ist in internationalen Dokumenten als eine infolge des Zweiten Weltkriegs entstandene Realität festgeschrieben. Mitte der fünfziger Jahre unterzeichneten die UdSSR und Japan eine Erklärung, die den Weg zu einem Friedensvertrag öffnete. Japan lehnte im Nachhinein die gemeinsame Erklärung ab. So gibt es bis heute keinen offiziellen Friedensvertrag zwischen beiden Staaten.

Das Auftreten der Premierministerin Japans, Sanae Takaichi, steht im Einklang mit einer Veränderung der Politik Japans.

Japans „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ gehören zu den technologisch fortschrittlichsten und schlagkräftigsten Streitkräften in der Welt. Im globalen Ranking belegt Japan den 7. oder 8. Platz. Japan baut als enger Bündnispartner der USA die Selbstverteidigungskräfte in eine Offensivarmee um. Das Land verfügt über rund 247.000 aktive Soldaten. Es hat eine hochmoderne Marine- und Luftflotte. Die Ausgaben für Militär und Rüstung sind stark gestiegen. Sie betrugen 2025 62,2 Mrd. US-Dollar. 2020 lagen die Militärausgaben noch bei ca. 49,1 Mrd. US-Dollar. Als Bedrohung betrachtet Japan die Demokratische Volksrepublik Korea, die Volksrepublik China und die Russische Föderation. Außerdem hat Japan neuerdings nukleare Ambitionen. China und Korea haben während des Zweiten Weltkrieges unter der Aggression des japanischen Imperialismus gelitten. Bis zu 16 Mio. Chinesen verloren ihr Leben im Zeitraum von 1937 bis 1945. Korea verlor ca. 500 000 Menschen unter dem japanischen Regime. Genauere Angaben gibt es für Korea nicht.

Im Verhältnis zu Rußland hat sich Japan dem aggressiven Kurs von NATO und EU angeschlossen. Auch wegen der Veränderungen der politischen Situation in der pazifischen Region haben die Kurilen für Rußland eine wachsende wirtschaftliche und strategische Bedeutung.

Dr. Ulrich Sommerfeld

Was man wissen sollte

Der ehemalige US-Offizier, Waffeninspekteur, geopolitische Analyst und Buchautor **Scott Ritter** befand sich im Sommer 2026 auf Einladung in der Russischen Föderation, um mehr über die Auswirkungen des Ukraine-/NATO-Krieges auf die RF und die Ukraine zu erfahren. Er besuchte 46 Orte sowie Objekte, auch das Chersoner Gebiet, und berichtete über seine Feststellungen in mehreren Interviews bei YouTube (kurze Zusammenfassung):

Ukraine

- Bevölkerungsverlust über 50 %,
- Territoriumsverlust mehr als 20 %,
- Funktionsunfähigkeit der Industrie und der Infrastruktur ca. 70 %,
- Entwicklung von Drohnen, aber auch Überbewertung des Drohneneinsatzes im Krieg,

- Vernichtung des größten Teils der westlichen Militärhilfen, aber auch von NATO-Basen und gemeinsamen Rüstungsbetrieben, nebst Militärpersonal und Söldner,
- Die Blockierung der Schwarzmeer-Häfen machen die Ukraine zu einem Binnenland mit starker Einschränkung des Ex- und Imports,
- Zwangsmobilisierungen für Männer und Heranziehung von Frauen,
- weitgehende Fremdfinanzierung und stark eingeschränkte Souveränität.

Rußland

- Bevölkerungszuwachs 7 bis 8 Millionen durch neue Territorien und ukrainische Flüchtlinge,

- Schwächung der Industrie und des MIK nach Wiederherstellung getroffener Betriebe 10 %,
- Leistungsabfall der Energiewirtschaft zunächst 30 %, nach Reparaturen 17 %,
- trotz Sanktionen positives Wirtschaftswachstum, derzeit um 1 %,
- Großmacht mit geringen Auslandsschulden und potenten Partnern,
- Auffüllung der personellen Verluste der Streitkräfte durch Vertragsfreiwillige,
- Eigenentwicklung und Produktion von konventionellen sowie atomaren Waffen (Drohnen und Hyperschall-Raketen), aber auch von Satelliten und Kommunikationssystemen für den Weltraum,
- Abschußquote der Luftverteidigung 92 bis 97 %.

Gerhard Giese

Vor 70 Jahren ging DFS 904 zum ersten Mal auf Sender

„Hier ist der *Deutsche Freiheitssender 904* – der einzige Sender der Bundesrepublik, der nicht unter Regierungskontrolle steht“ – das waren die ersten Worte am Abend des 18. August 1956, nur wenige Stunden nach der Verkündung des Verbotes der Kommunistischen Partei Deutschlands. Ab diesem Tag war der *DFS 904* täglich von 20 bis 21 Uhr und dann nochmals von 22 bis 23 Uhr auf Mittelwelle 904 kHz zu empfangen. Später kamen noch Morgensendungen hinzu.

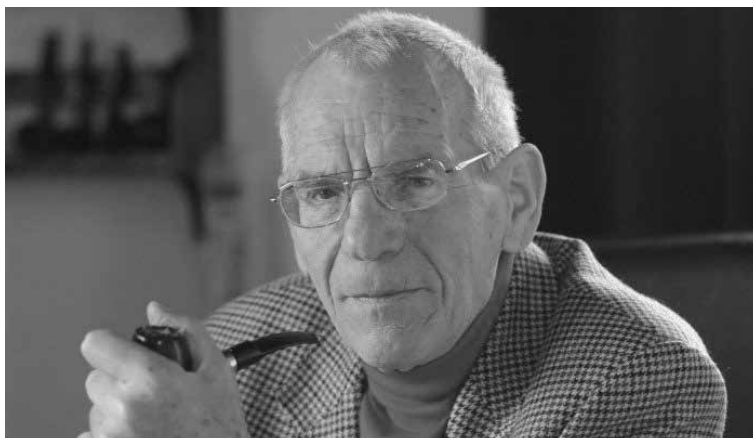
Die KPD war auf das Verbot und die sich hieraus ergebende illegale und konspirative Arbeit gut vorbereitet. Seit der Benennung von Josef Wintrich als Präsident des Bundesverfassungsgerichts war klar, wie das Verfahren des von der Regierung schon 1951 eingereichten Verbotsantrages ausgehen würde. Noch zwei Monate, bevor das Bundesverfassungsgericht im September 1951 seine Tätigkeit aufnahm und noch bevor die Bundesregierung ihren Verbotsantrag stellte, hatte Bonn schon mit der Strafverfolgung gegen Funktionäre und Mitglieder der KPD begonnen. Bereits 1950 wurde der sogenannte Adenauer-Erlaß verabschiedet. Staatsanwaltschaften und Gerichte erhielten weit-

reichende Befugnisse für das politische Strafrecht. Ins Strafgesetzbuch wurden wieder aus der NS-Zeit stammende Straftatbestände wie „Geheimbündelei“ oder „Staatsgefährdung“ eingeführt. Am 26. Juni 1951 wurde die FDJ verboten. Die noch junge BRD führte sich in der Welt gleich mit einer beispiellosen Verfolgung von Kommunisten ein. Allein bis zum Verbot der KPD verloren Tausende Mitglieder der Partei ihren Arbeitsplatz, Hausdurchsuchungen, Verfolgung, Anklagen und Haft waren an der Tagesordnung.

Doch die Kommunistinnen und Kommunisten erfuhren weltweit Solidarität anderer Kommunistischer Parteien und selbstverständlich auch der SED. Und so konnte der Deutsche Freiheitssender 904 seinen Sendebetrieb der nun illegalen Kommunistischen Partei Deutschlands mit einer Erklärung des Parteivorstandes der KPD zum Verbotsbeschluß aufnehmen.

Die DDR stellte die Frequenz eines leistungsstarken Mittelwellensenders in Burg, Ortsteil Brehm bei Magdeburg, zur Verfügung. Die Sendeleistung war mit 250 kW beträchtlich. Gesendet wurde von einer 324 Meter hohen ARRT

Sendeantenne, eine Neuheit, entwickelt in der Sowjetunion und gebaut im Kombinat Komintern Leningrad. Die Programme wurden überwiegend in der BRD produziert. Einer der wohl bekanntesten „Macher“ war der Journalist Hans Canjé. Mit seiner unverkennbaren Stimme und seinem kölschen Dialekt wurden seine Berichte zum Markenzeichen des Senders. Nicht zu vergessen Achim Becker. Wie mir Arnold Schölzel berichtete, hatte er noch das Glück, Hans Canjé in seiner Zeit als Redakteur und Chefredakteur bei der *Jungen Welt* persönlich kennenzulernen. Hans Canjé war ein aufrechter Antifaschist und Kommunist, außerordentlich



Hans Canjé (1929–2015)

besonnen und abwägend, aber in seiner Art auch konsequent, wenn es um die Zurückweisung von Sektierertum ging. Anfänglich waren die Produktionen noch etwas hölzern, aber zunehmend kam Professionalität auf. Der Sender berichtete durch eigene und exakte Recherche und brillierte mit Detailtreue. Die Reportagen vom Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein im Herbst 1956 bis Anfang 1957 fanden große Anerkennung unter den Arbeitern. Mit den neuesten Rock- und Jazztiteln versuchte der Sender, besonders auch junge Leute anzusprechen. „Dafür schnitten wir bei Radio Luxemburg oder bei Piratensendern mit, was das Zeug hielt, oder wir kauften in den Plattenläden einfach die neuesten und rarsten Platten während unserer Reisen“, berichtet Hans Canjé in einem Interview mit der *Jungen Welt*. Auch die Reihe „Kohlemax auf Mittelwelle“ erfreute sich bei den einfachen Lohnabhängigen großer Beliebtheit. Das Geheimnisvolle, das Verbotene und nicht zuletzt das, worüber die anderen schwiegen, machte die Mund-zu-Mund-Propaganda aus. Auch hin und wieder merkwürdige Ansagen, wie

„Wir rufen den Stellvertreter von Drosselbart ...“ oder andere Fantasiedurchsagen, die den Reiz des Verbotenen noch verstärkten, trugen zur wachsenden Beliebtheit des Senders bei. Kontaktadressen wurden eingerichtet, so daß die Hörer den Sender ansprechen konnten. Dadurch war es möglich, ein Bild darüber zu gewinnen, wann, wo und warum der *DFS 904* gehört wurde. Die westdeutsche Presse tat ihr übriges.

Am 29. September 1956 berichtete das *ND* über Lösungen wie „Hört die Welle 904“, die an Maschinen und Anlagen im Gelsenkirchener Hüttenwerk angebracht wurden. Um den Reiz des ganzen noch zu

erhöhen, entschuldigte man sich für irgendwelche fingenierten Probleme, weil man ja unter schwierigsten Bedingungen senden müsse. Polizei oder Funkpeilwagen waren zur Stelle, um Näheres zu erkunden. Tatsächlich gingen die Regierenden davon aus, der Sender würde aus dem Untergrund senden und mobil arbeiten. Sie suchten ernsthaft nach der „Quelle“. Alles, wie schon 1937, als nach dem „Deutschen Freiheitssender 29,8“ gefahndet worden war. Nun ja, ein Mittelwellensender mit dieser Reichweite „fliegend“ unterwegs? Die hätten mal Leute fragen

sollen, die was vom Fach verstehen, um das höflich auszudrücken.

Der *Deutsche Freiheitssender 904* war die Stimme der illegalen KPD, bei dem auch Meldungen und Reportagen aus der DDR einen festen Platz hatten. Der Sender berichtete über unsere Sorgen und Nöte, aber vor allem sollte gezeigt werden, daß es ohne Bourgeoise und die verfluchten Nazis geht, einen demokratischen Staat aufzubauen. Schließlich, nach sechsjähriger Arbeit als Journalist im Untergrund wurde Hans Canjé vom „Staatschutz“ verhaftet und das auch nur wegen eines, wie er später sagen wird, dummen Fehlers seinerseits. 13 Monate Untersuchungshaft und Verhöre. Schließlich die Verhandlung, die zu seiner Verurteilung wegen seiner journalistischen Arbeit zu zwei Jahren und 6 Monaten Haft führte. Später siedelte er in die DDR über und führte seine journalistische Arbeit beim ADN sowie Radiosendern fort. Er schrieb unter Pseudonym für die *Junge Welt*.

Gespräche von „gestern“ mit „Toren“ und „nützlichen Idioten“ „... was fürs Leben tun!“

„Wir wollen nicht, daß von hier aus wieder ein Krieg losgeht. Wir wollen überhaupt nicht, daß Kriege losgehen, daß Kriege geschehen. Und wenn man in einem Land lebt, wo die Gefahr besteht, daß dort tatsächlich das wieder geschieht, dann muß man hier etwas tun, daß das verhindert wird. Das wollen wir ...“ Der mir das sagt, Jens Hagen, 37 Jahre alt, Schriftsteller in Köln, Gewerkschaftsfunktionär, Kölner Vorstandsmitglied im Schriftstellerverband, ist nach dem Urteil der in seiner Heimat den Ton angehenden Pressezeugnisse – Rundfunk und Fernsehanstalten „des öffentlichen Rechts“ eingeschlossen – eine zumindest zweifelhafte Person. Nach Springers „Die Welt“ vom 1. Juni gehört er zu den „nützlichen Idioten“, mit deren Hilfe „die Sowjetunion auch auf deutschem Boden ihre globale Auseinandersetzung“ führt. In der „Aachener Volkszeitung“ vom selben Tag ist er ein „ferngesteuerter Friedenskämpfer“. Das „Handelsblatt“ ernannt ihn am 19. Juni zum „Toren“, „der nur über eine schlicht-volkstümliche Einsichtsfähigkeit verfügt“. Denn: Jens Hagen gehört zu den über 200 Kölner Journalisten, Schriftstellern und Künstlern, die in einer Zeitungsanzeige ihre Ablehnung der Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen auf dem Boden der BRD geäußert haben. „Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles bedeutet: Westeuropa wird zu einer vorgeschobenen Raketenbasis für die USA. Damit sind Westeuropa und insbesondere die BRD Schauplatz eines zukünftigen atomaren Krieges.“ So steht es dort. In einer Anzeige – denn im redaktionellen Teil der marktbeherrschenden Presse finden derlei Willenserklärungen besorgter Bürger keinen Eingang, werden sie nicht einmal erwähnt. „Also müssen wir uns den Platz kaufen“, sagt der Schriftsteller. „Wir müssen was fürs Leben tun.“ Jens Hagen ist einer meiner Gesprächspartner in den letzten Julitagen, da uns wenige Wochen zuvor die alarmierende Nachricht über die einsatzbereite, alles Leben zerstörende

Neutronenbombe aus dem Pentagon erreichte. Was hat über eine Million BRD-Bürger veranlaßt, den „Krefelder Appell“ zu unterschreiben? Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kam am 2. Juli 1981 nach der Feststellung: „Die Gegnerschaft zum Doppelbeschluß hat weite Teile der Bevölkerung in der Bundesrepublik sowie in

nehmen, die die Stadt in Minutenschnelle und todbringend erreichbar machen. Das stimmt nachdenklich – Waffen ziehen Waffen an. Nachdenklichkeit breitet sich aus. Da fällt das Wort von der „amerikanischen Geisel“. Franz Xaver Kroetz sagt, die USA machten aus der BRD eine „Bananenrepublik“, nennt die Zustimmung aus Bonn einen Akt der „Anti-Souveränität“. Pädagogen der BRD, die sich Ende Juli an die Öffentlichkeit wandten, kamen zur Erkenntnis: „Wir lernen aufzustehen gegen die Verdummung durch mythische Behauptungen, die Menschen z. B. glauben machen wollen, daß man erst aufrüsten müsse, um hinterher besser abrüsten zu können.“

Lebenswillen

Lebenswillen also ist es, der da Bewegung schafft, Menschen auf die Straße bringt zum Protest. Die Angst gebiert diesen Willen, macht ihn zur Triebkraft für eine Bewegung, die es in der BRD in diesem Umfang noch nicht gegeben hat. „Den Atomkrieg verhindern – unser Leben gestalten“ war in diesem Sinne die Losung der BRD-Naturfreundejugend, als die auf ihrem Saarbrücker



Friedensmarsch Kopenhagen – Paris 1981

den nord- und westeuropäischen Staaten erfaßt ...“ zum Kern: „Angst, das Gefühl, etwas Gefährlichem und Bedrohlichem gegenüberzustehen.“ Angst, gezeugt aus „Furcht vor einer unbegreiflichen Rüstung“, aus „Furcht vor einem unfäßbaren Krieg“. Und dann: „Das alles ergibt ein Bündel von Lebensängsten.“

Lebensängste

Den „journalistischen Rollkommandos“ der NATO droht unter der Wirkung dieser „Lebensängste“ der jahrelang und immer wieder aufpolierte Popanz von der „Gefahr aus dem Osten“ umzukippen, zumindest hat er bei einem Teil der BRD-Bürger an Wirkung verloren, ist ins zweite Glied gerückt. Nun nämlich sollen – zu all dem, was an hochexplosiven und gefährlichen Waffen bereits auf dem Boden der BRD stationiert ist – auch noch die nuklearen Mittelstreckenraketen ins Land. Waffen, die Moskau ins Visier

Kongreß zur Unterstützung des Krefelder Appells aufrief. „Mut für eine bessere Zukunft – in Frieden schaffen – keine Rüstung“ war die Losung des Kongresses der Jungsozialisten, der sich zu nachdrücklichen Kampfansagen gegen die NATO-Pläne gestaltete. „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“, sagt die SDAJ. Die Front der Lebenswilligen, die sich – aus Angst geboren – nun wehrt, umfaßt alle Schichten, den Geistlichen wie den Ex-Bundeswehrgeneral, den Lehrer und Künstler, den Arbeiter und Wissenschaftler. Die „marktbeherrschende Presse“, die Macher in den Rundfunk- und Fernsehhäusern, haben dieser Bewegung einen Krieg erklärt, der nicht minder konstant als der gegen die Länder des Sozialismus geführt wird. Im ZDF-Magazin, das mit den Erzeugnissen des Hauses Springer und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ den Ruf für sich in Anspruch nehmen darf, ganz vorne

in dieser Antibewegung zu stehen, wird die ganze Friedensbewegung so abgetan: „Blauäugige Pazifisten, die aus Einfalt oder gar Berechnung großes Geschrei anstimmen“ (ZDF-Magazin – 28.1.81). Das Anwachsen der Gegner der Hochrüstung eskaliert die Bemühungen der Befürworter der Bedrohungspolitik. „Moskau rüstet in einem Tempo... als gelte es den Rest der Welt noch vor Silvester zusammenzuschießen“, schockte am 28. Juli die „Welt“ ihre Leser. Der Westberliner SFB tönte am 2. August schließlich: „Militärische Unterlegenheit der freien Welt bedeutet das Risiko einer sowjetischen Aggression.“ Also: Hochrüsten! Nein: Nachrüsten heißt das ja. Allein am 5. Juli wurde dieser Begriff in den Hauptnachrichtensendungen

der beiden BRD-Fernsehanstalten achtmal verwendet. (Da war kein Platz mehr für ein Wort der Berichterstattung über den in der BRD angelangten Friedensmarsch Kopenhagen–Paris.) Am 6. August brachte es das BRD-Fernsehen fertig, dem Zuschauer aus Moskau berichten zu lassen: „Es ist schwierig, in Moskau klare Aussagen zu den Vorstellungen der Sowjets zu bekommen.“ Vom Tisch die Vorschläge des XXVI. Parteitages der KPdSU, der Appell des Obersten Sowjets an alle Parlamente der Welt. Weder in dieser noch in einer der aktuellen Nachrichtensendungen an diesem Tag das Telegramm Leonid Breschnews an die Teilnehmer des Friedensmarsches Kopenhagen – Paris: „Wir unterstützen die Idee der Schaffung einer kernwaffenfreien

Zone im Norden Europas und treten dafür ein, daß der ganze europäische Kontinent zu einer Zone des Friedens, der Sicherheit und der guten Nachbarschaft wird.“ Jenen aber, die dafür sind, die Worte aus Moskau aufzunehmen, die dafür sind, daß endlich und unverzüglich verhandelt wird, stellte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 7. August diese Diagnose: „modische Kriegsangst“, resultierend aus der „von Selbstmitleid durchtränkten deutschen Friedensjeremiade“. Verkommene Hexenjäger im Dienst einer verkommenen Sache – wie not tut es da, aufzustehen wider die Dummheit, was zu tun fürs Leben.

Hans Canjé

Aus „FF dabei“, Berlin, Nr. 41/1981

Deutsche Nachrichten

Ein Gedichtband Wolfgang Bittners

Vorn auf dem Gedichtband „Der Dompfaff verschwand pfeifend im Hibiskus“ von Wolfgang Bittner (geboren 1941) ist die Skulptur „Die Frierende“ des Barlach-Schülers Rudolf Leptien (1907–1977) abgebildet: Eine Frau im Soldatenmantel, entkräftet und nach unten, vielleicht auch nach innen blickend. Die Figur steht seit 1984 auf dem Golm, der höchsten Erhebung Usedom, auf dem sich eine Gedenkstätte für Opfer des Zweiten Weltkrieges befindet, darunter einige Tausend Menschen, die bei Bombardierungen des heute in Polen liegenden Swinemünde ums Leben kamen. Es ist die größte Kriegsgräberstätte in Mecklenburg-Vorpommern. Leptien schuf das Kunstwerk bereits 1952 und 1953 im Auftrag von Behörden, denen hatte es aber nicht gefallen. Das Foto zeigt die Figur auf der Rasenfläche neben dem Weg, der zur Gedenkstätte auf dem Gipfel führt, vor Bäumen. Natur und Natureindrücke tragen auch die Gedichte Bittners, entscheidend aber seine Eindrücke von Krieg und Kriegsvorbereitung. Der Autor von mehr als 80 Büchern, darunter viele für Kinder und Jugendliche, wird wegen seiner Verteidigung Rußlands öffentlich immer wieder mit dem hierzulande üblichen Haß übergossen. Das Subjekt seiner Gedichte, die hier in acht Abschnitten, dargeboten werden, empfindet Natur und das Geschehen in ihr als Gegenwelt und als Hoffnung in einer hoffnungslosen Gesellschaft. Wenige Gedichte tragen eine Datierung, darunter dieses aus dem Februar 2026: „Deutsche Nachrichten. Rekruten rücken ein/in Container-Lager,/ ein Machthaber fordert/Marschflugkörper und Panzer/der Außenminister warnt:/ Spionagedrohnen über uns./Der Feind hört mit/und eine Politikerin/aus einem kleinen Land/erklärt den dritten Weltkrieg./Der Moderator fragt:/Seid ihr bereit?“

Angeichts der Wiederkehr von Krieg und Unterdrückung schreibt er unter „August 2023“: „Der Sommer geht an mir vorbei/ wir warten –/wissen nicht worauf./Um uns reale Idiotie,/Politiker wie Zombies“ Und: „Aber Krieg ohne Ende,/die Panzer rollen,/ die Raketen fliegen,/der Kriegsminister schwadroniert:/‘Our boys like to fight.’“ Ein wiederkehrendes Motiv ist die mit Krieg einhergehende Bedrohung der Kriegsgegner: So greift das Gedicht „Vögel im Off“, aus dem der Titel des Buches entnommen wurde, das, was sich da ankündigt, auf: „Kalt wird’s und immer kälter/ließ mich der Dompfaff wissen, pfeifend verschwand er im Hibiskus./ Gerade noch auszuhalten/der Blick aufs Thermometer,/war doch eine vage Hoffnung geblieben./Aber vor der Tür die Limousine,/ein Vierschröter und ein junger Hagestolz,/auf dem Zaun der heimische Zeisig/zwitscherte zum Gotterbarmen,/‘Ich bin friedlich!’, rief ich,/und bat um Aufschub.“ Bittner schreibt in einer Gesellschaft, die für ihn in jeder Hinsicht Bedrohung ist: „Ist Krieg? Ist schon Krieg?/Sag mir: Ist Krieg?/Schon wieder oder immer noch?/ Sag mir, wer ihn erklärt,/Wer schickt die Granaten?/Wer steuert die Panzer,/wirft die Bomben,/zerstört und zerstört und tötet?/Wer bestimmt über Leben und Tod?/ Und warum lassen wir es geschehen?“ Trost oder Hoffnung ist nicht die Sache des Autors – oder nur in Anklängen: „Seid ruhig, ihr Lieben,/habt ruhig Angst,/und lauthals/vertraut Eurer Hoffnung./Die Zeitungen schreiben von Feinden,/wir haben andere.“ Ähnlich heißt es in „Aus dem Radio“: „Aber Feind ist nicht Feind,/ und Krieg nicht mein Krieg./Schalten wir ab,/herrscht einen Moment lang Ruhe.“ Unter „Mehrheitlich“ heißt es: „Keine Daseinsberechtigung/in ihrem Staat,/beste

Demokratie./Die Meinung gehört ihnen/ und ihre Überzeugung.“ Hoffnung auf Überleben, nicht auf Änderung, enthalten Bittners Gedichte vor allem mit Blick auf die Natur. Aber selbst der Blick in den wolkenlosen Himmel wird aufs Verhängnis gelenkt: „In der Bläue die Kondensstreifen/der fliegenden Särge.“ Bittner wäre nicht der erste Dichter, der vorwegnimmt, was geschehen kann. Wie notwendig es ist, das Geplante zu verhindern, macht er beeindruckend deutlich.

Arnold Schölzel



Wolfgang Bittner: *Der Dompfaff verschwand pfeifend im Hibiskus. Gedichte.* Verlag im Park, Berlin 2026, 126 Seiten, 13 Euro

Ein wichtiges Buch zur richtigen Zeit.

„Fest entschlossen, nicht kampflös unterzugehen“

Die Düsseldorfer Historikerin Gisela Blomberg stellte zu den UZ-Friedenstagen Ende August 2026 in Berlin eine Biografie über Alice und Werner Stertzenbach öffentlich vor (1). Anhand der akribischen Beschreibung der Lebensläufe von Alice und Werner gelingt der Autorin eine überzeugende Schilderung der Barbarei des deutschen Faschismus im eigenen Land und als Besatzungsmacht in den Niederlanden. Mit der Nachzeichnung der Taten der beiden gemäß ihrem Lebensmotto „Kämpfe, wo du stehst“ macht das Buch zugleich Mut, dem brandgefährlichen Kurs der heutigen Regierung entgegenzutreten.

Alice, Jahrgang 1909, in Dortmund als Kind einer jüdisch-pazifistischen Familie geboren, erinnert sich an die Kämpfe der Roten Ruhrarmee gegen den reaktionär-militaristischen Kapp-Lüttwitz-Putsch. Das war der erste Versuch des deutschen Kapitals, mit Hilfe rechtsradikaler Parteien die Errungenschaften der Novemberrevolution 1918, wie z.B. den Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht für Frauen, wieder abzuschaffen. Alice betont in ihren Erinnerungen, selbstverständlich diese politische Dimension nicht erkannt zu haben, aber sie waren prägend für ihre weitere Entwicklung während der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik. Nach dem Abitur begann sie in Bonn ein Studium der Zahnmedizin, setzte es in Berlin fort und lernte hier den fortschreitenden Antisemitismus an der Universität kennen. Mit 21 Jahren trat sie der KPD bei, kämpfte im „Kampfbund gegen den Faschismus“ und floh nach der Machtübertragung an die NSDAP nach Köln. Weitere Stationen waren: Heirat mit Georg Heymann, gemeinsamer Kampf in der Illegalität, Haft im „Klingelpütz“ sowie 1936 Flucht nach Kerkrade in den Niederlanden.

Werner, ebenfalls Jahrgang 1909, wurde in Mülheim als zweiter Sohn jüdischer Eltern geboren. Wie Alice war er in seiner Jugend pazifistisch geprägt. Früh engagierte er sich im Arbeiter-Esperanto-Bund und in der Arbeiterfotografie, er verfaßte ein Wörterbuch in der Kunstsprache, das von internationalen Partnern in der ganzen Welt gelesen werden konnte.

Nach Eintritt in die KPD betreute Werner in der Parteizeitung „Ruhr-Echo“ die Esperanto-Rubrik „la Tuta Mondo“ und kämpfte überwiegend auf kulturellem Gebiet. Im Januar 1933 wurde er verhaftet und ins Klevener Gefängnis verbracht, mißhandelt und gefoltert und schließlich nach vier Monaten Haft unter Auflagen entlassen.

Er war arbeitslos, stand auf einer „Schwarzen Liste“ und wurde bespitzelt.

Im Oktober 1933 gelang ihm die Flucht nach Amsterdam, wo er sich an der illegalen Arbeit der deutschen politischen Emigration beteiligte. 1937 wurde er interniert und unter der deutschen Besatzung in das Lager Westerbork verbracht. Zusammen mit seiner Widerstandsgruppe verhalf er Lagerinsassen zur Flucht, bis er selbst im September 1943 – um der Deportation nach Auschwitz zu entgehen – flüchten mußte. Werner konnte in Amsterdam untertauchen und schloß sich dort dem niederländischen Widerstand an.



Gisela Blomberg zeichnet diesen wichtigen Abschnitt aus Werners Leben präzise nach. Zahlreiche Zeitzeugen und Mitstreiter hat sie in jahrelanger Arbeit befragt, niederländische Archive und deutsche Quellensammlungen wurden intensiv ausgewertet: Sie ergeben ein Leben im Widerstand und mit internationaler Solidarität.

In einer Doppelrolle baute Alice als stellvertretende Leiterin zu der Zeit in Amsterdam das „Tehuis Oostende“ zu einem sicheren Ort für Geflüchtete aus. Ursprünglich als eine Einrichtung der jüdischen Gemeinde geplant, gelang es ihr, dieses Haus auch für andere verfolgte Gruppen zu öffnen. Die niederländischen Kommunisten der CPN unterstützten diese wichtige Arbeit, nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht und dem Besatzungsregime nach strengen Regeln der Illegalität. Das „Tehuis Oostende“ bot neben zahlreichen kulturellen Aktivitäten Sportangebote wie Tischtennis an, um vor allem Jugendlichen zu helfen, die eigene Identität zu entdecken und eventuell widerständig gegen die faschistischen

Besatzer zu werden. Politischer Hintergrund war für ihr Handeln die Volksfrontpolitik der KPD, die nach 1935 weite Kreise der Bevölkerung für den antifaschistischen Widerstand organisieren wollte. Dabei gelang 1941 ein Streik gegen die Besatzer, vor allem der Hafenarbeiter gegen die Ausbeutung durch die deutsche Rüstungsindustrie mit dem harten Zwangsarbeiterregime.

Dank der Autorin ist das wichtige Ereignis für den Widerstand auch in Deutschland jetzt bekannt und legt Zeugnis davon ab, daß auch in scheinbar hoffnungsloser Lage solidarischer Widerstand möglich ist.

Die militärische Niederlage des deutschen Faschismus war für Alice die Verstärkung der Kulturarbeit, um auf diesem Weg das „andere“ Deutschland und seine demokratischen Traditionen vorzustellen. Bereits im Januar 1946 wurden in Amsterdam ähnlich wie im Osteinde Tehuis Ausstellungen und Lesungen mit Texten von Bertolt Brecht, Erich Weinert, Max Zimmering, Erich Kästner und Karl Kraus für dieses Ziel organisiert. Pauschale Verurteilung der Deutschen sowie populistische und antideutsche Strömungen in den Niederlanden sollten so bekämpft werden.

Nach der Befreiung waren beide in der wiedergegründeten KPD in Niedersachsen aktiv, Werner als Journalist, Alice als Sozialarbeiterin in der 1947 gegründeten VVN. In den 50er Jahren folgten: Verurteilung wegen Widerstands gegen die Demontage, Beurlaubung von der Tätigkeit als Sozialarbeiterin der Stadt Düsseldorf, nach dem Verbot Ihrer Partei 1956 Sperrung der Rente als Widerstandskämpfer. Erst Mitte der 70er Jahre konnten beide ihre Ansprüche teilweise gerichtlich durchsetzen.

In den Geschichtsbüchern wird die Periode häufig als Zeit des Wirtschaftswunders bezeichnet und die Verfolgung von Kommunisten verschwiegen. In der Zeit des Kalten Krieges waren Menschen wie Alice und Werner nur störend mit ihren marxistischen Positionen in der allgemein verordneten Aufbruchstimmung der sogenannten formierten Gesellschaft. Und sie waren bei weitem keine Ausnahme, mittlerweile liegen viele Biografien ihrer Generation vor. Mit der vorliegenden Arbeit hat Gisela Blomberg dafür gesorgt, daß dieser Kampf nicht vergessen wird.

Klaus Oberschewen

Gisela Blomberg: „Fest entschlossen, nicht kampflös unterzugehen“. Alice und Werner Stertzenbach im antifaschistischen Widerstand. CommPress Verlag GmbH, Essen 2026

Einladung

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. beruft die
12. Gesamtmitgliederversammlung zum Sonnabend, dem 28. November 2026, ein.

Ort: Münzenberg-Saal des Bürogebäudes Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude), 10243 Berlin-Friedrichshain
 Musikalischer Auftakt mit der „RotFuchs“-Singegruppe

Beginn: 10 Uhr

Abschluß: 14 Uhr

Tagesordnung:

Berichte des Vorstandes, der Schatzmeisterin und der Revisionskommission
 Aussprache / Gedankenaustausch zu Erfahrungen und weiteren Arbeitsfähigkeit des Vereins
 Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstandes und der Revisionskommission

Mittagspause: Versorgung wird gewährleistet.

Bitte die Teilnahme bis zum 15. November bei Wolfgang Dockhorn anmelden
Tel.: 030-2 41 26 73 , E-Mail: wdockhorn@t-online.de

Auch in diesem Jahr bitten wir herzlich, aber dringend

Es ist wieder soweit: Dem Oktoberheft des „RotFuchs“ legen wir ein Überweisungsformular bei und bitten alle Leser, die es sich leisten können, in diesen symbolischen Hut Geldscheine oder Münzen hineinzuwerfen. Wir wissen, daß viele unserer Bezieher einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Die Teuerung, die durch den Krieg der USA und Israels und wegen der Profitgier der Erdöl- und Energiekonzerne gegen den Iran erneut stark anstieg, frißt an Löhnen, Renten, Stipendien und vor allem an niedrigen Einkommen. Jeder weiß, daß die „Reformen“, die von der Bundesregierung im Gesundheitswesen und bei Renten angekündigt wurden, Kürzungen und Einschränkungen bedeuten. Jeder bekommt das zu spüren und je kleiner die Haushaltseinkommen sind, desto mehr. Auch der „RotFuchs“ ist weiterhin betroffen: Die Preise für Papier, Druck und Vertrieb – dabei ist vor allem die Post zu nennen – steigen auch in diesem Jahr zum Teil sprunghaft. Obwohl Redaktion und Versand ehrenamtlich arbeiten, sind unsere Kosten auch in diesem Jahr um mehrere tausend Euro monatlich gewachsen. Wir wollen aber an unserem Ziel festhalten, allen Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken in diesem Land und darüber hinaus eine kostenlose, durch Spenden finanzierte marxistische Monatszeitschrift zur Verfügung zu stellen. Allein das ist ein in diesem Land fast unglaubliches Vorhaben, das wir aber seit 1998 verwirklichen. Das war nur möglich durch die Spenden unserer Leser und die Bereitschaft unserer Autoren, ohne Honorar für den „RotFuchs“

zu schreiben, sowie die unentgeltliche Arbeit der Mitglieder des Vereinsvorstandes, der Redaktion und des Versandkollektivs. Die Grundlage unserer Arbeit bilden die Abonnements des „RotFuchs“ und die Spenden unserer ständigen Leser. Angesichts der politischen Lage, der faktischen Kriegserklärung der Bundesrepublik gegen Rußland am 1. September, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise, halten wir den „RotFuchs“ für nötiger denn je. Er



„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

ist der Auflage nach die größte deutschsprachige marxistische Monatszeitschrift. Daher bitten wir erneut dringend um Spenden, um unsere Arbeit fortsetzen zu können.

Dank großzügiger Zuwendungen ist das Erscheinen des „RotFuchs“ gegenwärtig für ein Jahr finanziell gesichert, aber aus unserer Sicht ist es nötig, den Einfluß unserer Zeitschrift spürbar zu erhöhen. Wir verbinden daher unsere Bitte um Spenden kleinster, kleiner oder größerer Art mit einer zweiten an alle Leser: Bitte überlegt, wie Ihr zur Verbreitung des „RotFuchs“ beitragen könnt – durch Weitergabe von Heften, durch Gewinnung von Abonnenten oder von Unterstützern unseres Fördervereins und seiner Regionalgruppen. Der Aufwand ist gering, der Ertrag kann aber groß sein. Bitte gebt daher den „RotFuchs“ an Bekannte, Freunde oder Verwandte weiter und werbt weitere Abonnenten. Bei unseren öffentlichen Auftritten wie zuletzt bei der „Fiesta der Solidaridad“ im Juli 2026 in Berlin-Lichtenberg oder bei den UZ-Friedenstagen Ende August in Berlin-Friedrichshain stellen wir immer wieder fest: Wer unsere Zeitschrift kennenlernt, schließt auch gern ein Abonnement ab. Der „RotFuchs“ bleibt in der Frage von Krieg und Frieden, von Antifaschismus und dem Krieg der Reichen gegen die Armen kompromißlos parteilich – so wie in der Verteidigung der DDR und der Traditionen der Arbeiterbewegung. Der Kampf für den Frieden und gegen imperialistischen Krieg bleibt für uns die wichtigste Aufgabe in der kommenden Zeit.

**Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger,
Wolfgang Dockhorn, Gabriele Parakeninks**

Die negative Kontinuität westlicher Außenpolitik

Die Aussage eines amerikanischen Generals aus dem Jahr 1968 zeigt, wie Washingtons gezielte Sabotage des Potsdamer Abkommens Europa spaltete und den Grundstein für die heutigen Konflikte legte.

Hugh Bryan Hester (1895–1983) nahm als Offizier der US-Armee an beiden Weltkriegen teil. Als Leiter des US-amerikanischen Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsprogramms für Deutschland von 1945 bis 1947 erlangte er einen tiefen Einblick in die amerikanische Politik gegenüber Nachkriegsdeutschland. In den Jahren 1947 bis 1948 war er Militärattaché der USA in Australien. In einem Beitrag der amerikanischen Zeitschrift „The Churchman“ vom November 1968 äußerte sich der Autor u.a. zur durch die USA und Großbritannien initiierten bewußten und gezielten Zerstörung des Potsdamer Abkommens und somit der Antihitlerkoalition.

Die konkrete Beschreibung der logischen Folgen dieser Politik aus der Feder eines amerikanischen Augenzeugen eröffnet nicht nur einen Blick auf diese entscheidende Zeit deutscher Nachkriegsgeschichte. Hester

beschreibt, wie die USA bereits vor dem 8. Mai 1945 den USA nützliche Kriegsverbrecher in die USA ausflogen und damit den Geist des Potsdamer Abkommens bereits vor seiner Unterzeichnung verrieten und seine Umsetzung schon vorab unmöglich machten. Er läßt keinen Zweifel an dem Verursacher der Spaltung Deutschlands und damit Europas nach dem Krieg: „Für die Amerikaner, scheint es mir, ist es von höchster Wichtigkeit, sich immer wieder zu erinnern, daß die Sowjet-Regierung ihre Besetzungszone erst in einen selbständigen deutschen Staat – nämlich die Deutsche Demokratische Republik umwandelte, nachdem die drei Westmächte unter Führung der USA die Bundesrepublik Deutschland geschaffen hatten; daß die Sowjets kleine Militärkräfte der DDR erst aufstellten, nachdem die drei Westmächte begonnen hatten, die BRD aufzurüsten und daß sie schließlich den Warschau-Pakt erst organisierten, als die NATO schon bestand.“ Beim Lesen fühlt man geradezu einen inneren Zusammenhang zwischen den Entwicklungen in Europa seit den durch Hester beschriebenen Nachkriegseignissen von 1945 über die Umwälzungen

von 1990 bis zur Gegenwart. Die NATO-Osterweiterung, der Ukraine-Konflikt von seiner Entstehung in den frühen 90er Jahren bis zu seiner aktuellen Ausprägung, der Bruch des 2+4-Vertrags, der Istanbul Vereinbarungen von 1990 über gleiche Sicherheit, der Verträge Minsk 1+2, die Torpedierung der Istanbul Vereinbarungen zur Beendigung des Konfliktes in der Ukraine, all das erscheint vor dem Hintergrund eines Artikels aus dem Jahre 1968 als Konstante einer friedensverachtenden westlichen Hegemonialpolitik. Wenn die heutigen führenden Politiker des Westens die Ursachen der aktuellen geopolitischen Krisen in einer aggressiven Politik von Rußland, dem Iran und anderen nichtwestlichen Staaten darzustellen versuchen, so vermittelt der Blick in die Erkenntniswelt des Jahres 1968 eines hohen amerikanischen Offiziers eine überraschend klare Perspektive dafür, wer seit 1945 den Weltfrieden immer wieder bedroht.

Andreas Mylaeus / René Zittlau

Redaktionell gekürzt

Quelle: forumgeopolitica.com, 4.9.2026

Unvergessen: Die sowjetischen Helden im Kampf gegen den deutschen Faschismus

Mit dem Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurden der Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 24. August 1939 und der Deutsch-Sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 gebrochen.

Bereits 1925 hatte Hitler die Vernichtung des Bolschewismus zu einem ideologisch-politischen Hauptziel erklärt. Der gesamte europäische Teil der Sowjetunion sollte erobert, ihre politischen und militärischen Führungskräfte ermordet und große Teile der Zivilbevölkerung dezimiert und entrechtet werden. Mit dem Hungerplan, zu dem die Belagerung Leningrads gehörte, wurde der Hungertod vieler Millionen Kriegsgefangener und Zivilisten einkalkuliert, und nach dem „Generalplan“ sollten großangelegte Vertreibungen folgen, um die eroberten Gebiete anschließend zu germanisieren. Außerdem wurden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ausgebildet, die hinter der Front Massenmorde an kommunistischen



Das Mahnmal „Mutter Heimat“ erinnert an die Schlacht von Stalingrad

Funktionären, Slawen und Juden begehen sollten. Zu all dem erteilte das faschistische Regime seit März 1941 völkerrechtswidrige Befehle, die von der Wehrmachtführung ihrerseits übernommen und weitergegeben wurden (Kommissarbefehl).

Die Umsetzung des Unternehmens Barbarossa scheiterte bereits im Dezember 1941 mit der deutschen Niederlage in der Schlacht um Moskau. Dennoch setzte das faschistische Regime mit seinen Verbündeten und Kollaborateuren den Krieg und den zeitgleich vorangetriebenen Holocaust gegen Teile der Zivilbevölkerung in ganz Europa fort.

Die Schlacht von Stalingrad mit der Vernichtung der deutschen 6. Armee und verbündeter Truppen im Winter 1942/1943 gilt als psychologischer Wendepunkt des im Juni 1941 von Deutschland begonnen Vernichtungskrieges.

Die Rote Fahne auf dem Reichstag und die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 besiegelten das Ende des faschistischen Staatsterrors.

Raimon Brete, Chemnitz

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Moskauer Impressionen

Wir wurden in Moskau gleich nach unserer Ankunft auf dem Flugplatz vom Allsowjetischen Schriftstellerverband begrüßt. Es waren, obschon der Flugplatz etwa 35 km von Moskau entfernt liegt, die hervorragendsten Moskauer Schriftsteller zu unserem Empfang erschienen. Unter ihnen befanden sich Konstantin Simonow, Konstantin Fedin, Boris Gorbатов, Valentin Katajew und Wsewolod Wischnewskij. Sie begrüßten uns mit einer Herzlichkeit und einer Offenheit, die einfach überwältigend war. Wir spürten, daß die abgerissenen Verbindungen zwischen der deutschen fortschrittlichen Kultur und der Kultur der Sowjetunion durch diese Einladung und durch diesen Besuch neu geknüpft wurden, und daß damit auch der Entwicklung der deutschen Demokratie ein wesentlicher Dienst getan wurde.

Am Tage nach unserer Ankunft hatten wir einen offiziellen Empfang bei den Moskauer Schriftstellern. In dem großen, schönen Schriftstellerklub war alles anwesend, was in der Moskauer Literatur und überhaupt im Moskauer Kunstleben einen Namen hat. An den offiziellen Begrüßungsteil schloß sich eine allgemeine Aussprache an. Ich fragte den mir gegenüberstehenden Ilja Ehrenburg, wie es eigentlich mit der persönlichen, schöpferischen Freiheit des einzelnen Menschen und mit dem staatlichen Druck auf die Künstler in der Sowjetunion bestellt sei; denn das sei meines Erachtens der größte Bauchschmerz, den die Intellektuellen in Deutschland hätten. Wenn ich mit den deutschen Intellektuellen diskutierte, dann sagten sie mir immer: „Ja, wo bleibt meine schöpferische Individualität, wo bleibe ich, wenn ich bevormundet werde, wenn in irgendeiner Weise ein Zwang auf mich ausgeübt wird?“ Ehrenburg antwortete mir, daß es wohl in keinem Lande der Welt eine solche Vielfalt der Stile, der Ausdrucksformen, der Kämpfe um die Methode der schöpferischen Produktion gebe wie in der Sowjetunion. Er führte als Beispiel ein Buch von Wera Panowa an, das vor kurzer Zeit erschienen war und in der gesamten Presse heftig diskutiert, zum großen Teil bekämpft wurde und das gerade wenige Tage vor unserem Eintreffen die höchste Auszeichnung erhalten hatte, die einem dichterischen Werk in der Sowjetunion zuteil werden kann.

Wenn mich dieser Bericht schon verwundert hatte, wie groß war erst mein Erstaunen, als ich nach der Schriftstellerkonferenz Gelegenheit bekam, den Dichter Michail Sostschenko kennenzulernen, der

nach den Berichten der bürgerlichen Westpresse völlig kaltgestellt und von ihr eigentlich schon totgesagt worden war. Ich hatte mit Sostschenko eine längere Aussprache, in der er seinen Unwillen darüber zum Ausdruck brachte, daß die interne Diskussion, die er allerdings mit einigen führenden Schriftstellern und auch mit führenden Stellen gehabt habe, von der reaktionären Westpresse dazu ausgenutzt worden ist, das gesamte System der Sowjetunion zu diffamieren. Sostschenko, der während der Belagerung Leningrads die Stadt verlassen konnte, weil die Regierung großzügig ein Flugzeug für ihn und seine Familie zur Verfügung stellte, hat ein Buch geschrieben, das auf den heftigsten Widerstand bei der Sowjetbevölkerung gestoßen ist. Das ist aber ganz etwas anderes, als wenn man sagt, von obenher sei eine Regelung, ein Zwang oder ein Verbot gekommen. Dieses Buch entsprach nicht den gänzlich veränderten Lebensbedingungen, wie sie durch den Vaterländischen Krieg hervorgerufen worden waren. Infolgedessen wandten sich die Arbeiter der Sowjetunion und besonders Leningrads in unzähligen Zuschriften gegen die Darstellungen Sostschenkos und sagten: „Diese Darstellung entspricht nicht mehr der Wahrheit über unser gesellschaftliches Leben.“ Das ist die ganze Differenz, die zwischen dem Sowjetvolk und Sostschenko besteht. Dieselbe Differenz besteht augenblicklich auch noch bei anderen russischen Schriftstellern. Sostschenko sagte mir: „Ich habe gerade ein Theaterstück beendet, und es wird auch aufgeführt werden.“ Von einem Mundtotmachen oder von einer Unterdrückung der individuellen schöpferischen Tätigkeit kann also absolut keine Rede sein.

Als Beispiel dafür, daß in der Sowjetunion die künstlerischen Auffassungen keineswegs einheitlich „ausgerichtet“ sind, kann ich von zwei ganz verschiedenen Aufführungen ein und desselben Stückes berichten, die ich in Moskau erlebte. „Die junge Garde“ von Fadejew habe ich im Theater Ochlopkow gesehen und in einem Filmtheater, in dem von jungen Filmschauspielern nebenher auch Theater gespielt wird. Es kann keinen größeren Unterschied in Stil und Charakter der Darstellung geben, als er zwischen diesen beiden Aufführungen bestand. Während Ochlopkow „Die junge Garde“ in einem dynamischen, heroischen und symbolistischen Stil aufführte, wobei außer einer riesigen, über die ganze Höhe der Bühne hinschwebenden roten Fahne und einer weißen Leinwand nichts auf der

Bühne war und die Drehscheibe die Hauptrolle spielte, zeigte das Filmtheater eine realistische Aufführung mit vollen Dekorationen, Requisiten und sämtlichen Details. Die Probleme solch verschiedener Aufführungen werden dann von der breiten Masse der Bevölkerung in öffentlichen Diskussionsabenden erörtert. Auch hieraus ist ersichtlich, daß die persönliche Freiheit der Kunschtschaffenden wie der Kritisierenden weitgehend gesichert ist.

In der Sowjetunion existiert die Kluft nicht mehr, die bei uns zwischen den Intellektuellen und dem Volk noch immer besteht. Dort wirkt der Künstler unmittelbar auf das gesamte Volk ein, und das Volk wirkt seinerseits ebenso unmittelbar wieder auf ihn ein. Das mag durch ein kleines Beispiel erläutert werden, das mir der Dichter Alexander Kornejtschuk erzählte. Er hat über zwei Kolchoswirtschaften eine Komödie geschrieben, von denen die eine einen guten Leiter, die andere einen schlechten hat. Er hat den schlechten Leiter – nennen wir ihn Wassilij (ich weiß nicht, wie er in dem Stück wirklich heißt) – treffend gekennzeichnet und sehr genau charakterisiert. Kurze Zeit nachdem dieses Stück in mehreren Kolhostheatern aufgeführt worden war, erhielt Kornejtschuk eine ganze Reihe von Briefen, in denen ihm Kolchosbauern schrieben: „Lieber Genosse Kornejtschuk, wir haben eben unseren Wassilij abgesetzt.“ Kornejtschuk erzählte, daß er sich dadurch noch viel mehr der ungeheuren Verantwortung bewußt wurde, die er dem Volk gegenüber hat; denn mit seinem Werk verändere er unter Umständen sofort und unmittelbar die Wirklichkeit und greife damit in das Leben des Volkes ein. Das ist bezeichnend für die Sowjetunion, daß dort der Dichter unmittelbar ins Leben eingreift, es aktiv mitgestaltet.

Wir waren in der Tretjakow-Galerie. Bei uns sind die Gemäldegalerien meistens eine recht langweilige Angelegenheit, was ihren Besuch betrifft. Man hat da manchmal Angst vor dem Echo seiner eigenen Schritte, wenn man durch eine unserer klassischen Galerien geht. In der Sowjetunion zieht dagegen ein ununterbrochener Strom von Menschen durch die Galerien. Ich habe sehr viele Museen besucht, und alle fand ich lebhaft bevölkert von Menschen aller Berufe und jedes Alters. Sie gehen durch die Galerien und betrachten voll Aufmerksamkeit und wahrem Bildungseifer die Werke ihrer alten und neuen Meister. Anna Seghers kommt mit ein paar jungen Mädchen ins Gespräch. Es stellt sich

heraus, daß es Schülerinnen einer Mittelschule sind. Gleich laden sie uns herzlich ein, sie am anderen Tag in ihrer Schule zu besuchen. Wir nahmen die Einladung an, und so kamen wir in die 10. Klasse einer Mittelschule mitten in den Deutsch-Unterricht hinein. Die meisten Mädchen in dieser Schule tragen hübsche braune Kleidchen und schwarze Trägerschürzen. Sie sind nett frisiert und tragen eine Schleife im Haar. Sie waren im Unterricht gerade bei Schiller. Eben hatten sie die Zeit, als er noch Karlsschüler war, durchgenommen, und nun übersetzten sie; oft ziemlich fließend, manchmal auch stockend. Nach Schluß des Unterrichts bildeten sich sofort Gruppen um uns. In großer Herzlichkeit, offen und unvoreingenommen umringten uns die jungen Mädchen und fingen an, uns alles mögliche zu fragen. Wir erkundigten uns danach, wen sie von lebenden deutschen Autoren kennen. Und da fingen sie gleich an, von Thomas Manns Buddenbrooks zu erzählen und von Heinrich Manns Heinrich IV., den wir hier noch gar nicht übersetzt haben. Sie sprachen über Rilke und erzählten unheimlich viel über andere deutsche Autoren, darunter Kellermann, Johannes R. Becher und Willi Bredel, und auch Anna Seghers war ihnen ein Begriff. Ich mußte aufpassen, auf ihre Fragen auch die richtige Auskunft geben zu können. Die Mädchen baten dann, wir möchten doch mal in ihre „schöpferische Ecke“ kommen. Das ist ein Zimmer, in dem sie sich gruppenweise zusammenfinden, um miteinander an selbstgestellten Themen zu arbeiten. Sie beschaffen sich dafür jeweils alles nur erreichbare Material, das sie auf verschiedenste Art gemeinsam auswerten. Sie arbeiteten gerade an einer Photomontage, mit der sie eine Arbeit über Heinrich Heine ausschmücken wollten. Sie zeigten uns dort auch eine Liste von vielen Schauspielern Moskaus, die in die Schule gekommen waren, um Vorträge über moderne und klassische Literatur zu halten. Ich weiß nicht, wie viele deutsche Schauspieler bei uns bereit wären, ohne Honorar in den Schulen literaturgeschichtliche Vorträge zu halten. Die Mädchen ließen mich natürlich auch nicht aus – ich mußte ihnen die ganze Apfelschuß-Szene aus Wilhelm Tell vortragen, die ich zwar nicht mehr ganz auswendig wußte, aber in ihrem Lesebuch fand.

Später brachten uns dann die Schülerinnen einen Brief an eine Berliner Mädchenschule ins Hotel, mit dem sie einen Meinungsaustausch mit deutschen Schülerinnen eröffnen wollen. Wie stark die sowjetische Jugend literarisch interessiert ist, wie sehr ihr auch ausländische Schriftsteller ein Begriff sind und wie sie ihr zum Teil durch Bilder vertraut sind, geht auch aus einem kleinen Erlebnis hervor, das ich berichten muß: Wir saßen nach einer Theatervorstellung im Omnibus, um ins Hotel zu fahren, als auf einmal ein junger Mensch, sichtlich ein Arbeiter, mit gerecktem Hals durch

die Türe hereinsah. Auf die Frage der Dolmetscherin, wen er suche, deutete er auf Bernhard Kellermann. Nun kam er in den Wagen herein, um ihm mit einem Schwall von Worten durch die Dolmetscherin sagen zu lassen, daß er ihn erkannt habe, welche seiner Werke er kenne und wie sehr er ihn verehere.

Ich möchte bei uns einmal einem jungen Menschen auf der Straße begegnen, der so zu Kellermann kommt, wie wir es dort nicht nur von diesem jungen Arbeiter, sondern mehrfach erlebten.

Das Kulturniveau eines Landes kann man sehr gut auch daran erkennen, wie dieses Land zu seinen Kindern eingestellt ist, und was es für sie tut. Was ich auf diesem Ge-



Alexander Fadejew (1901-1956)

biet in der Sowjetunion gesehen habe, ob es in der Kinderkrippe der Fabrik Kaliber, in der Kinderschule der Tabakfabrik Dukat oder in einer Kinderschule überhaupt war, das war ganz erstaunlich. So etwas kennen wir in Deutschland überhaupt nicht. Schon gar nicht so etwas, wie das Theater TJuS (Театр Юного Зрителя)! Das ist ein Theater der jugendlichen Zuschauer. Es gibt eine Unzahl von Bühnen in der Sowjetunion, in Leningrad, Moskau, Kiew und anderen großen Städten der Republiken der Sowjetunion, die eigene Theater für jugendliche Zuschauer haben. Was ich in Leningrad und auch in Moskau in diesem Theater TJuS erlebte, diese Begeisterung, diese Beteiligung der Jugend am Spiel, am Stück, dieses Einstudieren der Stücke, die für Kinder geschrieben sind und von Erwachsenen gespielt werden, all das ist mir unvergesslich.

Ebenso konnte ich die herrliche Reaktion der Kinder und der Jugend und auch der Erwachsenen in den Puppentheatern beobachten, die eine große Tradition in der

Sowjetunion haben. Ich sah Aufführungen von Puppentheatern in Moskau, vor denen Erwachsene saßen, zu deren beglückendsten Erlebnissen diese Stunden gehörten. Eines habe ich als feste Gewißheit von meiner Reise mit nach Hause genommen: dieses Land ist auf dem richtigen Wege zu größerem Glück, zum Reichtum der Menschheit. Dieses Land hat den Menschen in das Zentrum seines Denkens, Trachtens und Handelns gestellt. Alles ist für den Menschen da! Und der Mensch auf der Straße und der Mensch in der Öffentlichkeit trägt das Zeichen dieses neuen Menschentums im Gesicht. Es herrscht ein anderer, ein freier Ton dort, eine schöne Würde und ein Enthusiasmus im gemeinsamen Aufbau, der jeden Besucher, der Augen und Ohren hat, tief beeindruckt muß.

Und wenn ich daran denke, was aus uns hier in unserer Heimat hätte werden können, wenn wir 1933 Hitler zum Teufel gejagt hätten und ein Bündnis mit diesem großen Volk eingegangen und gemeinsam mit ihm in die Zukunft marschiert wären, dann kann ich nur sagen: viel, viel hat unser deutsches Volk versäumt! Aber noch ist nicht aller Tage Abend: Es ist eigentlich nie zu spät für ein Volk, denn ein Volk lebt ewig. Es ist so, wie Stalin gesagt hat: „Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt.“ So wird es auch für uns sein. Und wenn ich ein Wort, das im Mittelalter gebraucht wurde, hier abwandeln darf, so möchte ich damit schließen. Im Mittelalter hieß es: Es führen alle Wege nach Rom. Heute wissen wir durch den Lauf der Geschichte: Es führen alle Wege zum Sozialismus – auch unserer!

Nach einem mündlichen Bericht Wolfgang Langhoffs (Schauspieler und Regisseur, 1901-1966)

Leicht gekürzt aus: „Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 8/1948 (2. Jahrgang)

„RotFuchs“-Veranstaltung Anfang November

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 3. November, um 17 Uhr spricht Rechtsanwalt Ralph Dobrawa zum Thema: **Politik und Recht. Wieviel Meinungsfreiheit verträgt der Rechtsstaat?**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, (Straßenbahnlinie 9, Haltestelle Farmersleber Weg), 39120 Magdeburg

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Mittwoch, dem 7. Oktober, um 18 Uhr spricht der DDR-Diplomat Dr. Konrad Herrmann zum Thema: **DDR und China – Beziehungen 1949 bis 1989**

Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Sonntag, dem 10. Oktober, um 10 Uhr spricht Jürgen Förster zum Thema: **Faschismus in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf Europa und die Welt**

Ort: Bibliothek, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Teterow

Am Dienstag, dem 13. Oktober, um 15 Uhr spricht Dr. Marianne Linke zum Thema: **Die Militarisierung der Gesellschaft und die Auswirkung auf das Gesundheitswesen**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Dresden

Am Dienstag, dem 13. Oktober, um 17 Uhr spricht Oberst a. D. Dr. Wolfgang Schälke **zur Bilanz und zum Ausblick der deutsch-russischen Kulturbeziehungen.**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 15. Oktober, um 16 Uhr: Auswertung der Landtagswahlen mit Vertretern linker Parteien und Vereine.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 15. Oktober, um 17 Uhr spricht Oberst a.D. Gerhard Giese zum Thema: **Ist ein Ende der gegenwärtigen Kriege in Sicht?**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonntag, dem 17. Oktober, um 10 Uhr spricht Wolfgang Schmidt zum Thema: **Die Kunst der Zersetzung. Manipulationstechniken der Nachrichtendienste und wie man sich schützen kann**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 20. Oktober, um 15 Uhr spricht Wilfried Handwerk zum Thema: **Wahrheiten und Lügen zum Krieg in der Ukraine**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 20. Oktober, um 18 Uhr spricht der Wirtschaftsexperte Uwe Trostel zum Thema: **Die DDR-Wirtschaft und was von ihr zu lernen ist**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 20. Oktober, um 16.30 Uhr: Gedankenaustausch mit Wolfgang Dockhorn, Stellvertretender Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zu den **Ergebnissen der Landtagswahlen und Schlußfolgerungen für die Bildungsarbeit.**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, (Straßenbahnlinie 9, Haltestelle Fernersleber Weg) 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Brandenburg an der Havel

Am Mittwoch, dem 21. Oktober, um 18 Uhr spricht Gerda Daenecke, Stellvertretende Vorsitzende der Solidaritätsorganisation KarEn e. V., zum Thema: **Kuba muß leben.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, August-Bebel-Straße 7, 14770 Brandenburg an der Havel, (Bus- und Straßenbahnhaltestelle Fontanestraße)

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 23. Oktober, um 15 Uhr spricht Wilfried Handwerk zur Situation in der Ukraine.

Ort: Klub der Volkssolidarität „Oderblick“, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonntag, dem 24. Oktober, um 10 Uhr: Gemeinsame Veranstaltung mit ISOR.

Es spricht Anja Mewes, Vorsitzende des Vereins Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., zu ihrer **Reise nach Rußland – Begegnungen und Eindrücke jenseits der Schlagzeilen.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reuthshagen

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 27. Oktober, um 18 Uhr spricht Wolfgang Schmidt zum Thema: **Die Kunst der Zersetzung. Manipulationstechniken der Nachrichtendienste und wie man sich schützen kann**

Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 28. Oktober, um 18 Uhr: Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen

Diskussionsgrundlage: Prof. Dr. Ekkehard Lieberam

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 30. Oktober, um 14 Uhr: Lieder und Lesung mit Hartmut König zum Thema: **„Schön ist der Frieden, wenn du seiner sicher bist“**

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Am Sonntag, dem 31. Oktober, um 14 Uhr laden „RotFuchs“-Förderverein, Freidenkerverband und ISOR ein. Thema: **Zur Wirtschaftsgeschichte der DDR – Gemeinwohl – Vergesellschaftung – Gewinnverteilung. Was von der DDR zu lernen ist.**

Es spricht der Wirtschaftsfachmann Uwe Trostel.

Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera/Altenburg

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober

Zum 98. Geburtstag

Ursula Söder (Panketal) am 15. Oktober

Zum 97. Geburtstag

Gerhard Miska (Chemnitz) am 11. Oktober

Zum 96. Geburtstag

Dr. sc. Heinz Günther (Berlin) am 12. Oktober

Zum 95. Geburtstag

Charlotte Gehrman (Frankfurt/oder) am 31. Oktober

Zum 94. Geburtstag

Heinz Behrendt (Plauen) am 12. Oktober
Brunhilde Bauer (Berlin) am 30. Oktober

Zum 93. Geburtstag

Willi Vinzing (Malchin) am 14. Oktober

Zum 92. Geburtstag

Gerhard Hentze (Berlin) am 31. Oktober

Zum 91. Geburtstag

Horst Rohne (Zörbig) am 21. Oktober

Zum 90. Geburtstag

Gerhard Matthes (Binz) am 4. Oktober

Zum 85. Geburtstag

Ria Würbach (Dresden) am 19. Oktober
Johannes Uhlig (Bernau bei Berlin) am 29. Oktober

Zum 80. Geburtstag

Eleonore Günther (Schweinfurt) am 18. Oktober
Rolf Santruschek (Berlin) am 20. Oktober
Thomas Georgi (Rostock) am 31. Oktober

Zum 75. Geburtstag

Hendrik Dörr (Torgelow) am 12. Oktober
Klaus Bergholz (Gera) am 18. Oktober
Ingolf Böhme (Landsberg) am 18. Oktober
Stefan Seifert (Chemnitz) am 27. Oktober
Edith Fröse (Düsseldorf) am 28. Oktober

Zum 70. Geburtstag

Jörg Pflüger (Hamburg) am 2. Oktober

Zum 65. Geburtstag

Heinz Denné (Berlin) am 18. Oktober
Claudia Paliwoda (Bremen) am 25. Oktober

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



Vernunft

Der Lokalanzeiger „Blick“ von Aue hatte Anfang September das Thema „Vernunft“ mit der Frage nach allem scheinbar so Unvernünftigen auf dieser Welt gestellt.

Wann gab es je unter kapitalen Marktverhältnissen bewußte Vernunft, die nicht erzwungen, mit Macht und Einfluß, mit Milliarden oder selbst mit Kanonen und Bomben erkaufte wurde? Dem Klimawandel sollte mit Zertifikaten, heißt mit Markt begegnet werden. Wieviel Vernunft hat je im Markt gesteckt, seit die Marktwirtschaft ehrbarer Kaufleute Geschichte ist?

Welche Vernunft hat Völker mit zwei Weltkriegen und allen folgenden Kriegen seit 1945 in Tod, Vernichtung und Elend getrieben? Welche Vernunft bringt deutsche Führungseliten dazu, Krieg gegen den „Hauptfeind“ zu proklamieren, ihn auf Teufel komm raus besiegen und dafür die Jugend auf die Schlachtfelder treiben zu wollen? Welche Vernunft sollen wir darin finden?

Welche Vernunft steckt dahinter, wenn VW Tausenden Arbeit und Brot angeblich nehmen muß und verwehren will? Wessen Vernunft steckt hinter alledem und welchen Sinn macht es, mit deren Vernunft zu rechnen? Haben das Menschen und Völker nicht schon oft genug vergeblich getan und sind enttäuscht worden? Deutschen Politikern geht selbst das kleinste Maß an Vernunft derzeit ab. Kant verstand darunter das kritische Vermögen der Menschen, sich von Altem, Überkommenem zu befreien. Tun sie das heute in unseren Tagen?

Nahe an die Frage der Vernunft gelangen wir erst, wenn wir nach den jeweiligen Interessen der Besitzer von Macht, Herrschaft, des Eigentums und des Reichtums ohne eigne Arbeit fragen, unsere Antworten dort suchen. Mit dem Bezug auf Vernunft soll, wie es viele andere zur Volksverdummung benutzten Begriffe tun, davon abgehalten werden, die Zusammenhänge und Widersprüche dieser Welt in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu erkennen. Ganz deutlich hat es vor Jahren der SPD-Mann Egon Bahr formuliert: „Hören Sie auf, von Menschenrechten zu reden, die gibt es nicht, es gibt nur Interessen“ - eine kleine und doch so große Wahrheit. Ist das nicht die tägliche Erfahrung von Millionen Menschen? Ihre Rechte, so klein oder groß sie sind, sind von den Interessen der Mächtigen, der Herrscher der Welt, von den Besitzenden abhängig. Die mögen wir zur Vernunft mahnen, aber das ist nicht ihr Geschäft und schon gar nicht ihre gesicherte Existenz als Herrschende. Versuchen wir, Vernunft walten zu lassen und beginnen erst einmal damit, selbst zu denken, nicht das zu denken, was uns herrschende Medien zu denken vorgeben, die uns das Denken längst abgenommen haben und nur das Glauben uns gerne lassen.

Raimon Brete, Chemnitz

Im Westen nichts Neues

Oft hilft ein Blick zurück in die Geschichte, die uns u.a. lehrt, die imperialistischen Staaten haben immer ihre Bevölkerung in die Kriege hineingelogen. Die wohl bekanntesten Lügen sind:

- 1939, polnischer Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz (Krieg gegen Polen und 2. Weltkrieg);
- 1954, Tongking-Zwischenfall (Vietnamkrieg);
- 1990, Iraker reißen in Kuwait Frühgeborene aus Brutkästen und töten sie (2. Golfkrieg);
- 1999, Hufeisenplan und Konzentrationslager im Kosovo (Angriffskrieg der NATO gegen Serbien);
- 2003, Sadam Husseins Massenvernichtungswaffen (3. Golfkrieg).

Heute erleben wir in EU-Europa geradezu scheinbar hysterische, aber doch eiskalt geplante Schuldzuweisungen gegen Rußland für dieses und jenes und fast alles. Der jüngste Coup (Stand 4.9.2026): drei mit Sprengsätzen bestückte Drohnen gegen ukrainische Flugzeuge und alle drei versagen. Die Täter seien inzwischen bekannt, aber nicht greifbar, dann müssen sie auch nicht aussagen. Auf Fragen nach Beweisen für die Schuld Rußlands eiert der stellvertretende Regierungssprecher in der Bundespresskonferenz herum, und verweist immer nur auf Tatmuster sowie Erkenntnisse von Polizei und Geheimdiensten. Na, wen das nicht überzeugt.

Am Rande wurden noch zwei Pistolen, vergraben bei Berlin, gefunden. Wer war's? Richtig, Rußland. Zwei (2) Pistolen!

Gehen wir noch einmal kurz zurück in die deutsche Geschichte:

Aus den vertraulichen Presseanweisungen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda 1936

21.8.1936 – Streng vertraulich!

Ministerialrat Berndt hat noch einmal ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß die DNB-Meldungen über die sowjetischen Rüstungen usw. in allergrößter Aufmachung auf der ersten Seite zu erscheinen haben. Die Zeitungen sollten von sich aus laufend eigenes Material und eigene Kommentare darüber hinaus veröffentlichen (...). Der Sinn dieser scharfen Anweisung liegt darin, daß spätere außenpolitische beziehungsweise wehrpolitische Maßnahmen damit vor der Weltöffentlichkeit jetzt schon eine ausreichende Begründung erhalten sollen.

24.8.1936

Die Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit in Deutschland muß mit den ungeheuren Rüstungen in der Sowjetunion begründet werden, die in Spanien aktiv und durch Waffenlieferungen in den Krieg eingegriffen hat. Das Opfer, daß durch die zweijährige Dienstzeit gebracht werden müsse, sei verglichen mit dem Bewußtsein, in einem gesicherten Lande zu wohnen, gering. (DNB - Deutsches Nachrichtenbüro)

Roland Winkler, Aue

Quelle: Dokumente zur deutschen Geschichte 1936–1939, Röderberg-Verlag, 1977

2026 ist zwar nicht 1936, aber Demokratie und Friedenspolitik sind eher ein Trugbild als Realität.

Ich halte es mit Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

Manfred Kriegeskorte, Wiehl

Deutschland 2026

Alles für die Super-Reichen, Großkonzerne, Kapital

Kinder, Mütter, Rentner, Arme, Obdachlose stehen schmal!

Philipp Amthor-Staatsminister, Dobrindt außer Rand und Band

tägliches Kriegsgeschrei,

Milliarden für den Clown aus Kiew,

die BRD ist stets dabei.

Das Wahlvolk, abgestumpft und willig, ohne politischen Verstand:

„Blackrock-Merz“ und sein Klüngel haben endlich freie Hand!

Albrecht Koke, Freiburg

13. August 1961

Die Reaktionen auf die Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 können bis heute unterschiedlicher nicht sein. Medien und Politiker überschlugen sich in Verleumdungstiraden der DDR-Führung unter Walter Ulbricht zur Entscheidung, einen antifaschistischen Schutzwall zu errichten. Un erwähnt blieb, daß die DDR diesen Entschluß nicht ohne Zustimmung der sowjetischen Führung treffen konnte. (Bekanntlich hatten die Westmächte und die Bonner Regierung die Stalin-Note vom 10.3.1952, die das Ziel hatte, ein neutrales Deutschland zu schaffen, vehement abgelehnt.)

Es gab aber auch aus berufenem westlichen Munde ganz andere Meinungen. So der damalige US-Präsident Kennedy, der sich zum Zeitpunkt des „Mauerbaues“ auf seinem Landsitz aufhielt. Er sagte: „Eine Mauer ist verdammt noch mal keine sehr schöne Lösung, aber tausendmal besser als ein Krieg.“ Zur Beruhigung des damals Regierenden Bürgermeisters von Westberlin Willy Brandt, der die untätige Schutzmacht kritisierte, sandte Kennedy Vizepräsident Johnson und General Clay nach Westberlin.

Die damalige Situation war äußerst zuge spitzt. Entspannung tat im Interesse des Friedens dringend not!

Wilfried Schubert, Güstrow

Fragen

Warum besitzt Herr Spahn nicht die moralische Größe, neben dem Fraktionsvorsitz auch sein Bundestagsmandat niederzulegen?

Was ist an der von Herrn Klingbeil und Frau Bas betriebenen Politik noch sozialdemokratisch?

Warum wird Herr Linnemann Gesundheitsminister, obwohl er sich selbst zuvor dafür als ungeeignet bezeichnet hat? Warum wird die respektierte Staatsministerin Schenderlein aus dem Amt gedrängt und ein Herr Weimer kann munter weitermachen?

Warum kann nach diesem Sommer, der uns den Klimawandel überdeutlich spüren ließ, Frau Reiche unbeirrt ihre klimaschädliche Lobbypolitik fortsetzen? Warum regelt, mit Blick auf den aktuellen Füllstand der Gasspeicher, „der Markt“ wohl doch nicht alles?

Was qualifiziert Frau Baerbock für eine Professur an der Columbia University? Wen verwundern da noch die Wahlergebnisse der AfD?

Ralph Wolter, Borna

Deutsche Doppelmoral

Viele sind des Kanzlers Meinung, kein Gas und Öl mehr aus Rußland zu beziehen, sei richtig, weil daran Blut kleben würde. Sie sollten sich dann aber auch fragen, warum wir jetzt in Größenordnungen diese Rohstoffe aus den USA beziehen, obwohl doch gerade an ihnen ganz offensichtlich Blut klebt. Dabei sollte ihnen aber bewußt sein, daß von den 15 Präsidenten der USA nach 1945 nur einer – Jimmy Carter – keinen Krieg vom Zaune gebrochen bzw. begonnene Kriege weitergeführt hat. Das setzt sich bis in die Gegenwart fort. Alle Kriege haben Millionen Menschenleben gekostet. Es klebt also Blut an amerikanischem Gas und Öl.

Dessen ungeachtet haben viele Bürger nichts dagegen, wenn Rußland und besonders Präsident Putin unflätig beleidigt und beschimpft und das Land mit immer neuen Sanktionen überzogen wird, um es wirtschaftlich zu ruinieren und militärisch in die Knie zu zwingen. Um dieses Ziel zu erreichen unterstützt die Bundesregierung ein durch und durch korruptes System, dessen Präsident durch massive Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Ukraine mit einem Putsch an die Macht gekommen ist. Dazu waren fünf Milliarden Dollar nicht zu schade. Dieser „Freund“ der freien und demokratischen Welt hat von 2014 bis 2022 in den östlichen Gebieten der Ukraine einen Bürgerkrieg inszeniert, bei dem 14 000 der, vor allem russischstämmigen, Ukrainer ihr Leben verloren. Erst, als kein Einlenken des Kiewer Regimes zu erwarten war und die Opfer größer wurden, hat Rußland auf Bitten der regionalen Führungen eingegriffen.

Der bereits vier Jahre andauernde Krieg hätte schon im Frühjahr 2022 beendet werden können, vor allem zu für die Ukraine wesentlich günstigeren Bedingungen als absehbar heute.

Die Doppelmoral des Westens wird gerade in der Gegenwart überaus deutlich. Rußland wird verdammt und beleidigt, der Aggressor Israel erfreut sich allseitiger Unterstützung. Dabei spielt es keine Rolle, daß dieses Land schon seit Jahrzehnten alle UN-Beschlüsse mißachtet und die Palästinenser aus den ihnen zustehenden Gebieten vertreibt und Tag für Tag gemordet wird. Die totale Vernichtung einer ganzen Stadt, der Tod von fast Hunderttausenden, vor allem Zivilisten, Frauen und Kinder, ist zu Recht von der UNO als Völkermord gewertet worden. An diesem Morden waren u. a. maßgeblich die USA und auch Deutschland beteiligt. Damit nicht genug, haben die USA und Israel mit Duldung und Wegschauen der übrigen westlichen NATO-Partner ein weiteres souveränes Land, den Iran, brutal überfallen und dabei erneut tausende Zivilisten getötet. Nur ein Land der NATO-Riege, Spanien, hat sich für diese Aktion nicht hergegeben. Nun erkläre einer den Bürgern, warum man ein Land verurteilt und bei den anderen alle Augen zudrückt!

Ralf Kaestner, Bützow

„Die verstorbene Gerechtigkeit“

Im Zusammenhang mit dem 35. Jahrestag der Vereinnahmung der DDR durch die Bonner Republik fiel mir aus einem Almanach ein Märchen in die Hände: „Die verstorbene Gerechtigkeit“ (Zinglerle, Seite 312, Reutte oder Der Zauberspiegel, Herausgeber Prof. Dr. Richard Beitzl):

Es lebte einst ein Bauer. Er hatte Glück mit seiner Wirtschaft und seinem Hofe. So nannte er ein wunderschönes Bauernhaus sein Eigen. Eines Tages reitet ein reicher Graf am Hause des Bauern vorbei, verharnte vor dem Haus des Bauern, es dünkte ihm, es ebenso haben zu müssen. Er schickt nach dem Bauern und verlangte nach dem Preis seines Hauses, nicht, ob er es überhaupt verkaufen möchte, nein. Im Interesse seiner Familie lehnt der Bauer ab. „Mein Haus ist unverkäuflich.“ Das allerdings mag der Graf nicht auf sich sitzen lassen. Mit vielerlei Tricks treibt er den Verweigerer in zahlreiche Rechtsstreitigkeiten. Der Bauer vertraut in die Unabhängigkeit der Gerichte. Er wähnt sich im Recht. Was der Bauer nicht wissen kann, der Graf war so reich, daß ihm sämtliche Instanzen dienlich waren und sie entscheiden allesamt, durch alle Instanzen hindurch, stets gegen den Bauern. Ungeachtet dessen, daß der Bauer im Recht ist, hat er nicht die Möglichkeiten, bei einer willfährigen Justiz Recht zu bekommen. Selbst des Bauern Advokat ist dem Grafen hörig.

Erinnern diese Vorgänge doch an das, was so vielen Eigenheimbesitzer in der DDR widerfuhr. Mit viel Liebe, Engagement und Herzblut haben sich Familien ihr eigenes kleines Zuhause geschaffen, nicht zuletzt unter zahlreichen Entbehrungen, wie das eben so war. Gleich dem Bauer in der Erzählung waren die Eigenheime für die Familien

gedacht, dienten der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und waren nicht zuletzt als Alterswohnsitz geplant. Auch die DDR-Bürger hatten zwar Recht, haben es aber nie bekommen und dieser Zustand dauert bis heute an. Sogar ungesetzliche Grundbucheintragungen winken die Gerichte durch. Die „Deutsche Einheit“ nach ihrem Gusto ist erst dann vollendet, wenn der letzte DDR-Bürger aus dem Grundbuch entfernt wurde. Sie haben es noch nicht ganz geschafft, arbeiten aber unermüdlich dran. Wo leben wir denn. Das kann in einem „Rechtsstaat“ auch gar nicht anders sein. Anderen ihr Hab und Gut zu rauben, gehört zum guten Ton und ist System.

Nach den zahllosen Rechtsstreitigkeiten, die ihm der Graf aufzwang, stand der Bauer ohne Haus und Hof da. Lediglich hatte er noch siebenhundert Gulden in der Tasche. Diese siebenhundert Gulden trug er in die städtische Kirche und bat den Kirchdiener, für diese siebenhundert Gulden die Sterbeglocken zu läuten. Die größte Glocke sollte es sein und so lange seine siebenhundert Gulden reichen würden. Fragt ihn der Kirchdiener, wer denn gestorben sei, wen er denn betraueren. Sagt der Bauer: „Die Gerechtigkeit ist gestorben!“ Wie vielen Menschen hat man nach dem 3. Oktober 1990 ihr Zuhause gewaltsam genommen, an wie vielen haben sich die neuen Machthaber durch „Zwangsversteigerungen“ und Zwangsräumungen bereichert. Das gesamte Volkseigentum, das staatliche Eigentum, die Vermögen der Parteien und Massenorganisationen raubten sie. Unsere Sozialkassen wurden geplündert. Mit der Vernichtung unserer Betriebe haben Millionen ihre Arbeit verloren. Akademiker mußten sich auf ihre angestammten Arbeitsplätze neu bewerben und wurden, selbstverständlich, abgelehnt. Wieviel Menschen wußten keinen anderen Ausweg mehr und haben sich das Leben genommen. So viel Unrecht ist nur schwer zu ertragen. Und die Entrechtung der DDR-Bürger ist auch nach fünfundsiebzehn Jahren nicht abgeschlossen. Deren Tricks sind so vielfältig wie im Märchen „Die verstorbene Gerechtigkeit“. In der erzählten Geschichte allerdings sorgt dann am Ende der König des Landes dafür, daß die Gerechtigkeit wieder Einzug hält. Im wahren Leben wird das wohl nicht sein. Obwohl, man soll niemals nie sagen. Vielleicht wäre es gar nicht so schlecht, die Sachverhalte zu erfassen und zu dokumentieren. Vielleicht, eines Tages, wer weiß ... dann wäre es ganz nützlich, auf all diese Vorkommnisse und Schicksale zurückgreifen zu können.

Rainer Hesse, Dresden

Russisches Haus geschlossen

Sein Betreiber steht seit Jahren auf der EU-Sanktionsliste. Die Schließung des Russischen Hauses in Berlin sollte ihn treffen. Schon Wochen vor der Entscheidung, das Russische Haus zu schließen, erklärte die

Bundesregierung öffentlich, die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen. Und sie wußte auch, welche Konsequenzen eine Schließung haben könnte. Denn Russisches Haus und Goethe-Institute sind über bilaterale Vereinbarungen miteinander verbunden. Bereits vor der deutschen Entscheidung wurde darauf hingewiesen, daß Maßnahmen gegen das Russische Haus unmittelbare Folgen für die deutschen Kulturinstitute in Rußland haben könnten. Und nun hat Rußland deren Schließung angekündigt. Darüber herrscht hier Empörung. Man kann das bedauern, denn gerade kultureller Austausch wäre in Zeiten politischer Eiszeit besonders wertvoll. Aber was genau hatte man erwartet? Daß Rußland sagt: Ihr schließt unsere Einrichtung, eure bleiben selbstverständlich geöffnet? Politik besteht aus Aktion und Reaktion. Die Bundesregierung wußte um diese mögliche Reaktion, bevor sie handelte. Und weil die Schließung des Russischen Hauses schon vorher diskutiert und geprüft wurde, bleibt bei mir ein unangenehmes Gefühl zurück. Es fühlt sich ein wenig an wie: Endlich haben wir einen Vorwand gefunden.

Susanne Hahn, Lößnitz

DDR-Kosmonaut Siegmund Jähn

Hin und wieder wird in den Medien auch an die DDR erinnert. Meist werden negative, abwertende Fakten gesucht. In meiner Lokalzeitung war der DDR-Kosmonaut Siegmund Jähn Thema: „Der erste Deutsche im All: Wie der Rummel begann“. In der Überschrift bereits die Abwertung: Rummel statt Ehrfurcht vor der Leistung. Ich lernte Siegmund Jähn 1980 auf einer Interkosmos-Tagung persönlich kennen, als er mit Interesse und Sachverstand das von uns entwickelte miniaturisierte Glukose-Meßgerät für die Nutzung in Raumstationen beurteilte.

Aus den Erinnerungen eines Studienkameraden, der Anfang der 60er Jahre Arzt im Jagdgeschwader 8 der NVA war, erfuhr ich einiges über die Lehrjahre des Siegmund Jähn. Sein Weg in den Kosmos war steinig und keineswegs vorausschaubar. Am 5.10.1960 erreichte beim Erdschießen die MIG-17F des Unterleutnant Jähn keine ausreichende Triebwerksleistung, sodaß er sich katapultieren mußte. Möglicherweise war das der Grund, warum er nicht zur Umschulung auf die MIG 21 nach Krasnodar mit kommandiert wurde. Das erwähnte Blatt schrieb: „Nach dem Raumflug ist Siegmund Jähn nie wieder in ein Kampfflugzeug gestiegen. Die Staatsführung hat ihm das verboten, damit er nicht das Schicksal Gagarins erleiden muß.“

In der Autobiographie des Chefs des Institutes für Luft- und Raumfahrtmedizin der NVA in Königsbrück las ich: „Nur in Ausnahmefällen wurde ich mit der Arbeit der flugmedizinischen Kommission konfrontiert. Dieser Fall trat ein, als der Kosmonaut General Dr. Siegmund Jähn als fluguntauglich

begutachtet worden war. Das Urteil mußte der Chef verkünden.“ Kurz, knapp und enttäuscht die Antwort: „Dann ist eben Schluß.“ Nur Insider wußten, daß Jähn sich bei der recht unsanften Landung in der kasachischen Steppe einige Wirbelkörper gebrochen hatte. Was Juri Gagarin betrifft, nur so viel: Gagarin hatte vor seinem Raumflug noch keinen Abschluß der Flugausbildung gehabt. Das wollte er vor dem Einsatz in leitender Funktion bei den Jagdfliegern nachholen. Warum der Prüfungsflug für ihn und seinen erfahrenen Fluglehrer mit 4000 Flugstunden tödlich endete, ist ungeklärt geblieben. Nur die „Welt“ wußte es genau: „Gagarin war ein unerfahrener Pilot und die Maschine war schlecht gewartet, also der übliche russische Schlendrian.“

Dr. Gerd Machalett, Siedenbollentin

Wir nehmen Abschied

Mit tiefem Schmerz mußte die „RotFuchs“-Singegruppe vom Tod unseres langjährigen Gitarristen und Sängers

Hans Buley

am 11.9.2026 erfahren. Er prägte unsere Auftritte mit seinem Engagement für unsere Sache, mit den Arbeiter- und Kampfliedern die Menschen zu erreichen, sie aufzurütteln für den Kampf um eine bessere Zukunft und vor allem den Frieden. Sein Humor in den Proben und vor Auftritten aktivierte und motivierte uns immer wieder.

Seiner Frau Heidi und seiner Familie gilt unser Mitgefühl und wir versichern, daß wir in Hans' Sinne weitersingen werden! Dafür brauchen wir aber die Hilfe eines neuen Mitstreiters, der uns auf Gitarre, Akkordeon oder Keyboard musikalisch unterstützen und begleiten könnte. Wir proben jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, meist von 11 bis 13 Uhr, in Berlin und haben ein umfangreiches Repertoire u.a. von deutschen und internationalen Arbeiter- und Kampfliedern, Liedern der FDJ-Singebewegung, Liedern aus der Sowjetunion oder auch einige Volkslieder.

Interessenten melden sich bitte bei Konstantin Brandt, Tel.: 0174 9 59 05 32, oder Gabi Parakeninks, Tel.: 0151 15 54 29 32.

Gabi Parakeninks, Berlin



7. Oktober 1977: Junge Pioniere überreichen Offiziersschülern der Grenztruppen der DDR vor dem Berliner Roten Rathaus Blumen

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Berlin Papier GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Reiner Neubert †
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
Berliner Sparkasse

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.